

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verbreiter: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 4. Mai 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verbreiter: Amt IV. Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis: Prämienanhang
Vierteljährlich 3,50 RM, monatlich 1,10 RM,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
Einzeln Nummer 5 Pf. Sonntags-
nummer mit illustrierter Sonntags-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
abonnementspreis: 1,10 RM pro Monat.
Eingetragen in die Post-Verzeichnisse
„Deutschland und Ausland“ (Angaben
2. Quart. für das obige Abonnement)
nehmen an: Belgien, Dänemark,
Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die sechsgehaltene Spalten-
breite oder deren Raum 50 Pf. für
politische und gesellschaftliche Beiträge
und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf.,
„Kleine Anzeigen“, das erste (Stell-
gebuchte) Wort 20 Pf., jedes weitere
Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellen-
suchen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über
15 Buchstaben zahlen für zwei Worte.
Inserate für die nächste Nummer müssen
bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Erhältlich täglich außer Montags.

Herr v. Einem und Frankreich.

Man schreibt uns:

Der Herr Kriegsminister v. Einem fand im Reichstag ein besonderes Vergnügen daran, sich an Frankreich zu reiben. Dabei machte er seine Sache nichts weniger als geschickt. Am 23. April meinte er, im Deutschen Reich dürfe es nicht so weit kommen wie in Frankreich, wo man anlässlich der Maroffodifferenz viele Millionen aufwenden musste, um genügend gerüstet zu sein. Herr v. Einem erblickte darin einen Beweis für Schlamperei. Hier hat er sich aber sehr geirrt.

Wie der preussische Kriegsminister vor einigen Wochen in der Budgetkommission des Reichstags selbst zugegeben hat, mehrten sich die technischen Neuerungen auf militärischem Gebiete geradezu beängstigend. Was heute noch neu ist, ist in einem Jahre oft schon überholt. Unter solchen Verhältnissen werden natürlich Unsummen nötig, wenn ein Staat seine Armee in jeder Hinsicht so ausstattet, daß sie stets vollkommen auf der Höhe der Zeit steht. Nun fallen aber heutzutage Kriege nicht mehr plötzlich vom Himmel, sondern es gehen ihnen Wochen, ja monatelange Spannungen zwischen den betreffenden Staaten voraus. Auch die Mobilisierung und der strategische Aufmarsch der modernen Heere beanspruchen Wochen. Angesichts dieser Lage der Dinge handelt ein Staat nur vernünftig, wenn er z. B. seine Festungen nicht immer so ändern läßt, daß sie den neuesten Belagerungsgeschützen ebenbürtig sind. Zu derartigen Änderungen findet er jetzt immer noch Zeit, ehe der Krieg beginnt. Dies trifft selbst für Grenzfestungen zu.

Will aber ein Staat seine Befestigungen stets kriegsbereit erhalten, so wirft er Millionen umsonst zum Fenster hinaus, weil über kurz oder lang immer wieder der Augenblick erscheint, in dem die Festungswerke in ihrer bisherigen Beschaffenheit veraltet sind. Und darum können wir es nicht schlimm finden, daß Frankreich seine östlichen Befestigungswerke erst dann kriegsgemäß in Stand setzen ließ, als der politische Horizont sich umwölkte. Ein solches Verfahren hat auch den Vorteil, daß dem Gegner die Spionage erschwert wird, weil gerade die wichtigsten Grenzbesetzungen dann im Ernstfalle eine ganz andere Form zeigen, als sie bisher hatten, so daß vieles von dem, was der Gegner im Frieden ausspionierte hatte, im Kriege nicht mehr zutrifft.

Uebrigens täte der Herr Kriegsminister gut, Frankreich gegenüber nicht gar so sehr den Ueberlegenen zu spielen. Schreiber dieses stand vor 20 Jahren, also in der Zeit, in der der Boulanger- und Schnäbelerummel tobte, in Metz. Damals waren Deutschland und Frankreich auch mit Kriegsgeschrei erfüllt. Was wir dabei in Metz beobachtet haben, hat uns wirklich nicht imponiert. Von einer selbstvertrauenden Ruhe war gerade im preussischen Offizierskorps nicht viel zu bemerken. Aufgeregte Gemüter gab es genug. An einigen Frühlingabenden des Jahres 1887 war z. B. die Esplanade, von der man einen herrlichen Ausblick nach Westen genießt, von preussischen Offizieren, die einen großen, glänzenden Punkt am Himmel erregt beobachteten, überfüllt. Diesen glänzenden Punkt hielten sie nämlich für einen französischen Luftballon, der mittels eines elektrischen Scheinwerfers die Metz Befestigungswerke, vor allem die Forts Prinz Friedrich Karl und Alvensleben, ausspionierte. Ein preussischer Pionierhauptmann erzählte sogar mit hochwichtiger Miene, er habe den Ort genau ausgerechnet, wo der Ballon, der offenbar ein Ballon captiv sei, aufsteige. In Wirklichkeit war der Ballon ein Stern, nämlich die Venus! Wir waren damals so frei, der Blamage durch eine Zuschrift an ein bayerisches, auch in Metz vielgelesenes Blatt ein Ende zu bereiten. Bald darauf wurde im Offizierskorps allgemein erzählt, der preussische Gouvenerneur habe sein Silberzeug aus der Stadt geschafft, weil er mit einer Belagerung rechnete. Welchen Eindruck diese gewiß auch nicht von Selbstvertrauen zeugend, spricht auf viele Offiziere machte, kann man sich denken.

In jener Zeit existierte in Metz, also in der äußersten westlichen Grenzfestung des Reiches, sogar ein Fort, das schon in Friedenszeiten derart an Trinkwassermangel litt, daß der Trinkwasserbrunnen gewöhnlich abgesperrt war. Nur morgens, mittags und abends wurde Wasser an die Truppen abgegeben. Hätte man nach Belieben Wasser holen lassen, so wäre schon nach zwei oder drei Tagen nichts mehr vorhanden gewesen. Wie die Sache im Kriegsfalle, wo das Fort viel stärker als im Frieden bemantelt gewesen wäre, sich gestaltet hätte, wissen die Götter. Erst im Jahre 1890, d. h. ungefähr 17 Jahre nach Fertigstellung des Forts, wurde der geradezu standalöse Mangel beseitigt.

Der Herr Kriegsminister v. Einem hat ferner darauf hingewiesen, daß in Frankreich ein Offizier, der sich schwere Mißhandlungen seiner Rekruten hatte zuschulden kommen lassen, mit einer relativ geringen Strafe durchkam. Ein solcher Offizier wäre, meinte Herr v. Einem, in Deutschland entlassen worden. Auch uns erschien die Strafe, die der französische Offizier erhalten hat, lächerlich gering, aber wir sind der Anschauung, daß der Kriegsminister eines Landes, in dem ein Rittmeister v. Krosigk an der

Spitze seiner Eskadron belassen wurde, mit solchen Vorwürfen sehr vorsichtig sein sollte. Und wird nicht gerade in Preußen die schützende Hand über die mißhandelnden Offiziere insofern gehalten, als bei ihrer Aburteilung die Öffentlichkeit konsequent ausgeschlossen wird? Man erfährt nur, daß der und der preussische Offizier wegen Mißhandlung so und so viele Tage Stubenarrest oder Monate Festungshaft erhalten habe. Was er sich zuschulden kommen ließ, bleibt in Dunkel gehüllt. Außerdem ist es gewiß seltsam, daß im Deutschen Reich Soldatenschindereien, also die Mißhandlung Wehrloser, an Offizieren mit Festungshaft, d. h. mit ehrenvoller Haft bestraft werden.

Auch darüber, daß das Pferdmaterial der französischen Armee nicht ganz auf der Höhe der deutschen stehe, mokierte sich Herr v. Einem. Der Herr Kriegsminister hat dabei ganz vergessen, daß Frankreich in erster Linie ein Weinland ist und in einem solchen niemals eine so große Auswahl an guten und verhältnismäßig billigen Pferden sein kann wie in einem Lande, das über große Weiden verfügt. Vorkäufig fressen eben die Pferde keine Weintrauben. Das Deutsche Reich ist auch nicht imstande, ein solches Pferdmaterial zu schaffen wie Rußland und Ungarn. Wir können uns sehr gut daran erinnern, wie ein Russe beim Anblick einer deutschen Batterie meinte, alles sei sehr hübsch, nur die Pferde gefielen ihm gar nicht.

Herrn v. Einems Aeußerungen betrafen auch ein sehr geringes diplomatisches Geschick. Er hat Frankreich ohne jeden Anlaß gereizt. Wie wäre in Deutschland geschimpft worden, wenn z. B. ein französischer Kriegsminister im Parlament anlässlich des Mordhinger Dramas gesagt hätte, in Frankreich sei es noch nicht vorgekommen, daß ein Hauptmann einen Stabsarzt geohrfeigt und dann der Bruder des Beleidigten den Hauptmann kurzerhand niedergeschossen habe. Wie würde man sich in Deutschland entrichten, wenn ein französischer Kriegsminister den Abgeordneten erklären würde, daß in der deutschen Armee die Zeit mit Parade-marsch und Drill geradezu verschwendet werde.

Selbst die großpreussisch-deutschen „Münchenener Neuesten Nachrichten“ konnten nicht umhin, dem sonst von ihnen angebeteten Herrn v. Einem ihr Mißfallen auszudrücken, indem sie folgende Pariser Korrespondenz veröffentlichten:

„Es wäre ebenso verfehlt wie überflüssig, über gewisse unangenehme Erscheinungen und Kundgebungen der letzten Zeit einfach hinwegzugehen, da sie damit doch nicht aus der Welt geschafft werden. Das Unbehagen, das noch immer hinsichtlich der Beziehungen zu Deutschland herrscht, ist auch durch die Darstellungen nicht ganz beseitigt worden, die in bester Absicht von zahlreichen viel gelesenen Pariser Blättern über die beiderseitigen Bemühungen auf Annäherung freundschaftlicher Beziehungen verbreitet werden. Der geringste Anlaß genügt, um einen neuen Ausbruch des Mißtrauens hervorgerufen, und selbstverständlich veräussern gewisse nationalistische und auch einige republikanische Zeitungen mit patriotischer Färbung nicht die einzelnen Vorfälle aufzubauhen, wenn nicht gar zu entstellen, um ihnen eine drohende Bedeutung zu geben. Diese Beunruhigungsversuche, die wie wir uns hinzusetzen wollen, vorläufig noch keinen bemerkenswerten Erfolg unter den großen französischen Bevölkerungsklassen zu erzielen vermöchten, werden mit besonderem Eifer anlässlich der Ausführungen des Kriegsministers v. Einem in der Reichstags-Sitzung vom 23. April betriebe. Fast allgemein findet man in dem Hinweise auf die gefährliche Lage vor zwei Jahren und auf den damaligen Mangel an Bereitschaft für kriegerische Eventualitäten in Frankreich mindest einen Vorstoß gegen die internationalen Bräuche. Wenn es sich aber nur um Bormärkte handelte, daß eine Zerklofftheit oder eine nicht den Verhältnissen angemessene Vernerlung vorliege, könnte man über diese Stimmung leicht hinweggehen. Es wird nun aber, selbst in sachlicheren und ruhigeren Kreisen, diesen doch nur zur Begründung neuer Militärforderungen vorgebrachten Bemerkungen eine weittragende diplomatische Bedeutung zugeschrieben. Geht man auch nicht so weit, in die nationalistischen Klarmärkte einzustimmen und in den Auslassungen des deutschen Kriegsministers eine Warnung oder gar eine Aufforderung mit drohendem Charakter zu erblicken, so ist doch die Ansicht in bedauerlichem Maße in Aufnahme gekommen, daß eine Absicht gegen Frankreich mit diesen öffentlichen Erklärungen eines verantwortlichen Ministers verbunden sei und daß die ganze Regierung und auch der Kaiser hinter dieser stehen. Die großen Abendblätter behandeln zwar diese heißen Punkte fast gar nicht oder doch in einer verhältnismäßigen Form, aber aus dem Austausch von Meinungen in Privatkreisen, die in irgend einer Beziehung zu den leitenden und politischen stehen, erhält man die Ueberzeugung, daß die Stimmung sich durch diese Erinnerungen des Generals v. Einem in ungünstigem Sinne wieder geändert hat. Und man darf leider nicht sich damit trösten, daß es sich vielleicht nur um eine vorübergehende Erscheinung handele, da dieser Ausdruck von Bestimmtheit nur die Folge und das Ergebnis einer fortbestehenden, bisher nur mühsam verhaltenen Verstimmung ist.“

Die Mai-Ausperrungen

haben einen größeren Umfang auch nach den heute vorliegenden Mitteilungen nicht erreicht.

In Halle sind infolge der Waisfeier von der Vertramischen Maschinenfabrik 38 Metallarbeiter und 2 Tischler ausgesperrt. Größere Betriebe nahmen von der Aussperrung Abstand.

In Neu-Isenburg sind 82 Holzarbeiter und 29 Sacklerer auf die Dauer von 8 Tagen ausgesperrt

Ausperrungen aus Anlaß der Waisfeier leisteten sich auch in Offenbach a. M. fast sämtliche Baugeschäfte, welche die von ihnen beschäftigten Maurer auf mehrere Tage zu einer Rentierdiätigkeit verurteilten. In gleicher Weise schloß ein Dachbedeckmeister seinen Nachbarn an seinen Befehlen.

Von einer Aussperrung im größeren Stille hört man noch nichts. Im Zeiger Kohlenrevier allerdings sieht es aus, als sollte die Waisfeier noch zu einem tiefergreifenden Konflikt führen. Wie die Zeiger „Neuesten Nachrichten“ melden, sind auf der Grube „Gottlob“ bei Zeihen sämtliche Bergleute in den Ausstand getreten, weil das Werk die Bestrafung einiger Bergleute, die an der Waisfeier teilgenommen haben, nicht zurücknehmen wollte. Auch auf einigen anderen Werken des Zeiger und Weihenfelder Reviers ruht aus demselben Grunde der Betrieb vollständig. Auf anderen Werken ist die Belegschaft nur bedingungsweise eingefahren; sie erwartet, daß die Bestrafung nachträglich zurückgenommen werde.

Reaktionäre Wahlrechtszummungen in Hessen.

Zum drittenmal hat die heftigste Regierung den Landständen eine Wahlrechtsvorlage unterbreitet. Die neue Vorlage ist auf der „Grundlage einer Verständigung“ mit der Ersten Kammer zustande gekommen. Die frühere Vorlage ist bekanntlich an dem Widerstand der Ersten Kammer gescheitert. Die „höhen und erlauchten Herren“ wollten dem Volke nur dann das direkte Wahlrecht gewähren, wenn eine „genügende Sicherung gegen die bedenklichen Folgen“, die es in sich schließt, dadurch geschaffen würde, daß die Vorrechte der Privilegierten noch erweitert würden. Als dieses Ansinnen von der Volksvertretung zurückgewiesen wurde, war damit die Vorlage gefallen. Die Regierung ist nun in der neuen Vorlage den „Herren“ ganz entgegengekommen, indem sie deren Wünsche fast völlig zu den ihrigen machte. Verbunden mit der neuen Wahlrechtsvorlage hat sie eine Verfassungsänderung, die die Kompetenz der Ersten Kammer auf Kosten der Zweiten bedeutend erweitert. Abgleich von dem vorigen Landtage gleich nach dem Fall der Wahlrechtsvorlage mit allen gegen drei Stimmen ein sozialdemokratischer Antrag angenommen wurde, der die Regierung ersuchte, dem neuen Landtage alsbald eine Vorlage zu unterbreiten, die das direkte Wahlrecht enthalte, „dabei aber unter keinen Umständen eine Aenderung der Artikel 67 und 75 der Verfassungsurkunde vorsehe“, beantragt die Regierung jetzt doch eine Aenderung dieser Artikel.

Die Erste Kammer hatte nach dem Artikel 67 bisher nur das Recht, das Budget entweder im ganzen anzunehmen oder im ganzen abzulehnen. Einzelne Positionen konnte sie nicht beanstanden. Das war den Herren sehr unangenehm. Das ganze Budget mit Zivilliste usw. wegen einiger Unstimmigkeiten abzulehnen, konnten sie doch nicht wagen. Zudem erhielt noch der Artikel 67 die Bestimmung, „daß in diesem Falle eine Durchstimmung beider Kammern stattzufinden habe, wodurch die Erste Kammer infolge ihrer schwächeren Zahl von der Zweiten glatt überstimmt werden konnte. Die Regierung will nun der Ersten Kammer das Recht einräumen, auch einzelne Budgetposten beanstanden zu können, wodurch deren budgetrechtliche Kompetenz wesentlich erweitert wird! Das Recht der Durchstimmung will die Regierung allerdings bestehen lassen. Dafür aber ändert sie den Artikel 75 der Verfassung ab, der bestimmt, daß, wenn ein Gesetz in einem Landtage scheiterte, weil eine Kammer dagegen votierte, dies Gesetz von dem nächsten Landtag eventuell dadurch zur Annahme gebracht werden kann, daß man die Stimmen für und gegen in beiden Kammern zusammenzählt. Nach der Regierungsvorlage soll hierbei nun nicht mehr die einfache Stimmenmehrheit, sondern die Zweidrittelmehrheit entscheiden. Wenn man bedenkt, daß die Erste Kammer mit ihren 34 Mitgliedern in solchen Fällen gegen die 50 Mitglieder der Zweiten Kammer von vornherein in der Minderheit ist, so liegen die Vorteile, die die Regierung hier der Ersten Kammer zugeschieben versucht, klar zutage. Die bisher bestandene Möglichkeit, ein Gesetz unter Umständen auch gegen den Willen der Ersten Kammer durchzusetzen, ist somit fast völlig verschwunden!

Es dürfte als ausgeschlossen gelten, daß die „Reform“ in dieser Fassung Gesetz wird. Jeder halbwegs fortschrittlich gesinnte Volksvertreter wird es sich reichlich überlegen, das direkte Wahlrecht gegen solchen Wucherpreis einzuhandeln. Selbstverständliche Volksrechte sollen hier durch erweiterte Privilegien der „Herren“ erkauft werden!

Das Wahlgesetz selbst ist im „Vorwärts“ schon kurz wiedergegeben worden. Es enthält gegen die frühere Vorlage einige Veränderungen. Die Zahl der Mitglieder der Zweiten Kammer soll von 50 auf 58 erhöht werden, die Zahl der Mitglieder der Ersten Kammer von 34 auf 40. Die Städte Mainz, Darmstadt, Worms, Offenbach und Siegen, von denen die beiden ersten bisher je 2, die drei übrigen je 1 Abgeordneten wählten, erhalten jetzt je einen Abgeordneten mehr. Außerdem wird für jede der drei Provinzen ein ländlicher Wahlkreis mehr geschaffen. Die frühere Vorlage sah nur eine Vermehrung um 5 städtische Mandate vor. Die Regierung will jetzt den Agrariern Konzeptionen machen. Dadurch daß auch die ländlichen Mandate vermehrt werden, wird das Mißverhältnis zwischen der Stimmzahl in der Stadt und dem auf dem Lande aufrecht erhalten, wenn auch nicht ganz in der bisherigen Weise. Während gegenwärtig beispielsweise in Mainz auf über 90 000 Einwohner

Bei Abgeordnete kommen, gibt es ländliche Kreise, die mit 16 000 Einwohnern einen Abgeordneten wählen, ganz abgesehen davon, daß die ganz kleinen Städte wie Wingen, Friedberg und Elfeld mit 10 000, 8000 bzw. 5000 Einwohnern je einen Abgeordneten wählen dürfen.

Der neue Entwurf schafft die Stichwahl ab. Als Abgeordneter gewählt ist derjenige, der in einem Wahlkreis mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Hat sich eine solche Mehrheit nicht ergeben, so ist ein zweiter Wahlgang notwendig, an dem alle Kandidaten teilnehmen können; im zweiten Wahlgange entscheidet dann die relative Mehrheit. Die Abgeordneten der Zweiten Kammer werden wie bisher auf sechs Jahre gewählt; alle drei Jahre scheidet die Hälfte aus.

An Stelle des Wahlmänner-Wahlrechts tritt jetzt die direkte Wahl. Für die Wahlhandlung gelten im wesentlichen dieselben Bestimmungen wie bei der Reichstagswahl (Wahlkreise usw.). Wahlberechtigt sind alle Personen männlichen Geschlechts, die zur Zeit der Wahl das 25. Lebensjahr vollendet haben, wenigstens drei Jahre im Großherzogtum wohnen, seit drei Jahren die bessische Staatsangehörigkeit besitzen und seit dem Beginn des Rechnungsjahres, in dem die Wahl vorgenommen wird, zu einer direkten Staats- und Gemeindesteuer herangezogen sind.

Die Erste Kammer erfährt nach der Vorlage eine Vermehrung um 6 Mitglieder, und zwar soll ein Vertreter der technischen Hochschule in Darmstadt, zwei Vertreter des Handels und der Industrie, zwei Vertreter der Landwirtschaft und ein Vertreter des Handwerks in die Kammer neu eintreten. Auf diese Weise will man der Kammer „Erste Kammer“ frisches Blut einflößen. Die Berufung dieser neuen Vertreter erfolgt durch den Großherzog, jedoch nur immer für die Dauer eines Landtags. Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammer haben das Vorschlagsrecht. Arbeiter werden also nach wie vor als ungeeignet für die Erste Kammer gehalten. Um ein Aussterben der Standesherrn in der Ersten Kammer zu verhindern, soll dem Großherzog das Recht gegeben werden, beim Aussterben einer Familie eine andere zu berufen!

Die neue Vorlage legt aber den „geborenen“ Gesetzgebern eine neue schwere Verpflichtung auf, nämlich die bessische Staatsangehörigkeit zu besitzen. Bisher war dies oftmals nicht der Fall. Die Standesherrn sind bekanntlich manchmal geborene Gesetzgeber in diversen Staaten, und da kann es ihnen leicht passieren, daß sie nicht die Staatsangehörigkeit in sämtlichen Staaten erworben haben.

Alles in allem: eine Vorlage, wie sie reaktionärer nicht gedacht werden kann!

England und Rußland.

London, 1. Mai. (Fig. Ber.)

Die englischen Liberalen machen kein Hehl daraus, daß sie dem Abschluß eines englisch-russischen Ausgleichs mit gemischten Gefühlen entgegensehen. Sie möchten gerne den Frieden in Mittel-Asien befestigen und mit Rußland in Freundschaft leben, aber sie wissen auch, welche reaktionären Folgen eine derartige Freundschaft unter den obwaltenden Umständen für das russische Volk haben kann. Die russische Freundschaft bedeutet eine russische Anleihe, und eine mit Geldmitteln versehene russische Regierung wird auf die Duma pfeifen und die Reaktion harken.

Daß die russische Regierung auf eine in London aufzunehmende Anleihe rechnet, kann keinem Zweifel unterliegen. Die „Nation“ weist diese Woche darauf hin, daß das englische Publikum in auf-fälliger Weise von der russischen Regierung ins Vertrauen gezogen wird. Professor Martens redigierte im Voraus in seinem bekannten Werke an die „Times“ eine etwaige Auflösung der Duma! Finanzminister Koloßoff ließ seinen Etat ins Englische übersetzen, um der Londoner Finanz einen „Einblick“ in die wirtschaftliche Lage Rußlands zu gestatten! — Kommt ein englisch-russischer Ausgleich zustande, so wird die russische Regierung sofort mit dem Londoner Geldmarkt wegen eines Pumps in Unterhandlungen treten, und die Anleihe würde ihr auch gewährt werden, da die englische Regierung sich in den Gang des Geldmarktes nicht einmischen darf.

Was sollen die Liberalen, die in dieser Anleihe eine Gefahr für die Duma erblicken, dieser Sachlage gegenüber tun? — Vor einem Jahre rief Sir Henry Campbell-Bannerman „Vive la Douma!“ („Es lebe die Duma!“). Jetzt könnte seine Regierung die Duma gefährden. Wie widerspruchsvoll ist doch selbst die relativ beste kapitalistische Regierung! Die Liberalen helfen sich wie gewöhnlich mit halben Maßnahmen. Sie sagen: Wäre die Duma gesichert und frei, dann stünde einem allgemeinen Ausgleich und einer herzlichen Entente mit Rußland nichts im Wege. Aber die Duma ist weder gesichert noch freierwillig ausgeführt. Deshalb soll der Ausgleich sich nur auf asiatische Streitpunkte beziehen und eine engere Annäherung, wie sie sich zwischen England und Frankreich vollzog, soll vorläufig nicht angestrebt werden.

Aber wie steht es mit der Anleihe? Ja, sagen die Liberalen, die Anleihe können wir nicht verhindern! Die Hauptsache sei, daß England mit dem Ausgleich Maß halte und sich offiziell nicht allzu sehr engagiere. —

Ran erhebt aus dem hier Darzulegenden, wie tief die äußere Politik den Gang einer inneren Revolution beeinflusst. Fände der Jaxismus nicht immer noch Rückhalt beim Kapitalismus, dann wäre es um die Sache des russischen Volkes erheblich besser bestellt; die Duma aber, der Englands Liberalen gelegentlich ein paar Strohhalmstränge weihen, braucht um ihre Existenz nicht Tag für Tag zu zittern. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. Mai 1907.

Blocksubsidien.

Eine neue Art von Remunerationen hat der „nationale Block“ heute bewilligt, der in namentlicher Abstimmung zum Postetat die Resolution der Polenbezwiner Camp und Konforten annahm, nach der den in Posen und Westpreußen beschäftigten unteren und mittleren Beamten eine sogenannte Osmarkenzulage gegeben werden soll. Durch diese politische Remuneration will man nicht nur Beamten-Agitatoren für die verfehlte Wilsovische Polenpolitik schaffen, sondern die Beamten auch dem Block dankpflichtig machen. Eine saubere Wirtschaft, diese Blockpolitik!

Die anderen zum Postetat gestellten Resolutionen, Sonntagbrüche, höhere Bezahlung des Sonntagsdienstes, Milderung der Aufriedung, Erleichterung des Telephonverkehrs in den kleinen Ortschaften betreffend, wurden mit wechselnden Majoritäten angenommen; gegen die Resolution, die einen billigeren Tarif für Fischer usw. für Bünde verlangt, stimmten nur die Konservativen. Jämmerliche Humanität!

Nach debatteloser Bewilligung des Etats zum Reichsmilitärgericht folgte die Beratung des Militäretats. Mit aller Deutlichkeit ergab sich, daß die Sozialdemokratie die einzige ernsthafte Oppositionspartei gegen die Deutschland so schwer belastende und schädigende Kolonialpolitik ist; denn die heutige Rede des Zentrumsführers Spahn steht in grossem Gegensatz zu der vorjährigen Stellung des Zentrums in Kolonialfragen. Die Rede erweckte den Eindruck eines beabsichtigten Annäherungsversuches an die Regierung.

Genosse Webel konstatierte die Unsicherheit der Spahn'schen Ausführungen hinsichtlich der Kolonialarmee, deren Anfänge in den gestellten Forderungen zu erblicken sind. Wozu eine neue militärische Organisation, — ein kleines Kriegsministerium nannte sie Webel — wenn nicht zur Verwaltung einer ständigen Kolonialarmee? Wozu ein Staatssekretär für die Kolonien, wenn nicht die Kolonialpolitik der Weltpolitik dienstbar gemacht werden soll? Webel meinte, wäre es ein Staatssekretariat für Sozialpolitik zu schaffen. Webel ironisierte sodann die Schwankung der regierungstoll gewordenen Freisinnigen und gab der Freude darüber Ausdruck, daß die Kolonialfrage eine sozialdemokratische Forderung. Unentgeltlichkeit der Lehrmittel zum Schulunterricht (der bereits unentgeltlich ist) für die Kolonien fordern. Soffenslich würde man, so folgerte der Redner, das Gleiche nun auch für ganz Deutschland schaffen.

Der stellvertretende Reichskanzler, Graf Posadowsky, sowie der Kolonialdirektor Dernburg, und nach diesen beiden auch der Abgeordnete Müller-Meinungen, suchten die Webel'schen Ausführungen als ein Moment zur Schürung des englischen Mißtrauens gegen Deutschland hinzustellen. Aber Dernburg sowohl wie Webel wiesen diese Deutung zurück und durchkreuzten das Spiel mit dem auswärtigen Mißtrauensbogens.

Drollig wirkte die national-bombastische Pause des Abgeordneten Müller-Meinungen, der die Schwankungen der Freisinnigen zu verteidigen suchte, damit aber die jämmerliche, bloßdächtige Regierungsneigung des bewilligungslustig gewordenen Freisinnigen bestätigte.

Die Blockgenossen auf der Rechten applaudierten vernünftig die Sucht der Freisinnigen, der Regierung alle Unterstützung zu gewähren.

Die Generaldebatte wurde durch den obligaten Schlußantrag des Blocks beendet. Die Blockmehrheit bewilligte sodann die Schaffung eines Staatssekretärs für die Kolonien, resp. dessen Gehalt.

Darauf wurde die Beratung vertagt. —

Aus dem preussischen Landtage.

Das Herrenhaus ist am Freitag nach langer Pause wieder zusammengetreten. Falls die „Herren“ nicht vorher müde werden, wollen sie bis zum 15. Mai zusammenbleiben und nach Pfingsten auch noch einige Sitzungen abhalten. Der Erledigung harten neben mehreren Vorlagen vor allem der Etat, der vom 6.—8. Mai „beraten“ werden soll.

In ihrer ersten Sitzung nach der langen Osterpause hatten die hohen Herren eine umfangreiche Tagesordnung zu erledigen. Von den neun Punkten derselben ist jedoch höchstens das Quellen-schutzgesetz zu erwähnen, das mit unbedeutenden Änderungen zur Annahme gelangte. —

Das Abgeordnetenhaus hat sich am Freitag mit Initiativanträgen beschäftigt. Eine Reihe von Anträgen, die eine Änderung des Einkommensteuergesetzes in bezug auf die Bestimmungen über die Verpflichtung zur Auskunftserteilung durch die Haushaltungsvorstände und Arbeitgeber über die bei ihnen angestellten Personen bezweckten, rief eine längere Debatte hervor. Das Resultat der Debatte war die Ablehnung eines Antrages Ritsch (B.) auf Aufhebung der Verpflichtung der Auskunftserteilung über die Personen mit weniger als 3000 M. Einkommen.

Dagegen wurde ein „freisinniger“ Antrag angenommen, wonach die Anzeigepflicht der Hausbesitzer noch erweitert wird: Die Hausbesitzer sollen der Behörde auch die Namen der Arbeitgeber und die Arbeitsstätte ihrer Mieter angeben! Ein nationalliberaler Antrag, der im wesentlichen auf dasselbe hinausläuft, gelangte gleichfalls zur Annahme.

Der Erhaltung des Deutschtums in den Ostmarken soll ein gemeinsam von Konservativen, Nationalliberalen und Freisinnigen eingebrachter Antrag dienen, der die Regierung ersucht, zur Einrichtung und Unterhaltung von ländlichen Fortbildungsschulen mit Besuchsbezirk in Posen und Westpreußen sowie für den Regierungsbezirk Oppeln Unterlagen zu schaffen, wie sie für die gewerblichen Fortbildungsschulen Posen und Westpreußens schon vorhanden sind.

Der Antrag wurde nach kurzer Debatte gegen die Stimmen des Zentrums und der Polen angenommen. —

Bund Vaterländischer Arbeitervereine.

So lautet der Name des neuesten Sumpfgewächses, das sein Ersehen dem Verband zur Verleumdung der Sozialdemokratie verdankt. Auf Sonnabend, den 18., und Sonntag, den 19. Mai, ist nach Hamburg ein Kongress von Arbeitern einberufen, die einen solchen Bund mit gründen wollen. Mit welchem Ernst dort gearbeitet werden soll, das ist aus dem Programm ersichtlich. Für den ersten Tag ist vorgesehen: Hafenrundfahrt, Besichtigung der Stadt. — Mittagsessen. Nachmittags 3 Uhr Gründung des Verbandes mit Ansprachen der Reichsverbändler Sermer, Waldenburg und Dr. Ammer-Roskop. Abends 8 Uhr Abendessen, Festkommers mit Vorträgen und Ansprachen. Der zweite Tag bringt Besichtigungen, Frühstück. Am 11. Uhr ist wieder eine Versammlung, in der Sermer über die Stellung zu den nichtsozialdemokratischen Arbeitervereinen, ein gewisser Schaper-Hamburg über Gesehgebung und roten Terrorismus sprechen werden. Um 3 Uhr Mittagsessen, dann folgen Besichtigungen, um 7 Uhr Abendessen mit anschließendem Abschiedskommers. Die Vertreter erhalten von einem Hamburger Ehrenauschuss freie Verpflegung und freie Unterkunft.

Aus welchen Tassen mögen die Kosten dieser Gründung wieder bestritten werden? Vielleicht erscheint Herr Wallin in eigener Person auf diesem Kongress, dessen Teilnehmer ihm gelegentlich in der Beschaffung von Arbeitswilligen behilflich sein können. Denn nur um die Gründung einer solchen Organisation kann es sich bei der ganzen Sache handeln! —

Die vergebliche Mohrenwäsche.

Wir haben in unserer gestrigen Nummer von der Mohrenwäsche Notiz genommen, die unter Führung des Herrn Bieker in Mühlhausen an Herrn Eichhoff vorgenommen wurde; wir haben auch die Einnahmen-Erklärung wiedergegeben, nach der nun in betreff des behaupteten Wortbruchs des Viedermannes Eichhoff alles wieder begraben sein sollte. Der Effekt sollte sein, daß Herr Eichhoff aus sehr guten Gründen auch davon bewahrt bleiben sollte, sein zweites gegebene Wort zu halten: die „Mühlh. Ztg.“ zu verlagen. Dieser wohlbedachte Plan ist nun leider gescheitert. Die „Mühlhäuser Ztg.“, die in ihrer Nr. 99 die gestern von

und wiedergegebene Erklärung brachte, mußte schon am Tage darauf in ihrer Nr. 100 vom 30. April 1907 die folgende Erklärung bringen:

„An die Redaktion der „Mühlhäuser Zeitung“. Da der Artikel in Nr. 99 Ihrer Zeitung betreffend die Angelegenheit Eichhoff den Tatsachen nicht entspricht, so erlauben wir Sie hierdurch auf Grund des § 11 des Preßgesetzes um Aufnahme folgender Erklärung: Die unterzeichneten Mitglieder des früheren Vorstandes der vereinigten liberalen Parteien sind mit der in der „Mühlhäuser Zeitung“ vom 29. April in der Angelegenheit Eichhoff veröffentlichten Erklärung nicht einverstanden. Tatsache ist, daß Herr Professor Eichhoff in der Komiteeschung vom 22. Dezember 1906 uns versprochen hat, im Fall einer Doppelwahl seinen thüringer Wählern treu zu bleiben.

Mühlhausen i. Th., den 29. April 1907.
E. Windebank, Ad. Busch, E. Hasenbein jun., W. Kallischer, Albert Koppel, E. Reife, E. Stephan.“

Danach bleibt also nach wie vor bestehen, daß der Pfotenvereins-Stipendiat Eichhoff sein gegebenes Wort nicht gehalten hat, und die Mohrenwäsche, die so schlau ausgeföhren war, ist eine vergebliche gewesen.

Neugierig kann man nun sein, — nicht, wie Herr Eichhoff sich mit dieser zweiten Erklärung abfinden wird, sondern wie seine Fraktion sich mit ihr abfinden wird. Diese hatte bekanntlich den Beschluß gefaßt, sich mit Herrn Eichhoff erst nach der gerichtlichen Entscheidung in Sachen Eichhoff kontra „Mühlh. Ztg.“ auseinanderzusetzen. Sie wird jetzt ein anderes Verfahren einschlagen müssen, wenn sie nicht vor aller Welt dokumentieren will, daß sie unter sich ein Mitglied duldet, dem seine eigenen Vertrauensmänner öffentlich beknühten Vorwurf vorwerfen.

Vorläufig konstatieren wir schließlich nur noch, daß die „Freisinnige Zeitung“, die die erste Erklärung ihren Lesern nicht schnell genug bringen konnte, die zweite heute von uns wiedergegebene bisher einfach unter schlägt. —

Nationalliberale Gesandnisse.

Sehr abfällig urteilt die mild-nationalliberale „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ über die „Komödie im Reichshaus“, womit das Blatt die jüngste parlamentarische Debatte über die auswärtige Politik meint. Während zum Beispiel die freisinnig-volksparteiliche „Dresdener Zeitung“ Wilows Rede herausstreicht und behauptet, daß auch Bollmars Rede die Wirkung der Wilow'schen Offenbarung nicht abzuschwächen vermocht habe, urteilt die „Rheinisch-Westfälische Ztg.“:

Sie (die Konservativen) schänten zu der wenig dankbaren Mission indes geschickt genug einen ihrer di. minores und technisch schlechtesten Redner in dem Abg. Winkler vor, den die als Generaldirektor einer Landfeuerzweigstelle gesammelten Erfahrungen zum Sprecher in der auswärtigen Politik nicht sonderlich geeignet zu machen vermögen. Groß war aber die Enttäuschung, die der Führer der Nationalliberalen, der Abg. Daffermann, bereitete. Wer der herzerfröhenden Offenheit gedachte, mit der er jüngst erst im Lande, mit der er am 14. November des Vorjahres kritisierte und tadelte, was jeder Patriot an unserer auswärtigen Politik kritizieren und tadeln muß, dem konnte die matte Stimme seiner heutigen Rede nur wenig münden. Ein Getränk gleicher Qualität verschänkte auch im Namen der Reichspartei Fürst Daffelb., verschänkte auch der freisinnigen Oberhaupt Wiemer. Sie alle meinten, die Regierung bei der gegenwärtigen präären Lage nur so sanftmütig wie möglich ansassen zu dürfen. So ergab sich das Schauspiel, daß der Genosse v. Vollmar allein ansprach, was vieler Patrioten Herz bekümmert, was den Sozialdemokraten aber nur Agitationsmittel ist: die Unzufriedenheit mit dem persönlichen Regiment, die Unzufriedenheit mit den Leitern einer Politik, die von Mißerfolg zu Mißerfolg schreitet, das Reich in die jetzige Lage gebracht hat. ... Uns will scheinen, wenn von den nationalen Parteien dies geltend gemacht worden wäre, mit der ruhigen Bestimmtheit und mit der Würde, die Ort und Zeit erfordern, so würde das einen weit intensiveren Eindruck auf das Ausland hervorgerufen haben, als eine langweilige, heruntergespielte Komödie, deren Abgelartetheit doch niemand entgeht.“

Man sieht, daß selbst von einsichtigeren und unabh. hängigeren Nationalliberalen unumwunden zugegeben wird, daß die Politik des persönlichen Kurzes, die Fürst Wilow zu bedenken rhinogeroshautgewappneten Rat besitzl. „das Reich in die jetzige Lage gebracht hat!“ —

640 Millionen für Wüstweid!

Einem Wunsch der Budgetkommission entsprechend hat der Reichsfinanzsekretär dem Vorsitzenden dieser Kommission nunmehr eine Zusammenstellung der gesamten, bisher für unsere Kolonien gemachten Ausgaben zugehen lassen. Hier-nach haben unsere Schutzgebiete bis zum Schlusse des Rechnungsjahres 1906 in runden Zahlen erhalten: Ostafrika 91 Millionen, Kamerun 25½, Togo nicht ganz 4, Südwestafrika 94, Neu-Guinea 7, die Inselgebiete 2½, Samoa 14, Kiautschou 102 Millionen. Die Gesamtsumme für alle Kolonien beträgt 237 863 000 M. Hierzu kommen dann aber noch der Betrag, den das Reich seinerzeit für die Abtretung der Karolinen-, Marianen- und Palau-Inseln an Spanien bezahlt hat, in Höhe von 20 Millionen und sodann die Kosten für die Niedererschlagung der Aufstände in Ostafrika mit 3½ Millionen Mark und in Südwestafrika mit 640 Millionen Mark. Das sind im ganzen mehr als 890 Millionen Mark.

Für Wüstweid sind also 640 Millionen verpulvert worden! Weit mehr also, als selbst wir bisher angenommen haben.

Die Kolonialrechnung stimmt übrigens nicht! Es fehlen die Kosten für den Waldersee-Kreuzzug mit diversen hundert Millionen, die Dampfersubventionen usw. Die Gesamtausgaben für unsere herrliche Kolonialpolitik beziffern sich deshalb auf zirka 1½ Milliarden Mark!

Der Reichsverband über die Wahl in Glauchau-Reerane.

Der Reichsverband will mit der bürgerlichen Niederlage in Glauchau-Reerane nichts zu tun haben. In der Nr. 80 der von ihm herausgegebenen Korrespondenz, die der bürgerlichen Presse das „geistige Rückzug“ gegen die Sozialdemokratie liefert, befindet sich ein ellenlanger Artikel über den Ausfall der Wahl im 17. sächsischen Wahlkreis, der in der Behauptung gipfelt, daß der Reichsverband mit der Wahl absolut nichts zu tun gehabt habe. Die Flugblätter der Gegner, die ganz im Reichsverbandesmanier gehalten waren, strotzen vor Verleumdungen der Sozialdemokratie, alles was der Schwimmbelverband bei den Januarwahlen zusammengelogen hat, das kam hier wieder zum Vorschein, selbst die numerierten Flugblätter des Reichsverbandes sind in Wahlkreis verteilt worden, sie tragen das Impressum: Verlag des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie — — dennoch wird frischweg geleugnet, daß der Verband mit der Wahl irgend etwas zu tun gehabt habe! Wichtig ist, die Lügenapostel des Verbandes waren ferngeblieben, dafür hatte der „Nationale Ausschuss“ in Dresden gleichwertigen Ersatz geliefert. Wie will der Bugeverband es erklären, daß seine Flugblätter

... dort verteilt worden sind, ja daß die Wahltechnik des Verbands bis ins kleinste dort zur Anwendung gelangt war? Sogar soweit, daß am Tage vor der Wahl die bürgerliche Presse die sattem bekannte Warnung vor gefälschten Stimmzetteln brachte, die natürlich in Glauchau-Meerane genau so wenig existierten als wie in den anderen Wahlkreisen, von denen man dies bei den Januarwahlen behauptet hatte. Die „Verbands-Korrespondenz“ redet sich nun darauf hinaus, daß die Entsendung von Rednern allerdings auch gar nicht möglich gewesen wäre, weil die sozialdemokratische Wahlkreisleitung beschlossen hatte, in den Versammlungen den Reichsverbänden das Wort nicht zu erteilen. Das ist auch der einzige wahre Grund, weshalb die bekannte Schwindeldarstellung das Feld den Kollegen vom „Nationalen Ausfüh“ überließ. Man behauptet, daß dies aus Angst vor den Reichsverbänden geschehen sei. Was für diese Sippe nicht alles einbildet! Nicht aus Angst vor den Virtuosen der Lüge ist dieser Beschluß gefaßt worden, sondern lediglich deshalb, weil man uns doch nicht im Ernste zuzumuten kann, daß wir unsere Versammlungen zum Tumultplatz einer Anzahl Krakeeler machen lassen, die aus der Verleumdung der Sozialdemokratie ein Geschäft machen. Unsere Versammlungen standen wie stets, so auch bei dieser Wahl, jedem politischen Gegner offen, hat doch der nationalliberale Kandidat Dr. Claus in jeder Versammlung, in der Rollenbühne sprach, das Wort ergriffen, und zwar wurde ihm stets unbeschränkte Redefreiheit eingeräumt. Nicht nur Dr. Claus, auch die anderen nationalliberalen Redner bekamen das Wort, so z. B. der nationalliberale Generalsekretär Dr. Westermann aus Leipzig. Es ist direkt erlogen, daß, wie die Schwindeldarstellung behauptet, immer erst einige Sozialdemokraten das Wort nahmen, so daß der Gegner erst zu mittelmächtiger Stunde zum Wort kommen konnte. Im Gegenteil, dem bei uns üblichen Gebrauch folgend, sind stets nach unserer Referenten die Gegner eingeladen worden, das Wort zu ergreifen und sie haben davon auch den ausgiebigsten Gebrauch gemacht. Dagegen haben die Gegner uns in ihren Versammlungen keineswegs freie Diskussion gestattet, vielmehr hat man dem ersten Redner eine Redezeit von einer halben Stunde an, jeder folgende Redner sollte nur eine Redezeit von zehn Minuten bekommen. Natürlich galt diese Einschränkung nur für sozialdemokratische Redner.

Wie sehr der Reichsschwindelverband die Wahrheit haßt, das geht besonders aus einem Passus in dem Brandartikel hervor, wo in bezug auf den „Redakteur“ Müller gesagt wird: „Und als dieser Herr wiederholt den Versuch machte, in dieser und jener sozialdemokratischen Versammlung zu Worte zu kommen, da mußte er schließlich am letzten Tag in einer Versammlung in Hohenstein-Ernstthal am eigenen Leibe erkennen, wie die geistigen Rassen der großen Partei, die sich annahm, die Menschheit auf die höchsten Höhen der Kultur emporzuführen zu wollen, in Wirklichkeit beschaffen sind — — Steinwürfe in den Rücken, Fußtritte gegen das Bein, so zwar, daß Herr Müller sich sofort in ärztliche Behandlung begeben mußte.“

Um einer Legendenbildung vorzubeugen sei festgestellt, daß dieser angeblich so schwer verletzte Müller gleich nach dem angezogenen Vorgang im Wartesaal des Bahnhofs „patriotische“ Lieder mit brüllte. Um ärztliche Behandlung aufzusuchen, dazu hätte die Zeit, zwischen dem Schluß der Versammlung und dem patriotischen Krakeel auf dem Bahnhof gar nicht hingereicht — — die Geschichte mit dem schwer mißhandelten Müller ist also unversälfchter Reichsverbandsschwindel.

Die Wahl in Malmédy-Montjoie-Schleiden

findet am heutigen Freitag statt. Der Wahlkreis gehört zum bündensfähigen Bezirk des Zentrums. Von 18543 Stimmen fielen am 25. Januar 17418 auf den Prinzen Arenberg, den Zentrumskandidaten, 762 erzielten die Nationalliberalen und 834 die Sozialdemokraten. Es wird auch jetzt wieder ein Zentrumsmann gewählt, nur fragt es sich, ob zwei ultramontane Kandidaten vorhanden sind, ob Regierungsrat Fervars, der Erkorene des Kreiswahlkomitees oder Graf Spee, der Mann der Zentrumsbauern. Der Vorsitzende des Provinzialausschusses der rheinischen Zentrumspartei hat zu vermitteln versucht und den nach Köln berufenen Vertrauensmännern des Wahlkreises den Vorschlag gemacht, beide Kandidaturen fallen zu lassen und sich auf eine neue Kandidatur zu einigen. Aber dieser Einigungsversuch scheiterte an dem Widerstande der Zentrumsbauern, die von dem Grafen Spee nicht ablassen wollen. Der Vorsitzende des Rheinischen Bauernvereins, Freiherr von Loß, erklärte am Mittwoch in der „Rheinischen Volksstimme“ einen Aufbruch zugunsten der Kandidatur Spee, der mit den Worten schloß: „Dorum Eifelbauern, voran für Euer heiliges Recht und die Ehre der gesamten Landwirtschaft, die es ablehnt, weiter jurisdizieren.“

Wie es übrigens in diesen bombastischen Zentrumswahlkreisen zugeht, beweist der Umstand, daß das Kreiswahlkomitee aus sieben Personen besteht, trotzdem das Parteistatut deren zwölf vorschreibt. Und die Vertrauensmänner scheinen auf Lebenszeit gewählt zu sein, denn in einer Wahlversammlung erklärte ein Farmer, er amtiere jetzt zehn Jahre im Kreise, habe aber noch niemals etwas von einer Wahl der Vertrauensmänner gesehen. In derselben Versammlung erklärte Freiherr von Loß, daß hier schwere Mißstände herrschten, welche die sonst zentrumstreuen, braven Eifelbauern gar nicht zu Worte kommen ließen, aber deren Kopf hinweg einfach ein nicht genehmter Kandidat aufgestellt würde, dem dann aus Parteidisziplin zum Siege verholfen würde. Derartige Mißgriffe würden sonst treue und einflussreiche Freunde der Partei zu Gegnern derselben machen; die sonst politisch ruhige Landbevölkerung ließe sich eine solche Behandlung auf die Dauer ebensogut nicht gefallen, wie es die Arbeiterbevölkerung der Industriebevölkerung schon längst nicht gelien haben würde.

Es ist für die Politik von keinem Belang, ob heute in Malmédy-Montjoie-Schleiden Regierungsrat Fervars oder Graf Spee gewählt wird und ein etwas mehr städtisch oder ein stark ländlich angehauchter Zentrumsmann in den Reichstag einzieht. Nur für die innerparteilichen Verhältnisse des Zentrums sind diese Vorgänge interessant; sie beweisen, wie viele und wie tiefe Gegensätze im Zentrum widereinander streiten. —

Die Waisfeier.

Aus verschiedenen Orten und Gegenden des Reiches sind uns noch Berichte zugegangen, die alle von erstreulichem Verlauf und fast durchweg von wachsender Beteiligung reden. Wir glauben indes von einer weiteren Verichterstattung Abstand nehmen zu können.

Bauernrebellion gegen den demokratischen Schuhhändler.

Bekanntlich hat kürzlich der demokratische Volksparteier Wieland in Reichstag das Lob des Brot- und Fleischwunders gesungen. Aber dieser eigenartige Demoskraz hat damit bei seinen Heimbäuerlichen Wählern wenig Gegenliebe gefunden. Jedenfalls wird ihm jetzt aus seinem eigenen Wahlkreise, und zwar von einem Kleinhandwerker, der selbst Landwirtschaft treibt und schon ein Menschenalter unter den Kleibauern lebt, in einer Zuschrift an den Stützpartei-„Wochensender“ nachgewiesen, daß seine Behauptungen, soweit sie die Lage der kleinen Landwirte und Handwerker seines eigenen Wahlkreises betreffen, auf einer durchaus unbegründeten optimistischen Annahme beruhen. Der Kleinhandwerker weist darauf hin, daß die dortigen Kleibauern sowohl im Tal wie auf dem Schutwald früher durch die Schweinezucht wenigstens einen Teil dessen erzielt haben, was sie zur Einlösung ihrer Verbindlichkeiten jahr-

aus jährlich bedurften. Auch dieser Zweig der Landwirtschaft sei ihnen jetzt aber durch die verteuerten Futtermittel erheblich abgeschnitten. Sie sind durch die Zollpolitik, die das Signal zur allgemeinen Preissteigerung wurde, ganz empfindlich geschädigt und — so fügt der Kleinhandwerker hinzu — „Wenn Herr Wieland wieder einmal zu uns ins Remstal kommen wird, werden wir ihm dies in ausführlicherer Weise noch vorrechnen können, und es wird sich dabei zeigen, daß Herr Wieland in unserer Gegend und auf dem Schutwald wenige wirkliche Kleinbauern finden wird, die seinem Lobe der Zollpolitik beipflichten.“

Es ist charakteristisch für die politische Rückgratlosigkeit der äußersten bürgerlichen Kräfte, daß dem „demokratischen“ Schuhhändler Wieland erst jetzt von seinen Kleinbürgerlichen Wählern die Leutchen gelassen werden. Die Partei selbst hat bis jetzt ihren fraktionskollegen seiner grotesken agrarischen Seitensprünge wegen nicht reaktiviert. —

Die Ursachen der Unruhen in Kamerun.

Kamerun gehört zu den Kolonien, in denen die Strafexpeditionen, trotzdem man von ihnen in der Öffentlichkeit nur wenig hört, selten abreißen. Auch in den Jahren 1904—1906 sind wieder solche Expeditionen, deren Kunde freilich im Südwestafrikanischen Kriegslärm verhallte, ausgeführt worden. Der Hauptmann Scheunemann hat über diese Unruhen und Strafexpeditionen nunmehr Bericht erstattet.

Ueber die Ursachen der Unruhen befindet der sicher eher zu rosig als zu schwarz färbende militärische Verichtersteller, daß die „Gahier“ der Eingeborenen namentlich nach den Wehren und nach dem Pulver der Kaufleute ein Hauptmotiv des Aufstandes der südlichen Stämme gewesen sei.

Ebenso zweifellos erscheint aber auch, daß zahlreiche Uebergriffe der farbigen Händler und zum mindesten große Unvorsichtigkeit der weißen Kaufleute in der Behandlung dieser ihrer Kraft bewußten kriegerischen Kannibalenstämme die Katastrophe gezeitigt haben. Keinesfalls kann sich die Unzufriedenheit dieser Stämme gegen die Maßnahmen der Regierung gerichtet haben. Es handelte sich tatsächlich um ein noch nicht unterworfenenes Gebiet, das trotz wiederholter Warnungen lediglich vom Kaufmann betreten wurde.

Die waderen Händler, die ja auch zu einem erheblichen Teil den südwestafrikanischen Aufstand verurteilten, haben also auch die Kameruner Aufstände wesentlich mitverschuldet!

Und das Ergebnis des Blutvergießens? Hauptmann Scheunemann berichtet:

„Die zu bekämpfenden Stämme sind kriegerischer Natur und durch ewige Streitigkeiten untereinander kriegserfahren und im Waffenhandwerk geübt. Diese gegenseitigen Zwistigkeiten hinderten die Eingeborenen jedoch nicht, gegen ihren gemeinsamen Feind, den Europäer, gemeinsam vorzugehen. Dazu brachte der Handel das nötige Kriegsmaterial ins Land. Die Angriffe der Njem bei hellem Tage auf stark besetzte Lager, das erlittene Handgemenge beim Sturm auf Vorkamponen beweisen, daß die Feiten vorbei sind, wo auch eine kleine Truppenabteilung unter Europäerführung in offenem Gefecht keine Uebermacht der Feinde zu fürchten hätte. Es wäre eine unverantwortliche Selbsttäuschung, wollte man sich der Erkenntnis verschließen, daß die Eingeborenen Kameruns gelernt haben, den Europäer mehr und mehr nach seinem wahren Werte einzuschätzen, nicht aber das göttliche Wesen mehr in ihm zu sehen wie früher.“

Es stehen uns also auch in Kamerun hochwahrscheinlich bald genug neue Kämpfe bevor! —

Jeskos Rehabilitierung!

Entgegen den Meldungen, Jesko solle zu seiner Rehabilitierung und zur Stärkung des Ansehens des Reiches (N) wenigstens auf kurze Zeit wieder als Gouverneur nach Kamerun entsandt werden, hatte die „Nordd. Allgem. Ztg.“ erklärt, daß ein solcher Entschluß noch nicht gefallen sei. Jetzt erklärt nun die „Tägliche Rundschau“, daß nunmehr, sicherem Vernehmen nach, bestimmt sei, daß Jesko wenigstens auf etliche Wochen wieder auf Kamerun als Gouverneur losgelassen werden solle!

Dies also ist der „eiserne Wesen“ Dernburgs! —

Schweiz.

Volkstimmungen über Proporz und Lehrlingsgesetz.

Brich, 27. April. (Fig. Ver.) Im Kanton Schwyz fand am Sonntag die Volkstimmungen über das verbesserte Proporzgesetz, das mit 2422 gegen 1915, und über das neue Lehrlingsgesetz statt, das mit 3040 gegen 1284 Stimmen angenommen wurde. Im Bezirk Einsiedeln wurde mit 1987 gegen 744 Stimmen die Einführung der geheimen anstelle der bisherigen offenen Abstimmung für die Bezirkswahlen beschlossen.

Im Kanton Schwyz beginnt die Stimmberechtigung für die jungen Bürger schon mit dem 18. Altersjahr, für die eidgenössischen Wahlen und Abstimmungen nach dem Bundesgesetz mit dem 20. Lebensjahre.

Das neue Lehrlingsgesetz bietet nichts Besonderes. Es verpflichtet u. a. den Lehrherrn, der Inhaber eines geschäftlichen Betriebes ist, den Lehrling gegen Unfall zu versichern. In die für jede Gemeinde vom Gemeinderat zu bestellende Lehrlingskommission von 2 bis 5 Mitgliedern sind tüchtige Berufsleute beiderlei Geschlechts wählbar. Eine arge Mißständigkeit ist die Festsetzung der täglichen Arbeitszeit auf 11 Stunden, obwohl auch im Kanton Schwyz in Gewerbe und Industrie der Zehn- und Neunstundentag schon besteht! Wenn man den Befehligen schätzen will, darf man kein Unternehmerschutzgesetz machen. —

Frankreich.

Der Tag des Grusels.

Paris, 2. Mai. (Fig. Ver.)

Die für den 1. Mai vorgemerkte „Revolution“ ist wieder einmal ausgeblieben. Alle Bemühungen der Kompanie Clemenceau-Lepine erreichten gestern nichts weiter, als daß an 800 Leute verhaftet wurden, die man — bis auf die Ausländer — gleich wieder heimgehen ließ, weil sie nicht das geringste angestellt hatten. Freilich, der „Temp“ bringt heute das Zeugnis eines hohen Polizeibeamten bei, der versichert, daß die Arrestierten ganz das Zeug dazu gehabt hätten, Barrikaden zu bauen, wenn — nun eben wenn man gestern Barrikaden gebaut hätte.

Unter diesen von den lächerlichen Ordnungswächtern gefangenen und mangels einer Barrikadenrevolution wieder losgelassenen Uebelthätern gab es etliche, die schon im Alter von 12 und sogar von 10 Jahren die verruchte terroristische Taktik des Nichtauseinandergehens beherrschten. — Wie im vorigen Jahre aber hatte es die Polizei besonders auf die Ausländer abgesehen. Wpr in der Nähe der Arbeitsstätte russisch sprach oder auch nur russisch oder sonst exotisch aussah, der wurde festgenommen und möglichst unsanft nach der Kaserne an der Place de la République „geführt“, wo eine Art Feldgericht etabliert war. Der amtierende Polizeibeamte fuhr die Arrestierten in grober Weise an: „Was haben Sie sich in unsere Angelegenheiten zu mischen? (Es handelte sich ausnahmslos um Zuschauer.) Man wird Sie heim schaffen, damit Sie sich nur um die Ihrigen kümmern.“ Sein Wunder, daß sich die Russen bei diesem Benehmen in der Republik wie zu Hause fühlten.

Man hat ja die Polizei allerdings das Glück, einige bemerkliche Vorgänge des gestrigen Tages auszusuchen zu können: die Revolver-schüsse des ganz offenbar verrückten russisch-amerikanischen Schneiders Law auf eine Militärabteilung, und weiter ein paar ebenso harmlos verlaufene Schüsse auf Polizisten. Um die geistige Verfassung des Law zu charakterisieren, genügt die Tatsache, daß er hartnäckig darauf besteht, er habe auf Offiziere schießen wollen, während nachweislich überhaupt keine Offiziere in der Nähe waren! Hat der Mann etwa alle veritenden Soldaten für Offiziere angesehen? Auch im Augenblick nach der Tat hat er durchaus den Eindruck eines Geisteskranken gemacht. Die Leute, die ihn festnahmen, allerdings auch! Erschien Law wie ein Galluzinierter, so seine Lyndex wie Tollwütige. Das „Publikum“, das auf das Omnibusdeckel emporletterte und ihn hinunter-schleuderte, bestand zumeist aus Geheimpolizisten. Der ganz in Apathie versunkene Mensch wurde mit Faustschlägen und Fuß-tritten schändlich zugerichtet, so daß er, als man ihn forttransportierte, nur eine blutige Fleischmasse war. Man muß es als ein Glück bezeichnen, daß sich zufällig auf dem Wagen keine neugierigen Fremden befanden. Sie wären sicher als „Komplizen“ mitgeliefert worden. —

So verdammenswert auch die anderen Gewaltakte bleiben, so kann man bei objektiver Beurteilung nur sagen, daß die Pariser Arbeiterschaft ein ganz erstaunlich ruhiges Blut hat. Wer das unaussprechliche Schauspiel vorüberziehender oder in der Menge hinein-reitender Kavallerie, die Gewalttätigkeiten der Detektiven, die provozierenden Polizeimänner gesehen hat, der kann psychologisch begreifen, daß ein neurasthenisch veranlagter Zuschauer plötzlich alle Hemmungen verliert und in einem kaum bemerkbaren Reflex eine Tollheit begeht. Man darf ruhig aussprechen, daß es keine Weisheit gibt, wo eine angesammelte Volksmenge allen neben-erregenden Herausforderungen so widerständig wie in der Hauptstadt der doch als temperamentvoll geltenden Franzosen.

Der im ganzen so ruhige Verlauf des gestrigen Tages hat die Schärfermacher in ziemlich Verlegenheit gebracht. Der „Temp“ bemüht sich heute krampfhaft, die unumgängliche Anerkennung dieses friedlichen Charakters der Pariser, die er allerdings auf die „Präsidentenmaßregeln“ der Regierung zurückführt, mit der Forderung einer Fortsetzung der Gewaltpolitik gegen die Arbeits-syndikation zu vereinigen! Dabei brüht sich dieses Bourgeois-Blatt gleich den anderen um die verdrückliche Tatsache herum, daß der gestrige Tag einen geradezu überraschenden Beweis von der Klarheit und Energie erbracht hat, mit der das französische Proletariat die Idee der sozialistischen Waisfeier erfaßt hat. Die Arbeitsruhe vor allem hatte diesmal einen Umfang, den man seit 1890 und 1891 in Frankreich nicht gekannt hat! Die Waisfeier ist gestern fester Besitz der französischen Arbeiterschaft geworden.

Bei dieser Gelegenheit sei auch anerkannt, daß die hiesigen ausländischen Arbeiter ihre sozialistische Pflicht musterhaft erfüllt haben. In vielen Werkstätten mit national gemischter Arbeiterschaft waren gerade sie es, die die Schließung durch-gesetzt haben. Wie in den letzten Jahren vereinigte ein Fest im Chateau du Peuple im Boulogner Wäldchen mehrere ausländische Organisationen. Es wurden deutsche, tschechische und magarische Reden gehalten, und der deutsche Arbeiter-Sängerbund trug Chöre vor. Der Geist internationaler Brüderlichkeit waltete über der stattlichen Versammlung. —

Italien.

Eine Interpellation über den „Avanti“.

Rom, 27. April. (Fig. Ver.)

In der Sitzung der Kammer vom 26. April hat der konser-vative Abgeordnete Santini den Schatzminister interpelliert über die von der „Azione“ während der jüngsten Polemik aus Licht gezogene Tatsache, daß der „Avanti“ zum Diskont an der Banca d'Italia zugelassen ist. Der Unterstaatssekretär Pasce antwortete dem Interpellanten, daß Enrico Ferri am 2. Juli 1906 darum nachgesucht habe, zum Diskont der Banca d'Italia zugelassen zu werden; dieses Gesuch wurde bis zur Höhe von 20 000 Lire bewilligt. In der Folge wurden zwei Wechsel in der Höhe von insgesamt 17 000 Lire vorgelegt, die vom Verlag des „Avanti“ auf Ferris Namen ausgestellt und von diesem auf die Banca d'Italia giriert worden waren. Diese Effekten wurden je zweimal erneuert und bei jeder Erneuerung um 1000 Lire ver-zingert. Der Generaldirektor der Bank hätte von der Zulassung zum Diskont nichts gewußt. Der Schatzminister und der General-direktor hätten jetzt Maßnahmen getroffen, damit in der Folge keine Operationen mehr vorgenommen werden, die durch die Stellung der Beteiligten einen politischen Charakter annehmen könnten.

Der Interpellant antwortete lang und natürlich recht aus-fallend. Er wies darauf hin, daß Enrico Ferri für eine Bank nicht als solvibel gelten könnte, da er nicht einmal den Schaden-ersatz an den Admiral Bontolo zu zahlen vermocht hätte. (Es handelt sich um die 90 000 Lire, die das Gericht dem Admiral Bontolo in dem bekantem Verleumdungsprozeß zugesprochen hatte.) Santini sprach unter häufigen Unterbrechungen, von dem Zentrum applaudiert und unter Protestkundgebungen der spärlich ver-tretenen äußersten Linken. Genosse E. Ferri war durch eine Agitationsstour verhindert, an der Sitzung teilzunehmen. —

Die Syndikalistischen Italiens und die „Azione“.

Rom, 27. April. (Fig. Ver.)

Bis heute haben die syndikalistischen Gruppen von Rai-land, Lurin, Florenz, Ferrara und einer Reihe kleinerer Städte zu der Frage der „Azione“ und dem Beschluß des Parteivorstandes Stellung genommen. Alle diese Gruppen haben der „Azione“ ihre unbedingte Solidarität ausgesprochen und Selbstammlungen beschlossen, um die Zeitung in den Besitz der syndikalistischen Fraktion zu bringen. Auch die Parteiabteilung von Perugia (Uguzin) hat sich für die „Azione“ und gegen den Parteivorstand ausgesprochen. Dagegen hat die zur Mehrheit aus Syndikalistischen bestehende Parteiabteilung von Neapel eine Tages-ordnung Labriola abgelehnt, die Morgari wegen der Art seines Vorgehens tadelte, dem Parteivorstand den Vorwurf der Parteilichkeit machte und neben der Erklärung, daß ein Rücktritt der Redaktion wünschenswert wäre, eine Billigung der Haltung Reones und seiner Kollegen enthielt. Angenommen wurde in Neapel die folgende Tagesordnung:

„Die neapolitanische Parteifraktion konstatiert, daß die „Azione“ sich über die Herkunft ihrer Geldmittel nicht auszuweisen vermag und beklagt die Haltung der Genossen, die sich weigern, aus der Redaktion auszutreten.“

Inzwischen dauern die Vorbereitungen zum Kongreß und für den Rücklauf der „Azione“ in den Syndikalistischen Kreisen fort. Heber Ort und Zeitpunkt des Kongresses wird eine Urabstimmung fest-finden, was jedenfalls nicht geringe Schwierigkeiten bereiten wird, da es wohl Mitgliederlisten der sozialistischen Sektionen, nicht aber der syndikalistischen Mitglieder dieser Sektionen gibt. Für den Anlauf der „Azione“ sind bis jetzt 1885 Lire eingelaufen. —

Die russische Revolution.

Außer Kraft.

Petersburg, 3. Mai. Auf Grund des Artikels 87 der Staatsgrundgesetze treten heute eine Anzahl von Verord-nungen außer Kraft, weil die Vorlagen, durch welche dieselben sanktioniert werden sollten, in der Reichsduma nicht ein-

gebrächt werden. Von diesen sind besonders zu erwähnen: die Verordnungen betreffend die Einführung der Feldgerichte, die zollfreie Einfuhr der Naphtharückstände sowie die Errichtung von Posten zeitweiliger Generalgouverneure des südlichen Montangebietes und von Kronstadt. An Stelle des letzteren ist für zwei Jahre der Posten eines Oberhefts von Kronstadt mit den Rechten des Kommandierenden des Militärbezirks und des Festungskommandanten geschaffen worden. Für diesen Posten ist der bisherige zeitweilige Generalgouverneur von Kronstadt, Generalleutnant Zwanow, bestimmt worden.

Surabow zum Duell gefordert.

Petersburg, 3. Mai. (W. S.) Der Dumaabgeordnete Surabow wurde vom Obersten Marzimitow sowie zwei anderen Offizieren wegen seiner beleidigenden Äußerungen über die russische Armee zum Duell gefordert. Nachdem jedoch die revolutionäre Partei ihre Zustimmung zum Zweikampfe verweigert hatte, lehnt Surabow die Herausforderung ab.

Die Herren von der russischen Reaktion scheinen sich in neuerer Zeit darauf zu verlegen, Leute mit unbedeutsamer Meinung zu fördern. Da muß es um die geistigen Argumente der Staatserschaltenden ja noch schlechter bestellt sein, als man immer angenommen hat.

Der englische General.

Petersburg, 3. Mai. Die Nachrichten aus Vaku lauten besorgniserregend. Der Gendarmeriekommandeur Baron Laube mußte aus Sicherheitsgründen auf dem Schiff „Araxes“ Wohnung nehmen. Vor ein paar Tagen benahm Herr Laube sich noch erheblich leder.

Gewerkchaftliches.

Englische Streikbrecher.

Wir erhalten folgende Zuschrift:
Die Notiz in der heutigen Nummer des „Vorwärts“, nach welcher in Dresden Streikbrecher aus England eingetroffen sind, wie auch der Umstand, daß es gelang, während der Ausperrung der Hafenarbeiter in Hamburg massenhaft Streikbrecher aus England heranzuschaffen, lassen die Meinungen aufkommen, als geschähe seitens der englischen Organisationen nichts, den Streikbrecherzugang zu verhindern. Das ist nun keineswegs der Fall, sondern seitens der Gewerkschaften in England geschieht alles, den Schimpf, der mit der Streikbrecherlieferung den englischen Arbeitern von gewissenlosen Agenten zugefügt wird, fernzuhalten. Es handelt sich bei den aus England kommenden Streikbrechern um Leute, die nicht unter dem Einfluß der Organisationen stehen. Solche Leute vom Streikbruch abzuhalten, ist uns bisher leider auch in Deutschland noch nicht gelungen, obgleich unsere gewerkchaftlich organisierte Arbeiterschaft ernsthaft nach dieser Richtung bemüht ist.

Am vorliegenden Falle wandte sich der Vorsitzende der in Frage kommenden Organisation, der „Scientific Instrument Makers Trade Society“ sofort, nachdem in Londoner Blättern Nähmaschinenarbeiter für Dresden durch Annonce gesucht wurden, mit der Anfrage an den Unterzeichneten, ob in Dresden ein Konflikt vorhanden sei. Auf die sofortige Benachrichtigung von dem Stand der Sache hin ist der Fragesteller, wie er weiterhin berichtet, eifrigst bemüht gewesen, Streikbrecher fernzuhalten. Leider vergeblich bei dem erstmalig angeworbenen Trupp. Er erklärte aber, seine Bemühungen fortsetzen zu wollen und hofft, daß der geringe gebotene Lohn und der Empfang, der den Streikbrechern in Deutschland zuteil werden wird, sie veranlassen dürfte, der Stätte ihres neuen Wirkens bald wieder den Rücken zu kehren.

Obgleich, wie nachgewiesen, die englischen Gewerkschaften bemüht sind, den Streikbrecherzugang aus ihrem Lande zu verhindern, will doch die Generalkommission die Zentralstelle der Gewerkschaften Englands veranlassen, durch geeignete Agitation den Agenten deutscher Unternehmer in England das Handwerk zu legen.

Daß es sich um unorganisierte Arbeiter handle, hatten wir auch gestern betont.

Die Firma Seidel u. Raumann. Dresden hat jetzt, nachdem es ihr zuerst mißglückt war, auf die von uns bereits erwähnte Annonce in England Streikbrecher für Dresden anzunehmen, ihre Taktik geändert. Die Inserate lauten jetzt:
„Für große Werke außerhalb London, Reise bezahlt.“
Adresse jetzt Soho.

Verschiedenen Arbeitern, die sich an diese Adresse gewandt hatten, wurde ein auf der Schreibmaschine hergestellter Vertrag zur Unterschrift vorgelegt. Dieser enthält u. a. folgende Klauseln:
„Die Arbeiter erhalten 4,25 pro Tag von 1/4 Stunden.“
Die Arbeiter müssen irgendwelche Zeit arbeiten, je nach Befehl des Meisters. — Die Arbeiter müssen das Reisegeld von 60 M. in 8 vierzehntägigen Raten zurückbezahlen.“

Das sind geradezu jammerbolle Bedingungen, unter denen die deutschen Hyänen des wirtschaftlichen Schlachtfeldes sich kaum dem Unternehmertum verkaufen. Um so unbegreiflicher ist es, daß es gelingt, in England unter solchen Umständen — wenn auch nur wenige — Leute aufzugabeln. Man muß in der englischen Arbeiterschaft über die deutschen Verhältnisse völlig falsche Vorstellungen haben. Einige Kennzeichen unserer Lebensmittelpreise und Wohnungsmieten müßte auch die unorganisierten Arbeiter abschrecken, sich für solchen Lohn als Sklave über den Kanal zu verkaufen und außerdem die Reisekosten selbst zu bedenken.

Berlin und Umgegend.

Die Vermittlung des Oberbürgermeisters abgelehnt.

Eine gestern nachmittag abgehaltene gemeinschaftliche Sitzung der Vorstände der 15 Baderinnungen Berlins und der Vororte hat einstimmig nach stundenlangen Verhandlungen folgende Resolution angenommen:

Die im Germania-Immungshaus versammelten Vorstände der fünfzehn Innungen Berlins und der Vororte weisen erneut das Gewerbegericht als Einigungsamt ab und erkennen nur das Einigungsamt des Innungsschiedsgerichts als maßgebende Instanz an. Sie wollen aber, um ihre Friedensliebe zu bezeugen, mit der Gesellschaft in freien Verhandlungen ohne Vermittlung verhandeln, wenn ein solches Anstehen von einer Versammlung der gesamten Gesellschaft ausgeht und nicht nur von einer Mitgliedschaft des Hamburger Verbandes. Der Resolution der Gesellen vom 26. April können sie schon wegen ihres beleidigenden Inhaltes nicht näher treten.

Eine gewählte Kommission, bestehend aus dem Obermeister Fritz Schmidt, Altmeister Müller und Obermeister Diebing-Reimold wurde beauftragt, diese Resolution am Montagvormittag dem Oberbürgermeister mit einer genauen Begründung zu überreichen.

Der Streik der Drahtarbeiter.

Am Freitagvormittag fand wieder eine Versammlung der streikenden Drahtarbeiter statt. Der Besuch ließ erkennen, daß sich die Zahl der Streikenden nicht vermindert hat. Aus dem Bericht

des Verbandsvertreeters Handke ging hervor, daß die Situation nach wie vor die besten Aussichten bietet. Die geringe Zahl der Arbeitswilligen reicht bei weitem nicht aus, um den Betrieb in gewohnter Weise aufrecht zu erhalten. In einer Fabrik fügen dieser Tage 7 Arbeitswillige an, 14 von denen, die schon früher eingetreten waren, hörten dagegen wieder auf. Als Gegner der Arbeiterinteressen hat sich die Leitung des christlichen Metallarbeiterverbandes erwiesen. Drei Mitglieder dieser Organisation hatten bis jetzt mitgestreikt. Jetzt haben sie die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen und berufen sich darauf, daß die Leitung ihrer Organisation sie aufgefordert habe, die Arbeit wieder aufzunehmen, da der christliche Verband mit dem Streik nichts zu tun habe. — Die Unternehmer behaupten in ihrer Presse, sie hätten ein ausreichendes Lager und Arbeitswillige genug, und könnten den Streik ruhig mitansehen. Dieser Angabe widersprechen jedoch die Tatsachen, welche beweisen, daß die Unternehmer mit den ihnen jetzt zur Verfügung stehenden Arbeitskräften nicht auskommen können. Weiter behaupten die Unternehmer, die Streikenden möchten gern arbeiten, aber sie ständen unter dem Einfluß der bezahlten Hetzer und Agitatoren und müßten deshalb gegen ihren Willen im Streik aushalten. Um die Unmöglichkeit dieses Verwehres darzutun, empfahl Handke, die Versammlung möge eine geheime Abstimmung vornehmen über die Frage, ob die Drahtarbeiter weiterstreiken wollen oder nicht.

Die Diskussionsredner sprachen sämtlich für unveränderte Fortführung des Streiks. Jetzt, nachdem der Streik 4 1/2 Wochen dauert, sei das vorräthige Gewebe erst verbraucht, die Arbeitswilligen könnten nicht so viel fertigstellen, wie gebraucht wird, also sei die Situation für die Streikenden durchaus günstig. Auch könnten sich die Unternehmer auf ihre Arbeitswilligen nicht mehr verlassen. In einer Fabrik seien die Streikbrecher schon sehr aufgeregt und hätten den Meister mit Prügel bedroht, weil sie statt des in Aussicht gestellten Wochenverdienstes von 45 M. nur 8, 10, 15 M. verdient haben.

In geheimer Abstimmung erklärte sich die Versammlung einstimmig für unveränderte Weiterführung des Streiks.

Achtung, Friseurgehäusen! Wegen Differenzen sind für unsere Mitglieder gelistet: Rinta, Windstr. 10; in Charlottenburg: Saeger, Spreestr. 5; Schmidt, Dönhofsstr. 3; in Friedrichshagen: Schöned, Seestr. 25; Bernide, Friedrichstr. 104. Verband der Friseurgehäusen, Rosenthalerstr. 87.

Deutsches Reich.

Die Halleschen Straßenbahner forderten eine kürzere Dienstzeit und traten am 1. Mai in einen Streik, um diese durchzusetzen. Da die Direktion versprach, innerhalb drei Wochen eine kürzere Dienstzeit durchzuführen, nahmen sie am 2. Mai den Dienst wieder auf. Wenn die Behörden sich aber nicht bemühen, die Gesellschaft zu zwingen, den von der Regierung vorgeschriebenen Dienst einzuführen, dann wird es bei dem Versprechen bleiben.

Zum Streik bei Seidel und Raumann.

Als Antwort auf das von Unwahrheiten strotzende Flugblatt der Firma Seidel u. Raumann resp. des Metallindustriellenverbandes für die Kreisbahnhauptmannschaft Dresden, das den Dresdener bürgerlichen Zeitungen beigegeben hatte, verbreiteten die Streikenden ein vom Streikkomitee herausgegebenes Flugblatt, in dem die Unwahrheiten Punkt für Punkt widerlegt wurden. Vor allem wurde darin nachgewiesen, daß die Streikenden ein ungewöhnlich großes Maß von Selbstbestimmung bewiesen haben, ehe sie zum letzten Mittel, dem Streik, gegriffen haben. So hatten sie in den Verhandlungen, die dem Ausbruch des Kampfes vorhergingen, auf zwei der wesentlichen Forderungen: den Neunstundenarbeitstag und den Mindestlohn verzichtet. Das ganze widerprüchliche Verhalten der Firma während der Verhandlungen wird mit vernichtender Schärfe nachgewiesen. So wurde die wochenlange Abschlageszahlung versprochen, später zugesagt, eine Abstimmung unter den Arbeitern über diese Frage zugesagt, dann die Zulasse wieder zurückgezogen. Die Abschlageszahlung der Arbeit schriftlich zugesagt, mündlich wieder zurückgezogen. Der streifende der sämtlichen Einrichtungen ganz unbestimmte Versicherungen gemacht und so in tieferer Reihenfolge fort.

Das Flugblatt wurde in 60 000 Exemplaren mit großer Kraft auf den Straßen verbreitet. Die Polizei erschien erst auf dem Plan, als die Verbreitung nahezu beendet war. Jüdischer Vertreter konnte sie noch erwischen. Sie wurden aufgefordert, pro Mann 1 M. zu zahlen, weil zu dem Verteilen nicht die hier erforderliche Genehmigung eingeholt worden war.

Zum Ausbund der Arbeiter in den Maschinenfabriken Offenbach ist zu bemerken, daß es sich bei den Arbeiterforderungen nicht, wie in einer früheren Notiz bemerkt wurde, u. a. auch um die Gewährung gewisser Minimallöhne handelt, sondern es kommt dabei nur eine Lohngarantie für Affordarbeiter in Betracht, entsprechend den für die einzelnen Branchen bestimmten Sätzen. Im übrigen ist bisher der Stand der Dinge unverändert. Nur wird jetzt von Fabrikantenseite bekanntgegeben, daß eine am Sonntag abgehaltene Versammlung des Bezirksverbandes Frankfurt der Metallindustriellen sich mit ihren Kollegen in Offenbach solidarisch erklärte und zum Zeichen dessen beschloß, ab 26. Mai 60 Prozent der Metallarbeiter im Bezirgsgebiet auszusperren, sobald bis dahin keine Einigung erzielt sei. Von der Aussperrung sollen vornehmlich organisierte Arbeiter betroffen werden. Zunächst sollen von der Aussperrung etwa 18 000 Arbeiter betroffen werden. So melden wenigstens die Sprachrohre der Fabrikanten. Aus dem Umstand, daß der Aussperrungstermin nicht in nächste Nähe gerückt ist, kann wohl geschlossen werden, daß auch die Unternehmer noch nicht alle Hoffnung auf Verhandlungen aufgegeben haben.

Malerei in München. Mehr als tausend Maler in München sind in den Ausbund getreten. Die Malermeistergruppe des Arbeitgeberverbandes will dem von den Gesellen geforderten Mindestlohn eine Mindestleistung entgegensehen und erklärt, in dieser Frage „bahnbrechend“ in Deutschland voranzugehen zu wollen. — Zugang von Malern, Lackierern und Anstreichern nach München ist fernzuhalten.

Ausland.

Lohnkämpfe in Prag.

Die Arbeiter der Ziegeleien der Umgebung von Prag verlangten in der letzten Zeit eine Erhöhung der Arbeitslöhne. Die Ziegeleibesitzer haben heute mittag die Aussperrung der Arbeiter von morgen ab beschlossen, falls diese auf ihren Forderungen beharren. Die Aussperrung soll vorläufig einen Monat dauern.

Das Hilfspersonal der Prager Buchdruckereien ist in den Ausbund getreten; seine Forderungen sind Lohn- und Arbeitszeit, sowie Festsetzung eines Minimallohntarifes. Bisher sind die zwischen den Druckereibesitzern und Arbeitern geführten Unterhandlungen ohne Erfolg.

Die Wiener Expeditionsarbeiter und Möbelpolierer sind in einer Anzahl von 2000 Mann in den Ausbund getreten. Die Polizei stellte sich sofort auf die Seite des Unternehmertums und es kam zu etwa 20 Verhaftungen Streikender. Die Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern blieben ergebnislos.

Die gewerkschaftlichen Kämpfe in Dänemark sind, soweit sie bei der Arbeitgebervereinigung zu Massenausperrungen und Aussperrungsbeschlüssen Veranlassung gaben, nun nach langen Verhandlungen erledigt. Den Arbeitern der verschiedenen Verufe, die Forderungen gestellt hatten, sind Erhöhungen der Stundenlöhne um 1 bis 4 Öere und Verfürzung der Arbeitszeit um täglich eine halbe Stunde zugestanden worden. Selbst die Eisenindustriellen, die Schanzmacher unter den dänischen Unternehmern, mußten sich berei finden, ihrerseits den Sichererarbeitern die Löhne um 3 Öere zu erhöhen und auch denen Zulagen zu gewähren, die den Minimallohn bereits erreicht haben. Mit den Schiffszimmerern ist ein Übereinkommen getroffen, wonach der Minimallohn auch bei Wurmeiser u. Wain 4 Öere betragen wird.

und ihr Affordtarif wurde ebenfalls verbessert. Die Sägewerksarbeiter und Raschinentarbeiter haben sowohl für Kopenhagen wie in Jütland Lohn erhöhungen erzielt. Für die Stellmacher wurde außer dem Stundenlohn auch der Affordtarif erhöht, und zwar um ungefähr 15 Proz.

Diese Konflikte und Kämpfe haben also trotz aller Gegenmaßnahmen der Unternehmer zu günstigen Ergebnissen für die Arbeiter geführt. Inzwischen dauert der Schuhmachereistreik in Kopenhagen noch fort, wenngleich mit den nicht der Arbeitgebervereinigung dieses Berufs angehörenden Meistern ein neuer Tarif abgeschlossen und eingeführt ist. Vor Zugang von Schuhmachern nach Kopenhagen wird noch gewarnt. — Die Schneider und Schneiderinnen von Kopenhagen sind in einem großen Teil der Herrenkleiderfabriken in den Streik getreten, weil diese Unternehmer sich weigern, den erst vor kurzem abgeschlossenen neuen Tarif anzuerkennen, und eine unerschämte Ausbeutung betreiben. Ferner befinden sich die Damenhutmacher von Kopenhagen im Ausbund. Auf für diesen Beruf wird um Fernhaltung des Zugangs erjucht.

Die Arbeiter mehrerer großen Öl- und Seifenfabriken in Marfelle sind wegen Verweigerung einer Lohnhöhung in den Ausbund getreten. Man befürchtet, daß der Ausbund auf sämtliche Öelfabriken, die zusammen gegen 20 000 Arbeiter beschäftigen, übergreifen wird.

Ende des Bäderstreiks.

Paris, 3. Mai. (Fig. Ver.)

In einer ziemlich bewegten Versammlung haben die Bädergehäusen die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen. Die große Zahl der Streikbrecher ließ keine Aussicht mehr auf die Durchsetzung der Forderungen. Öffentlich bezeugten die Gehäusen die Leiden, die dieser ohne genügende organisatorische Vorarbeit und ohne Streikfonds begonnene Kampf ihnen erteilt hat.

Die Frachtverlader und Kohlenhändler der Red Star, der White Star- und der American Line in New York streiken.

Die erste Gewerkschaftsorganisation in Niederländisch Ostindien ist, wie der Sekretär Dubgeest des Niederländischen Verbandes der Gewerkschaften mitteilt, kürzlich gegründet worden. Es ist eine Organisation von Zuderfabrikarbeitern, die bereits ungefähr 1000 Mitglieder zählt.

Eingegangene Druckschriften.

Wie schämt sich der Kapitalist vor Verlusten an der Börse? Deutsche Verlagsanstalt „Patria“, G. m. b. H., Berlin, Willersstr. 30 b. Preis 3 M.

Jahresbericht des Deutschen Flottenvereins. 1906. 16 Seiten. Selbstverlag.

Monatsschrift für christliche Sozialreform. Aprilheft. Beständel von Welland, Freid. R. v. Bogelung. Abonnementpreis 6,40 M., Halbjahr 3,20 M., Einzelheft 80 Pf. Verlag: Barthel, Dreyler u. Co., Lößlitzstr. 1, Amal, Waldsuhl, Baden.

Jahresbericht des Arbeiter-Sekretariats Dessau 1906. 48 Seiten. Selbstverlag.

Aus Natur und Geisteswelt. Sammlung wissenschaftlicher Darstellungen. Band 120. Arithmetik und Algebra von Prof. P. Grunh. 144. Die technische Entwicklung der Eisenbahnen der Gegenwart. Von E. Niedermann. 145. Der Alkoholismus, seine Wirkungen und seine Bekämpfung. Zentralarch. zur Bekämpfung des Alkoholismus. 147. Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika. Von E. Damm. 148. 151. Geisteskrankheiten von G. Alberg. 152. Krankenpflege. Von B. Reiff. — Jeder einzelne Band geb. 1 M., geb. 1,25 M. Verlag: B. G. Teubner in Leipzig.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Hölzerstreik.

Bromberg, 3. Mai. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Unter den Hölzern der Nege ist ein Streik ausgebrochen. Bei Weidenhöhe und Kafel haben 1500 Hölzer wegen Lohnstreitigkeiten die Arbeit eingestellt, so daß die nach den Provinzen Brandenburg und Pommern bestimmten Holztrafven nicht weiter befördert werden können.

Sommer Schlachtfeld der Arbeit.

Essen (Ruhr), 3. Mai. (W. S.) Auf Fache Selbed bei Kettnow ereignete sich durch vorzeitiges Losgehen eines Sprengstoffes ein schwerer Unglücksfall. Zwei Vergleute wurden getötet, einer schwer verletzt, während es einem vierten gelang, sich zu retten.

In den Maschinen des Vereinsgesetzes.

Frankfurt a. M., 3. Mai. (W. S.) Wie aus Bad Orb gemeldet wird, wurde vom dortigen Schöffengericht heute der Zentrumsabgeordnete Müller-Juda wegen Verletzung der §§ 1 und 12 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 zu einer Geldstrafe von 15 M. verurteilt. Müller hatte am Morgen des Stichtages (5. Februar) in Weisheim, Kreis Weisheim, die Stimmwahlparole ausgegeben, daß das Zentrum kein Interesse daran habe, daß der Nationalliberale gewählt werde. Die Versammlung hatte, nach Ansicht des Gerichts, den Charakter einer solchen, in welcher politische Angelegenheiten erörtert wurden und die deswegen der Anmeldebedurft hätte.

Bergarbeiterausbund.

Reh, 3. Mai. (W. S.) Auf der Grube „Havingen“ bei Auenkirchen des Lothringers Hüttenvereins Kamey-Friede sind heute etwa 450 Vergleute in den Ausbund getreten. Es handelt sich bei dem Streik vornehmlich um die Belegschaft der Frühlicht. Die Mittagslicht ist bis auf wenige Mann eingezogen. Die Ursache des Ausbundes ist nach Mitteilung der Grubendirektion in Meinungsverschiedenheiten über die kürzlich ins Leben getretene Knappschafsklasse zu suchen. Hierbei verlangten die Vergleute rückwirkende Kraft bei Berechnung der Pensionen. Die Direktion hofft bestimmt, daß diese Meinungsverschiedenheiten in kürzester Frist behoben sein werden und daß die Arbeit bald wieder aufgenommen werden wird.

Eisenbahnunglück.

Mailand, 3. Mai. (W. S.) In Napoli stieß ein Personenzug mit einem Lastzuge zusammen. 40 Personen wurden mehr oder minder schwer verletzt.

Ein Schöpfung der Reaktion.

Moskau, 3. Mai. (W. S.) Der Generalgouverneur hat die Ausweisung des Führers der „Schwarzen Bande“, Redakteur Slowenikow, aufgehoben und die Erlaubnis zur Herausgabe von vier neuen Heften erteilt, deren Redigierung Slowenikow übernahm.

Attentat auf einen Prior.

Moskau, 3. Mai. (W. S.) Zwei junge Männer, welche sich Einlaß in das Predigerstift-Kloster verschafft hatten, stiegen vor dem Hochaltar den Prior des Klosters durch Dolchschläge. Einer der Mörder konnte verhaftet werden, verweigerte aber für seine Person jedwede Auskunft.

Hausdurchsuchungen.

Dorpat, 3. Mai. (W. S.) Heute wurden bei einer Hausdurchsuchung in der Tschelcherstraße Bomben, vier Gewehre, viele andere Waffen und verbotene Schriften aufgefunden. Mehr als 30 Personen wurden verhaftet. Während der Hausdurchsuchung wurde ein Polizeioffizier von einem Manne in Studentenuniform getötet, ein anderer Polizeioffizier verwundet. Der Mörder entkam. Unter den Verhafteten befinden sich Studenten und Frauen.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 4 Beilagen u. Unterhaltungsblätter

Reichstag.

8. Sitzung vom Freitag, den 3. Mai 1907, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratliche: Graf Posadowsky, Dernburg. Der schleunige Antrag Albrecht und Genossen (Soz.) wegen Einstellung einer gegen den Abg. Weber (Soz.) beim königl. Amtsgericht Spandau schwebenden Privatklage wird debattelos angenommen.

Es folgt die Abstimmung über die zum Postetat eingebrachten Resolutionen.

Die Resolution Pompeisch (Z.), Massenaussieferungen von Drucksachen an Sonn- und Feiertagen nicht zu bearbeiten und die Schalter für Paketauslieferungen an den Vorabenden von Sonn- und Feiertagen früher zu schließen, wird angenommen, der zweite Absatz gegen die Stimmen der Freisinnigen.

Die Resolution Dr. Ablaß (fr. Sp.) auf anderthalbfache Anrechnung der Dienstzeit nach 8 Uhr abends und an Sonn- und Feiertagen wird angenommen.

Die Resolution der Kommission: die verbündeten Regierungen mögen bis zur dritten Lesung ihr Einverständnis mit der Erhöhung einer Reihe von Gehaltsstufen erklären, wird angenommen.

Die Resolution Dr. Ablaß (fr. Sp.), den Reichslanzler um eine Aenderung der Personalordnung für die mittlere Beamtenlaufbahn zu ersuchen, wird abgelehnt, worauf die Resolution Ablaß (fr. Sp.), den Reichslanzler zu ersuchen, diese Aenderung in Erwägung zu ziehen, angenommen wird.

In die Resolution Frhr. v. Camp-Rassauen (Rp.), betreffend die Gewährung von Ostmarkenzulagen, wird entsprechend dem Antrag Pachnide vor „Schaltzulagen“ eingefügt, unwillkürlich. In namentlicher Abstimmung wird die so geänderte Resolution mit 188 gegen 149 Stimmen angenommen. Das Resultat wird auf der Rechten mit Beifall, bei den Linken mit Jischen begrüßt.

Die übrigen Resolutionen betreffend Ostmarkenzulagen sind damit erledigt.

Bei der Resolution Graf Pompeisch (Z.), die eine Erleichterung der Telefonanrichtungen und Telefonbenutzung auf dem Lande herbeiführen will, beantragt Abg. Wiemer geforderte Abstimmung über den Satz: „eventuell unter gerechter Repartierung der Kosten zwischen Stadt und Land“. Dieser Antrag wird gegen die Stimmen der Linken abgelehnt und die unveränderte Resolution gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten angenommen.

Die Resolution Ablaß (fr. Sp.) betr. Beförderung von Blindenstiften wird angenommen.

Es folgt der Etat für das Reichsmilitärgericht der debattelos nach den Kommissionsbeschläffen erledigt wird.

Den nächsten Gegenstand der Beratung bildet der Etat des Kolonialamtes.

Die Diskussion über die Kapitel „Zivilverwaltung“ und „Militärverwaltung“ wird nach dem Antrage des Referenten, des national-liberalen Abg. Dr. Semler trotz des Widerspruchs des Abg. Weber (Soz.) vereinigt.

Abg. Dr. Spahn (Z.): Ich halte die Errichtung eines selbständigen Kolonialamtes mit einem selbständigen Staatssekretär an der Spitze für zu wichtig, als daß wir darüber nicht ausführlicher verhandeln. Die auswärtige Politik des Deutschen Reiches muß einheitlich geführt werden; diese Einheitlichkeit kann durch ein selbständiges Kolonialamt nicht gefördert, sondern nur gefährdet werden. Deshalb werden meine Freunde die Schaffung eines selbständigen Kolonialamtes ablehnen. Selbst England hat kein selbständiges Kolonialamt. Wirkliche Kultur auf der Grundlage des Christentums bringen den Eingeborenen die Missionen, die vor 1000 Jahren auch hier in Deutschland Christentum und Kultur brachten. (Sehr gut! im Zentrum, Unruhe rechts und bei den Sozialdemokraten.) Auf die einzelnen Kolonialstände will ich nicht eingehen; vielleicht ist manches übertrieben, aber der Wädchentauf, den auch angegebene Beamte getrieben haben, ist empörend und beweist, wie überlegen und wie wichtig die Tätigkeit der Missionen ist. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Wiemer (fr. Sp.): Auch in Zukunft werden wir Forderungen für die Kolonien ablehnen, wenn wir meinen, daß sie ihrer wirtschaftlichen Entwicklung nicht dienen. In der Organisation der Verwaltung der Kolonien haben sich Mängel herausgestellt. Die oberste Leitung muß auch die volle Disziplinargesamtheit haben; heute liegt diese beim Auswärtigen Amt. Wir werden deshalb für die Schaffung eines selbständigen Kolonialamtes mit einem Leiter mit voller Verantwortlichkeit stimmen.

Einem überfüllten Bau von Eisenbahnen können wir nicht das Wort reden; wir treten für eine verständige Kolonialpolitik ein, aber unter Wahrung der finanziellen Interessen des Reiches. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. Litz (Sp.) hebt die segensreiche Wirkung der evangelischen Missionen rühmend hervor.

Abg. Weber (Soz.):

In der Kongoakte ist volle Freiheit der Ausübung aller religiösen Vorkenntnisse gewährleistet. Eine Abgrenzung und Abschließung, wie sie der Vorredner in bezug auf einzelne Missionen wünscht, ist also schon mit Rücksicht auf die Kongoakte undurchführbar. Indem ich mich zum Etat selbst wende, bemerke ich, daß wir die Schaffung eines selbständigen Kolonialamtes im Vorjahre abgelehnt haben und daß die Situation jetzt keineswegs eine andere geworden ist. Wir lehnen die Forderung also auch jetzt ab. Wenn bei uns die Schaffung eines neuen Staatssekretariats verhandelt würde, so läme in erster Linie in Frage ein neuer Staatssekretär für die kulturelle und die Versicherungsgesetzgebung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Kolonialpolitik hat freilich bei den letzten Wahlen eine sehr wichtige Rolle gespielt, und es ist keineswegs zu bestreiten, daß ein großer Teil der deutschen Wähler durch die blühenden Schilderungen von der Entwicklungsfähigkeit unserer Kolonien sich hat berufen lassen und seine Stimme in einem Sinne abgegeben hat, daß sie es, wie ich glaube, später bereuen werden. (Widerpruch rechts.) Tatsache ist, daß die Regierung die Situation gut ausnutzt, wenn sie jetzt einen neuen Kolonialsekretär fordert. Damit würden aber die deutschen Kolonien eine Bedeutung erhalten, die ihnen weder in kultureller noch in wirtschaftlicher noch in politischer Beziehung zukommt. Weiter meinen wir, daß dieses Amt auch in weiterer Nähe als bisher nach Betätigung drängen würde, daß sich neue Bedürfnisse herausstellen würden, die ernste finanzielle Anforderungen an das Reich stellen. Ferner meinen wir, daß der Leiter eines selbständigen Kolonialamtes eine unabhängige Stellung bekommen würde, eine Stellung von einer Freiheit, die ihn dazu führt, die Kompetenzen seines Amtes zu erweitern und sich in Dinge zu mischen, die zu Konflikten mit auswärtigen Mächten führen können. Kein Gebiet unseres Staatswesens birgt in so hohem Maße die Gefahr internationaler Reibungen als die Kolonialpolitik. Damit ist aber die dringende Aufgabe gegeben, daß die Leitung der Kolonialpolitik nach wie vor in engem Kontakt mit dem Auswärtigen Amt bleibt, und das ist nicht möglich, wenn ein besonderer Staatssekretär für das Kolonialamt geschaffen wird. Ich könnte es mir erklären und würde es durch die Situation gerechtfertigt finden, wenn der Staatssekretär für das Auswärtige Amt einen besonderen Unterstaatssekretär verlangte, der die Kolonien selbständig zu verwalten hat, der aber in allen Fragen, die ihn mit auswärtigen Mächten in Beziehung bringen, notgedrungen sich an seinen Chef wenden müßte, der dann allein zu entscheiden hat. Diese absolute Notwendigkeit des engen Kontakts

zwischen der Kolonialpolitik und dem Auswärtigen Amt würde durch die Schaffung eines Staatssekretärs für die Kolonien gestört, die daher große Gefahren für unsere auswärtigen Beziehungen in sich birgt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Daß gerade die Kolonialverwaltung Anlaß zu Reibungen mit dem Auslande gibt, haben wir in den letzten Jahren zur Genüge kennen gelernt. Diese Reibungsflächen werden sich mit der Entwicklung der Kolonien und dem Bedürfnis ihrer Ausdehnung noch erweitern. Nun haben wir heute von Herrn Spahn zu meiner großen Ueberraschung gehört, daß in der Kolonialpolitik auch ein Moment der Stärkung Deutschlands wie überhaupt der betreffenden Mächte bezüglich ihrer Weltstellung enthalten ist. Herr Spahn hat ausgeführt, daß nicht Südwestafrika, nicht Togo oder sonst eine Kolonie, sondern daß gerade Ostafrika es sei, das für Deutschland weltpolitisch von Bedeutung sei schon mit Beziehung auf seine Lage zu Indien. Ich habe mich an den Kopf gefaßt, als ich das hörte, und gefragt, was denn diese Ausführungen bedeuten sollen. Wenn sie einen Sinn haben, so doch nur den, daß mit Kolonien weltpolitisch vorgegangen werden soll! Damit hat Herr Spahn die Forderungen der Kolonialpolitik in einer Weise unterstellt, wie es auch der eifrigste Verehrer der Kolonial- und Weltpolitik nur tun könnte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten, Zuruf: „Das ist der neue Zentrumskurs!“) Wenn das

der neueste Zentrumskurs

ist, so würde ich das bedauern. Das mögen die Herren mit sich abmachen. Ich glaube aber doch, ein großer Teil der Zentrumswähler dürfte sich die Frage stellen, ob sie dann noch nach wie vor zu Ihnen stehen sollen. Herr Spahn hat allerdings an einer anderen Stelle seiner Rede hervorgehoben, daß die Kolonialpolitik, welche Frankreich in den letzten Jahrzehnten getrieben habe, ganz wesentlich die Weltmachtstellung Frankreichs, die es durch den Krieg verloren, wieder gehoben habe. Diese Auffassung steht im Widerspruch mit den tatsächlichen Verhältnissen und mit den Anschauungen, die man in Frankreich selbst darüber hat und die auch der deutsche Staatsmann Herr Wislizenus in bezug auf die französische Kolonialpolitik gehabt hat. Herr Spahn hat auf die Ausdehnung der französischen Kolonialpolitik bereits unter Herrn hingewiesen. Er scheint vergessen zu haben, daß Herr Wislizenus diese französische Kolonialpolitik untersucht hat, und zwar einzig von dem Gesichtspunkte aus, daß je mehr Frankreich durch sie engagiert werde, um so mehr seine Machtstellung gegenüber Deutschland geschwächt werde! (Sehr wahr! b. d. Soz.) Herr Wislizenus sah nicht eine Stärkung, sondern eine Schwächung Frankreichs in der Ausdehnung seines Kolonialgebietes, und das mit Recht. In ähnlichem Sinne hat er sich auch im Jahre 1881 zum Fürsten Hohenlohe ausgesprochen, der damals deutscher Gesandter in Frankreich war. Hohenlohe hat dem Fürsten Bismarck mitgeteilt, daß Frankreich ernste Absichten auf Marokko habe. Fürst Bismarck erwiderte: „Lassen Sie sie nur nach Marokko gehen!“ Er wünschte, daß man Frankreich ruhig gewähren lasse. Jetzt aber ist Marokko zu einem Kampfel zwischen Frankreich und Deutschland geworden. In gewissem Sinne hat auch Fürst Bismarck zu ähnlichen Ansichten geäußert. Im November vorigen Jahres sagte er, daß gerade die überseeischen Verbindungen Deutschland in eine prekäre Situation gebracht hätten. Er meinte: „Unsere Situation wäre gesicherter und leichter als in den achtziger Jahren, wenn wir nicht inzwischen eine überseeische Politik inaugurieren hätten. Was die Situation für uns kompliziert und erschwert, sind unsere überseeischen Interessen. Wären wir dort nicht engagiert, so würden wir auf dem Kontinent nicht allzuviel zu fühlen bekommen. Leichter als heute wären Fraktionen mit England zu vermeiden.“ — So ist es in der Tat, unsere Kolonialpolitik, unsere Weltpolitik hat uns in viel komplizierteren, unangenehmere, sensiblere Verhältnisse hineingeführt, als sie früher bestanden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das ist ja auch einer der Gründe, weshalb wir uns gegen diese Weltpolitik erklären. Kommt es einmal zu einer Situation, in der man zum Schutze des eigenen Landes den letzten Mann, den letzten Groschen braucht, dann sind wir nicht im Stande, die Kolonien zu halten, dann fallen sie dem Gegner ohne Schwertstreich zu. Als wir jüngst in der Budgetkommission den Etat für Kiautschou besprachen, erklärten die Vertreter aller Parteien: „Unsere Position in Kiautschou bedeutet keine Stärkung, sondern eine Schwächung für uns und die Aufgabe dieses Besitzes wäre eine Wohltat“. Diesen Standpunkt haben wir vom ersten Tage an vertreten. Ich habe vor dem Besitzergreifen Kiautschous gewarnt, das uns zunächst das chinesische Abenteuer mit allen seinen Nachteilen und Schäden auf den Hals geladen hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aus allen diesen Gesichtspunkten sind wir nicht in der Lage, derartige Forderungen zu unterstützen.

Im unglücklichen Zusammenhang mit der Frage des Staatssekretärs für ein Reichskolonialamt steht die zweite Frage nach einer Kolonialarmee. Herr Dr. Wiemer hat mit Nachdruck erklärt, seine Freunde seien entschiedene Gegner dieser Kolonialarmee, und er hat darauf hingewiesen, daß in der Budgetkommission der Vertreter der Konservativen, Herr v. Richthofen, erklärt hat, seine Parteifreunde wollten unter keinen Umständen eine Kolonialarmee. Herr Dr. Wiemer meinte weiter, der Reichstag sei ja jederzeit in der Lage, wenn es wirklich zur Bildung einer Kolonialarmee kommen sollte, die Richtbewilligung auszusprechen. Ich, meine Herren, in der Politik liegen die Dinge nicht so einfach. Da heißt es vor allem: Hätte dich vor dem ersten Schritt (Rechtliche Zustimmung bei den Sozialdemokraten), sonst bist du gezwungen, den zweiten und den dritten bis zum letzten zu machen. Das ist auch hier der Fall. Was hier verlangt wird, ist nichts anderes, als ein kleines koloniales Kriegsministerium. Zwar so klein ist die Institution nicht gedacht. Sie erfordert einen ganz respekablen Ausgabeposten: 462 500 M.! Damit soll die Organisation und die Leitung der Militärämter in den Kolonien durchgeführt werden. Kein Zweifel, daß es sich um ein Kriegsministerium für die Kolonien

handelt. Freilich, zunächst hat man diesem Kriegsministerium den Kopf abgeschnitten, man hat ihm den Generalmajor genommen. (Auf bei den Freisinnigen: Wohl!) D, meine Herren, der Kopf kommt wieder! Ich weite, Sie sehen ihn selbst das nächste Mal wieder auf. (Große Heiterkeit.) Ohne Kopf ist diese Institution ja schließlich nicht möglich. Jetzt ist ein Oberst dazu bestimmt. Ich möchte fast vermuten, daß bei dieser Benennung persönliche Gründe im Vordergrunde gestanden haben. Der Herr, der als kolonialer Kriegsminister in Aussicht genommen war, hat gewissen Parteien im Hause nicht behagt. Wenn die Personenfrage im Sinne der Linken gelöst sein wird, so wird ungewisselhaft auch wieder der Generalmajor bewilligt werden. (Unruhe bei den Freisinnigen.) Daß ich nicht übertreibe, zeigt die Begründung, die die Denkschrift der Forderung gibt. Da wird gesagt, daß als Vorbild für die Reorganisation die Departements im Kriegsministerium dienen sollen. Das Kriegsministerium wird also als Vorbild für das kleine koloniale Kriegsministerium genommen! Auch die Aufgaben, die man dem kolonialen Kriegsministerium zuweisen will, lassen keinen Zweifel darüber, daß wir es mit einem solchen zu tun haben. Sie werden mir zugeben müssen: Wer bildet kein Kriegsministerium, wenn es nicht eine Armee zu verwalten hat. Den ersten Anfang dieser Kolonialarmee haben wir ja schon in Südwestafrika. (Zuruf rechts: Gott sei Dank!) Dieser Zuruf unterstützt ja nur meine Ansicht. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Und hierer Anfang einer Kolonialarmee wird nicht verschwinden, sondern stärker werden. Sonst hätte ja der ganze kolossale Apparat seinen Sinn. (Zuruf bei den Freisinnigen: Wir wollen keine Kolonialarmee!) Sie wollen keine Kolonialarmee? Nun, dann müßten Sie doch die Organisation, die an ihrer Spitze stehen soll, ablehnen, sonst geraten Sie in einen unhaltbaren Widerspruch. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie zu den

Freisinnigen) wollen eben bloß den Schein nicht aufkommen lassen, daß Sie zu Kreuze gefahren sind. (Oh! bei den Freisinnigen.) (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Denkschrift weist selber auf das unermutet starke Anwachsen der Schutztruppen hin, das schwierige Fragen persönlicher und sachlicher Natur aufgeworfen habe. Die Denkschrift gibt also zu, daß das starke Anwachsen der Kolonialtruppen die neue Organisation nötig mache. Da suchen Sie (zu den Freisinnigen) mir, wie Sie aus der Klemme herauskommen. (Große Heiterkeit.) Die Denkschrift spricht von der Notwendigkeit militärischer Anlegen. Das klingt ja fast so, als wenn man schon an Forts, an Festungen denke. Sie spricht von der Vorbereitung der Mobilisierung, von der Ueberwachung der Schlagfertigkeit der Truppe. Sie sehen, daß eine militärische Organisation — ganz wie bei uns zu Hause — geschaffen werden soll. Angesichts dieser Begründung sind mir die Ausflüchte des Herrn Dr. Wiemer ganz unbegreiflich.

Die Denkschrift spricht von dem sorgsameren Ausbau der Verkehrswege, den die neue Organisation in die Hand nehmen soll. Die Kolonialbahnen sollen also Sache der militärischen Verwaltung werden. Strategische, militärische Gesichtspunkte sollen für sie in Frage kommen, nicht Verkehrs- und Kulturinteressen. Das sind ja wunderhöne Ausflüchte für Sie (zu den Freisinnigen, Sehr gut! bei den Sozialdemokraten). Wenn Sie (zu den Freisinnigen) in diesem Sinne Kolonialpolitik treiben wollen, so tun sie es wenigstens offen, aber treiben sie keine Vogel Strauß-Politik. (Unruhe bei den Freisinnigen, Lebhaftige Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Dazu kommt noch ein anderes. Wir sind der Ansicht, daß schon die gegenwärtige Truppenzahl für Südwestafrika viel zu groß ist. Der Zustand der Eingeborenen ist nicht nur niedergefallen, nein, die ganze eingeborene Bevölkerung ist sozusagen niedergedrückt, so daß die Frage entsteht, ob überhaupt noch genügendes Menschennmaterial vorhanden ist, um den Zwecken der Kolonialverwaltung zu dienen. Man hat dort so gehaust, daß von den Eingeborenen nur 10 000 an Stelle von Hunderttausend vorhanden sind, daß sie vollständig desorganisiert, aus ihren Stammesverbänden losgelöst sind, daß sie keine Führer haben, kurz, daß sie nichts mehr besitzen, was ihnen auch nur den Gedanken eines neuen Aufstandes entgegen könnte. Nach allen diesen Richtungen hin sind also diese Anforderungen an die militärische Kraft des Landes absolut überflüssig und entbehren jeder Begründung. Es müssen daher andere Gründe vorhanden sein, aus denen man sich veranlaßt sieht, trotz alledem eine solche Kolonialarmee zu schaffen. Der Abg. Dr. Wiemer und seine Parteifreunde — Parteifreunde (Schallende Heiterkeit) waren ja Zuhörer in der Budgetkommission. So ungenau vorsichtig der Kolonialdirektor und die anderen Herren der Kolonialverwaltung sich auch zu halten bemühten, sie konnten doch nicht umhin, hier und da ein kleines Loch zu öffnen, das einen Ausblick in die Zukunft erlaubte. Und da sah man ganz deutlich, daß man eine starke militärische Macht in Südwestafrika ansammeln wollte für den Fall internationaler Verwickelung. (Lebhafter Widerspruch rechts.) Sie (nach rechts) werden das selbstverständlich bestreiten. Ich verlange ja gar nicht, daß Sie mir Bravo zurufen. (Große Heiterkeit.) Für so naiv halten Sie mich nur nicht. Aber auch andere Mitglieder des Hauses als die sozialdemokratischen haben ja aus ihrem Herzen keine Würdegrube gemacht. Der Reichslanzler hat meiner Partei, insbesondere unserem Zentralorgan, jüngst einen lebhaften Vorwurf daraus gemacht, daß sie derartige Gedanken ausdrücken, die nur zu internationalen Verwickelungen führen könnten. Aber diese Vorwürfe waren durchaus unbedeutend; denn wenige Monate vorher hatte der Reichstagabgeordnete Lattmann demselben Gedanken in präzisester Weise Ausdruck gegeben. (Unruhe rechts.)

Widerlegen Sie doch zunächst, daß Südwestafrika eine Truppenmacht in dieser Stärke ganz und gar nicht nötig hat! Dann will ich Ihnen glauben, daß die Truppenmacht nicht anderen politischen Zwecken dienen soll. Aber natürlich, das ist ja ganz unmöglich. Wenn ich heute aus dem Munde des Abg. Spahn höre, daß Südwestafrika als wichtigstes Moment in Betracht zu ziehen sei für die Weltmachtstellung Deutschlands gegenüber England, was haben denn diese Ausführungen für einen Sinn als den, daß unsere Weltmachtstellung gestiftet werden muß durch eine starke Kolonialarmee in Südwestafrika? (Recht. Zustimmung b. d. Soz.) Hätten Sie sich vor solchen Ausführungen, die zu ganz ungeheuerlichen internationalen Verwickelungen führen müssen. Die Kolonialschwärmer haben sich ja zum Teil immer darauf verlassen, daß die Versöhnung zwischen den Engländern und Buren nur Schein sei; aber wenn man sieht, wie jetzt England nach dem furchtbaren Burenkrieg, einem der blutigsten Kriege der neueren Zeit, den tüchtigsten Burengeneral an die Spitze der Transvaalkolonie gestellt hat, so zeigt das doch, daß die Amalgamierung der einheimischen Bevölkerung mit der englischen in einem Maße fortgeschritten ist, daß es der größte Irrtum wäre, wollte man gegebenen Falles auf die Unterstützung der Buren gegen die Engländer rechnen. (Lärmende Unterbrechungen rechts.) Das will ja kein Mensch. Abgeordneter Heßler (fr. Sp.) ruft: Wer hat denn das je gesagt? Sie (zu Heßler) haben ja gar keine Ahnung. (Heiterkeit) was für Gedanken die Kolonialschwärmer in ihren Zeitungen und Zeitchriften aufbringen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Noch vor wenigen Tagen hat der frühere Landeshaupmann von Südwestafrika General von Francois im „Tag“ einen Artikel veröffentlicht, in dem er zunächst zugibt, daß die Kolonie in den letzten Jahren nur vom Krieg gelebt habe und daß es ein Unglück für sie wäre, wenn die Heeresstärke der dortigen Truppen vermindert würde. Das Land dränge eine starke Schutztruppe nicht nur als Grundstock einer Kolonialarmee, (Wielaches Hört! hört! b. d. Soz. Unruhe rechts) sondern auch um den völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch der Kolonie zu verhindern. Die 60 bis 70 Millionen, die Deutschland für die Kolonialarmee ausbebe, sollten aus der finanziellen Rückhalt für die wirtschaftliche Entwicklung des Schutzgebietes sein. (Lachen rechts.) Sie (nach rechts) sind gegenwärtig in einer Stimmung, bei der alle Verurteilungen bei Ihnen abprallen. (Sehr gut! und große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten. Lautes Lachen rechts.) Ihre Lachen beweist ja diese Vernunft auch noch nicht. (Große Heiterkeit.) Südwestafrika ist das eigentliche Land für die Kolonialarmee. In den anderen Kolonien, Ostafrika, Kamerun und Togo, machen die klimatischen Verhältnisse ihre Erhaltung unmöglich. Aber sehen wir einmal wie die Dinge in dem Ihrer Meinung nach so günstigen Südwestafrika liegen. Vor mir habe ich einen Artikel der „Deutschen Tageszeitung“ über den Bahnbau Lüderichs — Steetmanshoop. Als Hauptschwierigkeit des Bahnbaues wird die Ueberwindung der Wüstenlandschaft bezeichnet, die viel größere Schwierigkeiten machen als die Durchquerung von Gebirgen. Die Wüstenlandschaften seien unbedenkbar: kaum sei die Trasse festgelegt, so verändere ein Sandsturm die ganze Landschaft. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das Wasser für den Bahnbau müsse von drei Wasserstellen, die 50 bis 60 Kilometer weit von der Bahnlinie entfernt seien, auf Kamelen zur Bahn geholt werden; die ganze Bahnstrecke sei ohne Wasser. Auch hinter Kubus im Gebirgslande gehe sie noch durch eine 70 Kilometer lange Durststrecke!

Sand und Stein

also, das ist Ihr gelobtes Südwestafrika, für das Sie jetzt so große Aufwendungen machen wollen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die „Freisinnige Zeitung“ fügt dem hinzu: „Diese Schilderung bestätigt nur, was wir über die südwestafrikanischen Sandwüsten längst wissen mußten und wußten. Wer da noch auf ein Eldorado hofft, der hat entweder einen starken Glauben oder — beides pflügt auf daselbe hinauszuweisen — wenig Wissen.“ (Lärmliche Heiterkeit und vielaches Hört! hört!) Den Rest der Anpflanzungen haben jetzt noch ungeheure Duschregenschwärme vernichtet, die in kolossalen Massen aufgetreten sind und alles laß gefressen haben. (Zuruf rechts: Was hatten denn die noch zu fressen? Sand? — Große Heiterkeit rechts.) Ich weiß nicht, ob Sie von Guschregenschwärmern leben können. (Anhaltende große

Heiterkeit) aber das höchste Gemüthe und Kartoffeln, das in der Nähe der Stationen angepflanzt worden war, das ist jetzt auch noch vernichtet. (Zurufe rechts.) Vizepräsident Dr. Baasche bittet wiederholt um Ruhe.) Meine Herren! Sie sind in einer Hurrastimmung. (Sehr gut! und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Es sind doch wahrhaftig keine Sozialdemokraten, die das veröffentlichten. (Zuruf des Abg. Müller-Reinigen. Vizepräsident Dr. Baasche bittet den Redner, keine Preisgepränge zu führen.) Ich habe ja noch gar nicht einmal auf diesen Zwischenruf geantwortet. (Heiterkeit. Vizepräsident Dr. Baasche erklärt, daß er nur habe bitten wollen, die Zwischenrufe zu unterlassen. — Erneute Heiterkeit.) Ich kann mir wiederholen, daß alle Sachverhalte des Landes die Zustände in Südwesafrika geradezu als trostlos schildern. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Zum Schluß noch ein Wort an den Abg. Ring. Er hat verlangt, daß zur Förderung des Schulwesens der Eingeborenen in Südwesafrika ihnen die Lehrmittel unentgeltlich geliefert werden. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Es freut mich außerordentlich, daß Herr Ring diese Forderung des sozialdemokratischen Kommunalprogramms, für die wir trotz aller Anstrengung bisher in den deutschen Stadtvertretungen vergeblich kämpften, für Südwesafrika ausgenommen hat. Ich finde diese Sorge für die Eingeborenen in Südwesafrika sehr schön, möchte aber den Abg. Ring und seine Parteifreunde doch bitten, erst einmal dieselben Einrichtungen den deutschen Schulkindern zukommen zu lassen. (Lebhafte Zustimmung und großer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Herr Bebel hat sich lebhaft wieder gegen die Schaffung eines selbständigen Kolonialamtes gewendet. Aber im Kolonialamt ist eine so große Summe materieller und Verwaltungsinteressen vereinigt, daß es für den Reichsländer schon physisch ganz unmöglich ist, die materielle Verantwortung zu übernehmen; er muß einen Stellvertreter haben, der die materielle und moralische Verantwortung übernimmt. Die Behauptung des Abg. Spahn, daß auch England nicht ein selbständiges Kolonialamt habe, ist nicht richtig. Die Behauptung, daß durch Schaffung eines selbständigen Kolonialamtes unsere auswärtigen Beziehungen abgerichtet werden könnten, ist unbegründet; mit auswärtigen Mächten könnte auch das Kolonialamt nur durch Vermittlung des auswärtigen Amtes in Verbindung treten, genau wie jedes andere Reichsamt, z. B. das Reichsamt des Inneren.

Nun hat Herr Bebel auch davon gesprochen, daß die Erhöhung der Schutztruppe mit Rücksicht auf die Rückständigkeit von Kapland verlangt werde; auch in der Presse ist auf gewisse Nebenabsichten bei der Verstärkung der Schutztruppe hingewiesen worden. Solche Versicherungen sind mir geeignet, Mißtrauen im Ausland zu erregen. An keiner amtlichen Stelle des Reiches ist jemals auch nur ein Gedanke an derartiges aufgetaucht. Nach der ganzen Stellung des Kaplandes wäre das auch ein Gedanke nach Art der Jules Verne'schen: ein ganz phantastischer Gedanke; seiner Ausführung fehlt jede Möglichkeit einer realen Grundlage.

Abg. Arning (nat.): Die neue Organisation der Verwaltung mit dem selbständigen Staatssekretär für die Kolonien halten wir für eine gute. Wir hoffen auf eine günstige Entwicklung der Kolonien. Selbstverständlich ist der weitere Bahnbau für ihre Erhebung sehr wichtig. Auch wird es darauf ankommen, die Eingeborenen zu heben und aus ihnen brauchbare Arbeiter zu machen. (Sehr wahr! bei den Nationalliberalen.) Verletzungen einzelner Beamten sind in den Kolonien wohl vorgekommen; aber die Befreiung der sog. Kolonialskandale hat mehr Schaden als Nutzen gestiftet. (Wahr! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Behr v. Nächstes-Dammsdorf (kon.): Im Interesse einer geordneten Entwicklung unserer Kolonien halten wir ein selbständiges Kolonialamt für notwendig. Daß die Militärverwaltung der Kolonien dem Kriegsministerium oder dem Reichsmarineamt nicht angegliedert wird, halten wir für richtig. Der Gedanke einer Kolonialarmee schäme ich mich nicht im Hintergrunde, wir halten eine Kolonialarmee für überflüssig. Ob das für alle Zukunft so sein wird, geht uns heute nicht an. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Kolonialdirektor Dernburg:

Herr Spahn meinte, die Kolonien seien für uns ein politisches Werkzeug. Das ist nicht die Auffassung der verbündeten Regierungen. Für uns sind die Kolonien ein Objekt wirtschaftlicher deutscher Betätigung. Man hat von einem kleinen Kriegsministerium und einer Kolonialarmee gesprochen. Herr Bebel hat teils humorvoll, teils Sarkastisch diese Institutionen zu geheln gesucht, aber ich habe nicht gehört, was er eigentlich an deren Stelle gelegt haben will, wie überhaupt die Schutztruppe nach seiner Ansicht von Berlin aus verwaltet werden soll. Wollen Sie die Zeit wieder haben, wo ein oder zwei Offiziere plötzlich die ungeheuerlichsten Aufgaben auf sich nehmen müssen, denen hunderte von Millionen durch die Finger gehen und die dann nicht wissen, wo sie die notwendige Hilfe herkommen? Wollen Sie wieder 20—30 Millionen an Fremde ausgeben für Transporte und für Befestigungen in der Kapkolonie? Ja verzeihe nicht, wie man so kurzfristig sein kann, um nicht die Lehre zu ziehen aus einer Vergangenheit, die doch nur wenige Monate zurückliegt. (Sehr gut! rechts.) Und leiten teils praktische Gesichtspunkte, die Verwaltung denkt nicht an eine Kolonialarmee, sondern sie hat gelernt, wie man es nicht machen muß und hofft nun, zu wissen, wie es gemacht werden muß. Herr Bebel hat ja selbst gesagt, wir haben gar keine Länder, in denen wir eine Kolonialarmee verwenden können außer Südwesafrika. Dort haben wir 17 000 Mann gehabt, sind am 1. Oktober auf 10 000 zurückgegangen, heute haben wir 6600 Mann dort. Ist das die Richtung nach einer Kolonialarmee hin? Und wozu brauchen wir eine Kolonialarmee? Wenn uns das Unglück eines Aufstandes widerfahren sollte, so haben wir genau dieselben Mittel wie bisher, wir werden immer noch genug mutige junge Männer finden, die als Freiwillige dort hingehen wollen. Also weshalb immer das Gerede von der Kolonialarmee, die niemand in diesem Hause will und die Regierung auch nicht? Herr Bebel hat vorgeschlagen — da sprach er allerdings etwas leiser — die militärische Organisation sei aufgebaut nach der Art eines Departements im Kriegsministerium. Ein Departement ist kein Kriegsministerium, ebensowenig wie ein Teil ein Ganzes ist. (Sehr richtig! rechts.) Die Verwaltung steht ganz auf dem Standpunkte des Herrn Wiener: Es kommt ihr darauf an, eine kulturelle friedliche, besonders eine kommerzielle Entwicklung der Kolonie zu schaffen. Ich bedaure, daß der General von der Kommission gestrichen ist. Der Staatssekretär wird dadurch der direkte Vorgesetzte der gesamten militärischen Organisation; es wird ihm damit eine Last aufgeladen, die er nach der Natur seiner Aufgabe und falls ich im Frage komme, nach der Natur seiner Vorbildung gar nicht leisten kann. Sollte die Forderung abgelehnt werden, so werden wir uns einzurichten haben, aber ich kann schon heute sagen, sie muß wiederkommen.

Mit dem, was Herr Spahn über die kulturellen Aufgaben der Kolonialverwaltung gesagt hat, bin ich einverstanden. Das Interesse für die Missionen bei der Konfessionen teile ich. Ich freue mich auch, daß Herr Spahn gesagt hat, daß die Erziehung der Eingeborenen zur Arbeit die Hauptaufgabe der Missionen ist. Um so überraschender und peinlicher war es mir, in den Berichten der Missionen von Logo die Bemerkung zu finden, daß es sehr viel besser wäre, wenn man die Schwarzen nicht zur Arbeit heranzöge. Ich hoffe, daß diese irriige Auffassung korrigiert wird.

Aus den Gründen, die Herr Dr. Arning ausgeführt hat, bin ich sehr dankbar, daß auf die Kolonialskandale hier nicht weiter eingegangen ist. Ein vor kurzem in Köln stattgehabener Prozeß hat bewiesen, daß die Anklagen gegen den Hauptmann Dommit, an deren Mundstück sich Herr Bebel gemacht hatte, von A bis Z falsch und verunsinnlich waren. (Hört! hört! rechts.) Wenn auch Herr Bebel den guten Glauben in Anspruch nehmen kann, so muß ich mich doch wundern, daß er eine solche Behauptung über zwei Jahre aufrecht erhalten hat, ohne sich von der Richtigkeit oder Unrichtigkeit zu überzeugen. (Abg. Behr: Ich bitte um Wort.) Der Verwaltung

ist es in fünf Monaten gelungen, die Unrichtigkeit nachzuweisen. Es ist viel die Rede gewesen von dem kaufmännischen Geist in der Kolonialverwaltung. Ich gebe zu, daß hier eine gewisse Wandlung mit mir vorgegangen ist. Es ist nicht möglich, in eine große Verwaltung eine Reihe von Kaufleuten zu nehmen. Kaufleute wollen gewerbsmäßig Handelsgeschäfte treiben mit der Absicht, selbständig zu werden und viel Geld zu verdienen. Das sind Dinge, die man ihnen in einer solchen Verwaltung nicht bieten kann. (Sehr richtig! rechts.) Woran es aber bisher gefehlt hat in der Kolonialverwaltung und überhaupt in Deutschland, das ist, daß die Bedürfnisse der verschiedenen Stände und Berufsarten gegenseitig besser verstanden werden auf Grund eigener wirklicher Kenntnis desjenigen, was der andere zu tun hat. Deswegen werden Kaufleute in die Zentralverwaltung gesetzt, um die Grundzüge der Bureaucratie kennen zu lernen und die Juristen müssen zunächst einen Kursus an der Handelshochschule durchmachen. Eine gewisse Bureaucratie ist notwendig, wogegen ich mich nur wende, ist der Affektivismus und andererseits die Selbstüberhebung der jungen Leute, die plöpplich aus der engen Heimat in einen weiten Wirkungskreis gesetzt werden, sowie eine gewisse subalterne Verordnungsfindung anderer Leute, die glauben, ganz Afrika erobert zu haben, wenn sie es nur mit genügend Papier reglementiert haben. (Heiterkeit und sehr gut! links.) Die Kolonialverwaltung ist wie eine Eisenbahn. Sie braucht einen festen Unterbau, gutgelegte Schienen, feste Schwellen, das ist die Bureaucratie. Der Affektivismus, das sind die falschen Weichen und die subalterne Verordnungsfindung, die übermäßigen Steigungen und Krümmungen. Alles muß verständig überlegt, geradlinig in fester bestimmter Richtung gehen, dann wird sich auch der Zug der wirtschaftlichen Entwicklung leicht und ohne Reibungen darauf fortbewegen, und darauf gehen wir doch alle miteinander aus. (Lebhafte Bravo!)

Abg. Dr. Müller-Reinigen (fr. Sp.):

Wir sind absolut nicht in einer Hurrastimmung, sondern wir verlangen eine vernünftige Entwicklung in den Kolonien. Den Sozialdemokraten sind die Kolonien Petuba; sie wollen sie los werden. Wir aber meinen, nachdem Ströme deutschen Blutes dort geflossen und viele Millionen dort ausgegeben sind, würden wir es für eine Dummheit halten, sie aufzugeben. (Bravo! beim Volk. Zuruf b. d. Soz.: Früher sprachen Sie anders!) Die Reden Wiener's im Herbst atmeten denselben Geist wie heute die meinige. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Herr Bebel sagt, wir seien zu Kreuze gefahren; ebenso gut hätte er sagen können, die Regierung habe sich dem Standpunkte genähert, den Eugen Richter so lange vertreten hat. (Sehr gut! bei den Freisinnigen. Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wenn Herr Bebel sagt, wir sollen den Kopf nicht in den Sand stecken, erwidere ich ihm, er solle doch nicht gegen Windmühlen kämpfen. (Beifall bei dem Volk, Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Vernehmung der Schutztruppe, sagt Herr Bebel, soll erfolgen, um das Ausland anzugreifen zu können. Ein Abgeordneter hat hier einmal davon gesprochen, man könne von den Kolonien aus England angreifen. Das ist gewiß sehr kurzfristig und töricht. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen) aber die Nebenweise des Herrn Bebel muß die englische Jingo-Presse gegen uns aufregen. (Ich bitte Herrn Bebel, doch endlich unseren Standpunkt zu begreifen. (Große Heiterkeit) wie ihn seine Parteigenossen Calwer, Bernheim und Schuppel schon begriffen haben.

Abg. Ledebour (Soz.):

Gegenüber dem, was mein Parteifreund Bebel über das Verhältnis des auswärtigen Amtes zur Kolonialpolitik ausgeführt hat, sagte der Staatssekretär Graf Posadowsky, daß selbst wenn ein selbständiges Kolonialamt geschaffen würde, dieses bei auswärtigen Angelegenheiten sich an das auswärtige Amt wenden müßte. Formal ist die Auffassung zweifellos richtig, trifft aber ganz und gar nicht die Argumentation Bebel's; denn diese ging darauf hinaus, daß überhaupt die ganze Kolonialpolitik, wie sie von einem Kolonialamt geführt werden müßte, sehr leicht zu auswärtigen Beziehungen führen könnte und daß es deshalb notwendig sei, daß die gesamte Tätigkeit dieses Amtes in auswärtigen Angelegenheiten der Entscheidung des auswärtigen Amtes untergeordnet werde. Welche Gefahren es mit sich bringt, wenn eine Kolonialverwaltung mit einem hohen Grad von Selbständigkeit ausgerüstet ist, dafür kann ich auf ein naheliegendes Beispiel verweisen, nämlich darauf, daß der Haupturheber an dem großen Kolonialkrieg zwischen England und den Buren, der das englische Reich in eine bedenkliche Situation gebracht hat, der selbständige Leiter des englischen Kolonialamtes Sir Chamberlain gewesen ist! Herr Spahn scheint die englischen Angelegenheiten nicht zu kennen, wenn er behauptet, daß in England ein selbständiges Kolonialamt besteht; außer einem selbständigen Kolonialministerium hat England noch ein selbständiges Ministerium für Indien, also zwei selbständige Kolonialministerien. Aber gerade das erwähnte englische Beispiel zeigt die Gefährlichkeit einer solchen Einrichtung. Sir Chamberlain ist von dem gegenwärtigen englischen Premierminister Mr. Campbell-Bannerman über die Tatsache, daß er den Burenkrieg angezettelt hat, im Parlament zur Rede gestellt worden, und zwar führte Campbell-Bannerman an, Chamberlain habe erklärt, er habe die Buren nur blüffen wollen. Hierüber ist im englischen Parlament eine Polemik entstanden — das ist insofern interessant, als bei uns der Herr Präsident den Ausdruck „blüffen“ als unparlamentarisch nicht hat dulden wollen! (Heiterkeit.) Zunächst war dieses Blüffen der Buren formal eine rein kolonialpolitische Angelegenheit, aber dadurch wurde der Krieg herbeigeführt, der zweifellos weit über diesen Rahmen hinausging und das englische Reich in eine sehr bedenkliche Lage gebracht hat. Gerade dieses Beispiel zeigt also, wie ungeheuer gefährlich das Bestehen eines selbständigen Kolonialministeriums ist, für welches bei uns die Vorbedingungen nicht bestehen, die allenfalls in England vorhanden sind. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Weiter hat Graf Posadowsky Bebel gegenüber eingewendet, daß alle Hinweise auf Pläne auswärtiger Verwicklungen an sich nicht gerechtfertigt seien, und dabei hat er die Bemerkung gemacht, es scheine der Zweck solcher Hinweise zu sein, im Auslande Mißtrauen gegen Deutschland zu erwecken. Ich muß sehr entschieden meine Partei und meinen Freund Bebel gegen eine derartige Anklage verteidigen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Daß wir nicht die Absicht haben, Mißtrauen gegen Deutschland zu erwecken, ist selbstverständlich. Das überhebt uns aber nicht der Verpflichtung der eingehenden Kritik an Handlungen und Aeußerungen von Ministern und Parlamentariern, die Verwicklungen mit dem Auslande herbeiführen könnten. Auch Herr Müller-Reinigen glaubte, den Grafen Posadowsky in seinen Angriffen gegen uns unterstützen zu müssen, indem er behauptete, daß durch die Ausführungen Bebel's Deutschland im Auslande diskreditiert werde. Dieser Gedankengang, in dem sich Herr Müller-Reinigen mit dem Staatssekretär Grafen Posadowsky begegnet, kommt darauf hinaus, daß es den Regierungsvertretern und den Mitgliedern der Parteien, welche die Regierung unterstützen, freisteht, die bedenklichsten Aeußerungen zu machen, die gerade, weil sie von so autoritativer Seite kommen, Deutschland aus schwerster Diskreditieren, daß aber die oppositionellen Parteien solche Aeußerungen nicht zurückweisen dürfen. Solche verheerenden Aeußerungen sind nicht nur von dem Abg. Rattmann gemacht, sondern auch der Kolonialdirektor hat in der Budgetkommission, als es ihm darauf ankam, die Bewilligung der militärischen Organisation zu erzielen, selbst darauf hingewiesen, daß vom Kongopost an der deutsch-afrikanischen Grenze Befestigungen errichtet würden! Nun muß ich gestehen, es liegt eine große Komik darin, wenn entsprechende Aeußerungen des Königs von Belgien hier ernstlich ins Feld geführt werden. (Heiterkeit und sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber Herr Müller-Reinigen hätte seine Mahnungen doch an diese Stelle richten müssen und nicht an uns, die wir es für unsere Pflicht halten, alle solche Aeußerungen energisch zurückzuweisen. Freilich ist es charakteristisch, daß die Freisinnigen, ohne von diesen Dingen überhaupt etwas zu wissen, für die Regierung eintreten. So ist von alldeutscher Seite die Möglichkeit ventiliert worden, mit Hilfe der Buren die Engländer aus Südafrika herauszuwerfen.

Auch in der Budgetkommission sind solche Bemerkungen gemacht worden. Die Freisinnigen aber wenden sich gegen uns, die wir solche Verheerungen als ungeheuerlich und töricht hinstellen!

Herr Spahn hat mit Recht darauf hingewiesen, daß eine gerechtere Behandlung der Eingeborenen notwendig ist. Ich erinnere an den Fall der Alvalente. Einem Herrn Meier wurde nachgewiesen, daß er eine falsche Aussage zum Gunsten der Alvalente gemacht habe. Er wurde darauf disziplinarisch mit 500 Mark Geldstrafe belegt, aber die Kolonialverwaltung hat es nicht für nötig gehalten, diesen Mann, der durch eine falsche Aussage im Gerichtsverfahren mit dazu beigetragen hat, daß die Alvalente hart bestraft wurden, für unfähig zur Weiterführung von Ämtern in der Kolonialverwaltung zu erklären! Sie hat das Verhalten dieses Herrn Meier damit zu entschuldigen gesucht, daß er sich in einer seelischen Mißstimmung befunden habe. Ich wünsche nur, daß man in allen Verwaltungsabteilungen ein solches Maß von menschlicher Rücksicht gegenüber Leuten, die sich Verfehlungen haben zuschulden kommen lassen, üben wollte. Die Tatsache, daß der Herr Meier weiter in seinem Amte bleiben konnte, beweist, daß das wahre Verständnis für die Notwendigkeit der Integrität der Beamten in den Kolonien heute noch fehlt; man hat kein Gefühl dafür, daß ein solcher Beamter die ganze Verwaltung diskreditiert und daß seine Wiederanstellung das Rechtgefühl der Eingeborenen auf das schwerste verletzen muß. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir sind stets für die Rechte der Eingeborenen eingetreten, daher stimmen wir auch der Resolution der Freisinnigen, die eine Kodifikation der Eingeborenenrechte verlangt, zu. Bei konkreten Fragen, wo es sich um die Verletzung von Rechten der Eingeborenen, so zum Beispiel in Logo, gehandelt hat, haben wir die Unterstützung der freisinnigen Partei leider nicht gefunden. Und noch eine andere Frage ist in der Säwebe und horrt der Erhebung: Die Landkommission für Südwesafrika hat verlangt, daß die bekannte Autorität für das Eingeborenenrecht, Kammergerichtsrat Meier, zu einem schriftlichen Bericht aufgefordert werden solle. Die Kolonialverwaltung hat diesen Beschluß ganz unbeantwortet gelassen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Selbstverständlich werden wir gegen die Forderung eines selbständigen Kolonialamtes und die Organisation einer neuen selbständigen Militärverwaltung stimmen, weil wir in ihr das Bestreben erkennen, die Kolonialverwaltung möglichst selbständig zu machen, wodurch leicht internationale Verwicklungen herbeigeführt werden, und weil wir andererseits in der militärischen Neuorganisation einen gefährlichen Keim zu einer weiteren Entwicklung der Schutztruppenmacht sehen. Zur Leitung der Schutztruppe ist ein so großer Apparat nicht nötig. Die Freisinnigen haben durch ihr Eingehen auf alle diese Forderungen mit ihrem früheren Standpunkt gebrochen. Wenn sie das nicht gegeben, sind sie sich entweder selbst nicht klar und sind in solche Konfusion geraten, daß sie ihre eigene Vergangenheit nicht kennen, oder sie stecken wie der Vogel Strauß den Kopf in den Sand und wollen nichts sehen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Kolonialdirektor Dernburg:

Herr Ledebour hat im Falle des Oberrichters Meier eine falsche Darstellung gegeben, was er nicht nötig gehabt hätte, wenn er die Druckfabe des Reichstags hinreichend gelesen hätte. (Hört! hört! rechts.) Der Oberrichter Meier hat allerdings eine nicht richtige Aussage gemacht, diese hat aber mit der Bestrafung der Alvalente gar nichts zu tun gehabt. Herr Ledebour hat es für richtig gehalten, diesen Beamten, der seine Strafe erhalten hat, hier wieder durch den Schmutz zu ziehen. Durch dieses Vorgehen bringen Sie mich beständig in die Defensive, da ich für jeden Beamten einstehen muß, den Sie angreifen. Damit erreichen Sie nur die Verurteilung, die Sie vermeiden wollen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Daran wird auch durch Ihr Hört! Hört! nichts geändert.

Herr Ledebour spricht immer von dem Recht der Eingeborenen. Lassen Sie doch auch einmal deutschen Beamten Gerechtigkeit widerfahren. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Niemand soll seinem Richter entzogen werden, aber niemand darf auch eine Strafe erhalten, die nicht im Gesetz steht. Die Strafe aber, daß ein Beamter, nachdem er disziplinarisch bestraft ist, hier im Reichstage noch herumgeschleift wird, monatlang, jahrelang, das ist eine ungerechte Strafe. (Sehr richtig! rechts.) Herr Ledebour hat dem dem Beamtenrecht keine Ahnung. (Sehr richtig! rechts.) Ein etatsmäßiger Beamter kann nur durch richterlichen Spruch entsetzt werden. Die Kolonialverwaltung hat gar keine Veranlassung und muß es ablehnen, nur um Herrn Ledebour und seinen Freunden zu machen, Beamte zu verfolgen. (Bravo! rechts.)

Die Resolution über die Kodifikation des Eingeborenenrechtes stellt ein Verlangen, dessen Erfüllung etwa fünf Jahre in Anspruch nehmen würde. So geht das nicht. Ich stelle anheim, bei der Regierung anzuregen, und das würde ich unterstützen, in den nächsten Etat eine Summe einzusetzen, damit eine Kommission von Sachverständigen die auf die Rechtspflege der Eingeborenen bezüglichen Fragen studiert. (Bravo! rechts.)

Abg. Dove (fr. Sp.): Wie sind nicht verantwortlich, wenn hier und da eine nationalstische Aeußerung fällt. Dadurch, daß die Herren Sozialdemokraten uns solche Aeußerungen vorhalten, wird der Woz nicht geiprengt. Die Herren unterhalten die Festigkeit unseres Zusammenhalts. Bei uns darf jeder seine eigene Meinung haben, ohne daß er gleich fliegt. (Heiterkeit und Beifall bei den Freisinnigen.) Der Herr Kolonialdirektor war nicht bei allem, was er Herrn Ledebour geantwortet hat, vorsichtig in der Wahl seiner Worte. Wir sind nicht so regierungsfreundlich, daß wir es billigen könnten, wenn Herr Dernburg erklärt: Durch solche Angriffe im Parlament kann es dazu kommen, daß ich Verfehlungen der Beamten verurteilen muß. Ich denke, Herr Dernburg hat damit nur sagen wollen, daß er ungerührt fertige Angriffe nicht zurückweisen will, und dabei wird er uns immer auf seiner Seite haben. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. Spahn (S.) — auf der Tribüne unverständlich — scheint durch Verlesung von Titaten den Nachweis führen zu wollen, daß er in seinen heutigen Ausführungen keinen neuen Kurs eingeschlagen, wie ihm Bebel vorgehalten, sondern nur wiederholt habe, was er schon früher, als noch niemand an ein Kolonialamt und eine Kolonialarmee dachte, gesagt habe.

Hierauf läuft der bekannte Schlußantrag ein, unterzeichnet von Wassermann, v. Normann und Dr. Müller-Reinigen. Die Verlesung des letzten Namens wird von den Sozialdemokraten mit lebhafter Heiterkeit begrüßt.

Der Schlußantrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Abg. Ledebour (Soz.) (zur persönlichen Bemerkung): Der Herr Kolonialdirektor hat es unterlassen zu erwägen, oder er weiß es nicht, daß bei der ersten Beurteilung der Alvalente (Rärmende Unterbrechungen rechts.)

Vizepräsident Baasche: Das sind sachliche, nicht persönliche Ausführungen.

Abg. Ledebour (fortfahrend): Ich werde also auf diese Angelegenheit bei anderer Gelegenheit zurückkommen. Außerdem hat der Kolonialdirektor mir vorgeworfen, ich hätte den Herrn Meier in den Schmutz gezogen. (Sehr richtig! beim Volk.) Ich habe bloß attemäßige Tatsachen angeführt, die sich aus den Akten beweisen lassen; ich habe kein Wort hinzugefügt, um diese Tatsachen zu verändern. Wenn der Kolonialdirektor hieraus dne Eindruck erhalten hat, daß es sich um Schmutz handelt, so verurteilt er Herrn Meier selbst. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Im übrigen verbitte ich mir, daß ein Regierungsvertreter sich erlaubt, eine solche Ausdrucksweise gegen uns völlig ungerührt anzuwenden, und ich bedauere, daß der Herr Präsident dagegen nicht eingeschritten ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Baasche: Ob der Herr Kolonialdirektor Sie ungerührt angreift, entscheidet der Präsident, und Ihr Verbitten war daher nicht am Platz.

Abg. Bebel (Soz.): Der Herr Kolonialdirektor hat den Fall Dominik zur Sprache gebracht und mich dabei angegriffen. Ich habe selbstverständlich das Bedürfnis, darüber zu sprechen. Nachdem mir durch den Inhalt der Debatte das Wort abgehandelt ist, werde ich das morgen beim Etat für Kamerun tun.

Der Titel Staatssekretär wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Zentrums (mit Ausnahme des Abg. v. Strombeck) bewilligt, die im Sinne des Vorschlages des Kolonialdirektors abgeänderte Resolution Ablaß angenommen. Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung des Kolonialetats auf Sonnabend 11 Uhr.

Schluß 7 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

59. Sitzung vom Freitag, den 3. Mai, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Kommissare.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung der Behrerpensions- und Melittengesetze.

Abg. Dr. v. Campe (natl.) beantragt, die Berechnung der Dienstzeit schon mit dem 18. Lebensjahre beginnen zu lassen und die Pensionen für das Kalenderjahr im Voraus zu zahlen. Der Antrag und die Gesetze werden mit dieser Änderung angenommen.

Es folgt die erste Beratung des Antrags Kirch (Z.), auf Annahme eines Geschenkwurfs betr. Abänderung des § 23 des Einkommensteuergesetzes von 1906.

Danach sollen die Abzüge gestrichen werden, durch welche den Haushaltungsvorständen resp. Arbeitgebern die Verpflichtung auferlegt wird, der Behörde Auskunft über Namen, Berufs- oder Erwerbssort, Geburtsort, -tag und Religionsbekenntnis der zu ihrem Haushalt gehörigen Personen resp. über das Einkommen (bis 3000 M.) der von ihnen gegen Gehalt oder Lohn Beschäftigten zu erteilen.

Die Abg. Dr. Gerschel und Gen. (frj. Sp.) beantragen, den § 23 dahin abzuändern, daß die Hausbesitzer auch verpflichtet sind, der Behörde über den Arbeitgeber und die Arbeitsstätte der auf ihrem Grundstück wohnenden Arbeiter, Diensthäuser und Gewerbegehülfen Auskunft zu erteilen und daß demgemäß die Arbeiter, Diensthäuser und Gewerbegehülfen verpflichtet sind, ihre Haushaltungsvorstände über ihren Arbeitgeber und ihre Arbeitsstätte zu unterrichten.

Abg. Dr. Reil (natl.) beantragt, daß der Hausbesitzer der mit der Aufnahme des Personales betrauten Behörde auch die Arbeitsstätte der auf seinem Grundstück wohnenden Personen angeben muß und daß der Arbeitgeber die Auskunftspflicht über die von ihnen beschäftigten Personen an den Gemeinde- (Guts-) Vorstand des Beschäftigungsortes haben sollen. Weiter gibt der Antrag eine nähere Deklaration dessen, worauf sich diese Auskunftspflicht erstrecken soll.

Abg. Wolff-Lissa (frj. Sp.) spricht für Streichung des Absatzes 3: Wenn man eine gerechte Bestimmung hätte schaffen wollen, hätte man die Anhebung des Abz. Gehältes auf Steuerfreiheit aller Einkommen unter 1500 M. und Einführung der Deklarationspflicht für alle höheren Einkommen annehmen müssen.

Abg. Dr. Reil (natl.) bittet, den Antrag des Zentrums abzulehnen. Das Zentrum wolle sich nur mit seiner Arbeiterfreundlichkeit aufstellen.

Generaldirektor der direkten Steuern Wallach: Was die vorliegenden Anträge anlangt, so kann man zweifelhaft sein, ob es überhaupt zweckmäßig ist, so detaillierte Vorschriften, wie sie der Antrag Reil und der Antrag Gerschel vorsehen, in das Gesetz aufzunehmen. Zweckmäßiger würde es wohl sein, dies der Ausführung zu überlassen. Immerhin hat die Finanzverwaltung kein wesentliches Bedenken gegen die Anträge. — Wenn ich die beiden Anträge Gerschel und Dr. Reil richtig verstehe, können beide Anträge angenommen werden.

Abg. Borker (H.) erklärt, daß er den Antrag Gerschel in einigen Punkten für eine Verbesserung halte.

Abg. Dr. Gerschel (frj. Sp.): Mein Antrag ist nur für den Fall gestellt, daß der Antrag Kirch abgelehnt wird. Wir wünschen eine einheitliche Regelung. Diese ist jetzt aber nicht vorhanden. Mein Antrag geht von dem Gesichtspunkt der Deklarationspflicht aus. Nach unserem Antrag ist die Steuerverwaltung in der Lage, ein für allemal zu wissen, daß derjenige Maschinenmeister, Schlosser usw. ist, während jetzt immer geschrieben wird „Arbeiter“, womit für den Steuerfaher gar nichts gesagt ist. Welche Konsequenzen der Antrag Reil haben kann, sehen wir daraus, daß in der Kommission auch schon ein Antrag gestellt ist, nach dem die Auskunftspflicht auf Renten, Depositionen usw. ausgedehnt werden soll.

Es folgt sofort die zweite Beratung. Bei der Abstimmung wird der Antrag Kirch abgelehnt. Der Antrag Gerschel wird angenommen. Von dem Antrag Reil wird nur der Absatz angenommen, welcher den Begriff der Auskunftspflicht interpretiert.

Es folgt die Beratung des Antrags Hammer (Z.) auf Abänderung des Kommunalabgabengesetzes, dahingehend, daß die Anwesenvereine der Kommunalsteuer unterworfen werden.

Hierzu liegt ein Antrag Dr. Gerschel (frj. Sp.) vor, der verlangt, daß das Einkommen der juristischen Personen aus Einkommen ausländischer Mißraten steuerfrei bleibt!

Abg. Lafont (natl.): Wir können heute zu dem Antrag Gerschel noch keine Stellung nehmen. Wir geben anheim, den Antrag der Kommission für Handel und Gewerbe zu überweisen.

Schleimatz Strug bittet, den Antrag Hammer anzunehmen und nicht mit dem Antrag Gerschel zu verknüpfen. Die Regierung habe Bedenken gegen den Antrag Gerschel, nicht aber gegen den Antrag Hammer.

Abg. Odert (H.): Die Anregungen des Abg. Dr. Gerschel sind wertvoll, ohne Kommissionsberatung können wir aber über seinen Antrag nicht entscheiden.

Abg. Dr. Gerschel (frj. Sp.): Ich ziehe meinen Antrag zurück in der Voraussetzung, daß mir, wenn ich ihn als selbständigen Antrag wieder einbringe, nicht entgegengehalten wird, der Paragraph könne nicht schon wieder geändert werden, da er erst kürzlich durch den Antrag Hammer eine neue Fassung erhalten habe.

Der Antrag Hammer wird angenommen.

Es folgt die Beratung des Antrages des Abg. Azenhies (H.), über die Errichtung ländlicher Fortbildungsschulen mit Versuchszwang in den Provinzen Posen und Westpreußen und im Regierungsbezirk Oppeln.

Die Abg. Azenhies (H.), Lafont (natl.), Ernst (frj. Sp.), v. Henning (L.), treten für den Antrag ein, während die Abg. v. Nöthen (L.) und Geißler (Z.) meinen, man müsse die Einführung der Schulen dem Ortsstatut überlassen.

Minister v. Arnim: Das Staatsministerium hat in dieser Frage noch keinen Beschluß gefaßt. Ich erkenne aber an, daß der jetzige Zustand nicht befriedigend ist.

Abg. Stöckel (Soz.) bekämpft den Antrag.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Polen und des größten Teils des Zentrums angenommen.

Das Haus verlegt sich.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr (Antrag Friedberg auf Prüfung der Bestimmungen der Geschäftsordnung über die Behandlung von Anträgen, Behrerpensionsgesetz, Antrag Hammer, keine Vorlagen, Gesundheitsvorsorge).

Schluß: 4 Uhr.

Parlamentarisches.

Aus der Subkommission.

(Sitzung vom 3. Mai.)

Zweiter Gegenstand ist ein Nachtragsetz, durch den 15 Millionen für die Erweiterung des Nordostkanals verlangt werden. Die Gesamtkosten werden 223 Millionen erfordern; es handelt sich bei der Anforderung zunächst um eine kleine erste Rate. Gestern ist die Vorlage erst im Plenum in erster Lesung

beraten worden, der Berichterstatter v. Richthofen erklärt deshalb, daß er nicht in der Lage gewesen sei, sich richtig zu informieren; er müsse sich darauf beschränken, auf den Inhalt der Vorlage zu verweisen. Singer als Korreferent kritisiert, daß man an eine solche Vorlage herantreten müsse, die so mangelhaft vorbereitet ist, und Bebel hält den jetzigen Zeitpunkt, wo die Reichstagsberatungen den Charakter einer förmlichen Sachangelegenheit haben, für höchst ungeeignet zur Beratung einer so schwerwiegenden Frage, die mehrere hundert Millionen kostet. Bebel spricht sich dann eingehend über die Vorlage aus: So weit sich bei dem mangelhaften Material der Erweiterungsplan würdigen lasse, sei es überhaupt fraglich, ob die Vertiefung und Verbreiterung den großen Wert habe, den man ihr zuweise. Die Ostsee sei nicht so beschaffen, daß Schiffe mit 12 Meter Tiefgang in ihr operieren können. Der „Gullan“ habe seine Werte von der Oder nach der Elbe verlegt, weil ihm die Tiefe nicht genüge. Man denke nur daran, daß „Kaiser Friedrich“ beinahe aufgelaufen wäre. Wenn nun alle diese Fragen noch in Schwärze sind, ist es nicht tunlich, solche große Summen zu bewilligen; man möge die Vorlage ein Jahr zurückstellen.

v. Richthofen spricht für Bewilligung, da es sich mehr um eine Marine- als um eine Handelsvorlage handle. Korreferent Singer gibt zur Erwägung, ob man die Vorlage nicht doch bis auf den Herbst verschieben wolle; es seien noch zu viel Fragen, die einer Lösung bedürften. — Pogadawski begründet die Vorlage, und ein technischer Rat bespricht eingehend die technische Seite und sucht die aufgetauchten Zweifel zu zerstreuen. Abg. Wiemer erklärt, daß die Freisinnigen zwar auch Bedenken hätten, aber für die Vorlage stimmen werden. Spahn bedauert, daß jetzt schon wieder eine so große Summe ausgegeben werden müsse; man hätte doch so viel Vorarbeit haben müssen, daß man, als der Kanal gebaut wurde, gleich die richtigen Dimensionen wählte. Es helfe nun freilich nichts; man müsse die Vorlage bewilligen! Das Zentrum stimme dafür.

Genosse Bebel bemerkt, daß die Einwände gegen seine Ausführungen sehr dürftig seien und stellt den Antrag: die Vorlage zur nochmaligen Prüfung an die Regierung zurückzuverweisen. Ein nachträglich herbeigeholter Offizier des Marineministeriums bespricht das Projekt vom militärischen Standpunkte aus. Dr. Blankenhorn spricht gegen den Antrag Bebel und für sofortige Bewilligung. v. Richthofen spricht nochmals für die Vorlage. Genosse Singer empfiehlt als Korreferent den Antrag Bebel. Er führt aus, daß ganz ruhige, nüchterne Erwägungen ihn zu dem Votum bringen. Die Hoffnung, daß der Kanal während des Baues benutzt werden kann, ist doch sehr schwach, die Kanalbenutzung wird auf derselben Höhe stehen wie die Benutzung einer Straße während des Baues einer Untergrundbahn. Die Regierung habe sich auch gar nicht über die Konsequenzen der Vorlage ausgesprochen, und es sei schon zu erwarten, daß der Voranschlag überzähren werde; gar nicht berücksichtigt sind die hohen Kosten für Hafenverlebung, die mit der Kanalverlebung notwendig wird. Ferner ist trotz der Diskussion noch nicht festgestellt, daß Schiffe mit so großem Tiefgang auch in der Ostsee verkehren können, und die Frage der Veranziehung Preußens zu den Kosten des Eisenbahnbrückenbaues über den Kanal ist noch offen. Aus allen diesen Erwägungen kommt der Korreferent dazu, die Annahme des Antrages Bebel zu empfehlen.

Der Antrag Bebel wird aber abgelehnt; für ihn stimmen nur die Sozialdemokraten, der Pole und ein Freisinniger. Die Vorlage wird angenommen. Die Sozialdemokraten enthalten sich der Abstimmung und behalten sich ihre Stellungnahme für das Plenum vor.

Singer berichtet über einige Petitionen zur Kanalvorlage. Dieselben werden teils zur Erwägung, teils als Material überwiesen.

Die Kommission setzt dann die Beratung der indirekten Steuern fort. Die Salzsteuer soll 55 Millionen Mark bringen. Arent schlägt vor, 1 Million mehr einzustellen; das wird mit Mehrheit beschlossen. Bei der Raufschattssteuer, die 80% Mill. Mark bringen soll, macht Singer darauf aufmerksam, daß die Raufschattssteuer-Rovelle scheinbar verächtlich behandelt werden soll. Er wendet sich aus finanziellen Gründen gegen eine Verschleppung und möchte, daß die Vorlage noch zur Verabschiedung kommt, da man die Mehreinnahme sehr notwendig gebraucht für die Kosten der Hinterbliebenengesetze. Will man diese nicht gefährden, so muß die Raufschattssteuer unbedingt mit Verabschiedet werden. — Wiemer tritt Singers Kritik vollkommen bei; er hält es für einen Fehler, daß man diese Steuernovelle überhaupt der Budgetkommission nicht übermiesen habe. Sped verteidigt die Steuerkommission und erklärt, die Regierung habe kein Interesse an der Raufschattssteuer. Der Abg. Bachnick habe übrigens einen Antrag gestellt, wonach in diesem Jahre dem Budget kein Fennig zuzusetzen würde. Dietrich verlangt Respekt vor den Arbeiten der Steuerkommission und bemerkt, daß die Kommission schon viel Nutzen gebracht habe durch die Vereinfachung des Umbuchungsverfahrens, wodurch die gewerblichen Brennerien den Staat sehr geschädigt hätten. Singer bemerkt, daß die Herren Dietrich und Sped ihm doch nur dankbar sein könnten, daß er ihnen Gelegenheit gegeben habe, die Verdienste der Kommission hervorzuheben. Im übrigen bleibt er dabei bestehen, daß das Gesetz so rasch als möglich fertiggestellt werden möge.

Branntwein-Verbrauchsabgaben mit 121 Millionen und die Brennsteuern mit 114 Millionen Mark werden genehmigt. Die Schammweinsteuer ist im Steigen begriffen; sie wird mit 6 436 000 Mark eingestellt. Die Brausteuer ist auf 57 720 000 Mark veranschlagt. Abg. Sped beschwert sich besonders darüber, daß man die Brauereien schon vom 1. April 1906 ab nach den Sätzen der neuen Steuerreform herangezogen habe, und ein nationalliberal-freisinniger Antrag verlangt Rückkattung der Steuer auf das Vierteljahr April-Juni 1906. Der Reichschatzsekretär erklärt sein Versehen für durchaus gerechtfertigt; die Brauereien hätten vor dem Inkrafttreten so stark auf Vorrat gearbeitet, daß die Produktionssteigerung 8 Proz. der gesamten Produktion ausmache. Deshalb müßten sie auch zur Steuer herangezogen werden. Die Großbrauereien hätten übrigens auch unter der Steuererhöhung noch mehr Dividende verteilen können als vorher!

Die Sitzung wird hier abgebrochen. Montag vormittag Fortsetzung.

Aus der Partei.

Sozialdemokratie und Militarismus.

Die „Arbeiterzeitung“ zu Dortmund legt in einer Besprechung der Militäretatsdebatten im Reichstage die grundsätzliche Stellung der Partei zum Militarismus dar und sagt dabei u. a.:

..... es ist deshalb höchst bedauerlich, daß Genosse Bebel hinterher erklärte, daß die Faktion für Verhörungen dritter die Verantwortung ablehne! Was Genosse Liebknecht an der betreffenden Stelle seines Buches sagt, entspricht durchaus der Stellung, die die Sozialdemokratie jetzt eingenommen hat. Sie legt die Schärfe und die Säben des stehenden Deeres dar, sowohl, um zu bessern, soweit es möglich ist, aber daneben verzichtet sie nicht darauf, dieses Heer grundsätzlich zu bekämpfen, und hat selbstverständlich die Pflicht, die Soldatenmishandlungen usw. als Beweise für die Notwendigkeit der Vereinfachung der jetzigen Armeeverfassung anzuführen.

Deshalb hat auch die durch nichts motivierte Abschüttelung des Genossen Liebknecht durch die Faktion unter den Genossen im Lande (und ganz besonders unter den Genossen im Ruhrgebiet) den denkbar schlechtesten Eindruck gemacht. Es tut uns sehr leid, dies gerade dem Genossen Bebel gegenüber betonen zu müssen, den wir lieben und verehren wie keinen anderen unserer Führer, aber die Pflicht der Wahrhaftigkeit darf auch Bebel gegenüber nicht schweigen. Und so sei es denn offen ausgesprochen: der überaus schlechte Eindruck, den schon die unglückselige Fassung des Rai-

ausruß des Parteivorstandes allgemein hervorgerufen hatte, war nicht ohne Eindruck, den die Abschüttelung Liebknechts gemacht hat. Die Partei hat gerade in diesem Moment nicht den allermindesten Anlaß, sich schwach zu zeigen und ängstlich zu labieren! Und zwar gilt das nicht nur für die Militärsache! Weichen wir jetzt zurück, so ist der moralische Schaden, den wir dadurch erleiden, lausenbüsch schlimmer, als der Verlust der paar Dutzend Mandate bei den Hottentottenwahlen! Durch Rechnungsfragen schafft man nicht revolutionäre Begeisterung, gewinnt man nicht neue Proletariatsmassen! Mag deshalb die Faktion Liebknecht abgeschüttelt haben — die Partei denkt nicht daran, das Gleiche zu tun! Das mußte offen ausgesprochen werden — die Pflicht wolle es!

Ueber die Moskische Rede äußert sich unser Dortmunder Parteiblatt in ähnlicher Weise wie die „Leipziger Volkszeitung“.

Ueber die Schrift des Genossen Liebknecht haben wir in der Sonntagsnummer eine anerkennende Besprechung unseres Mitarbeiters J. B. gebracht. Schon daraus geht hervor, daß diese Schrift nicht enthält, was gegen die Anschauungen der Partei verstößt. Eine nochmalige Durchsicht der Schrift hat uns überzeugt, daß in der Tat nichts darin enthalten ist, was die Partei zu einer Verleugnung dieser fleißigen und begrüßenswerten Arbeit Anlaß geben könnte.

Die Reichstagsrede des Genossen Roske.

Auf die gestern von uns wiedergegebene Erklärung Roskes antwortet die „Leipziger Volkszeitung“:

..... Eine Abrechnung mit der deutschen Diplomatie hat niemand dem Genossen Roske zugemutet. Wir noch weniger als die Faktion. Was wir von ihm in Wahrheit verlangt haben, ist Wahrung des Erfurter Programms. Und das hat Roske preisgegeben, indem er ohne jeden Vorbehalt erklärte, im Falle eines Angriffs auf „uns“ würde jeder deutsche Sozialdemokrat die Hände auf den Buckel nehmen. Wörtlich sagte er — die Stelle hat er leider nicht zitiert —: wenn ich feststelle, daß wir Sozialdemokraten Angriffe mit ebenso großer Entschiedenheit zurückzuweisen bemüht sein werden, wie irgendeiner der Herren auf der rechten Seite des Hauses, so usw. Der Kriegsminister konnte daher dem sozialdemokratischen Redner sofort für die „Axe“ und „Singe“ danken, mit der die Sozialdemokratie des „Waterland“ verteidigen wolle. Die Verurteilungen Roskes auf Bebel sind völlig deplaziert; denn Bebel hatte sich, so auch in der von Roske angezogenen Stelle, betont, daß die Sozialdemokraten nur dann bereit, willig die Hände auf den Buckel nehmen könnten, wenn sie den Krieg als notwendig anerkannt hätten. So sagte beispielsweise Auer auf dem Hamburger Parteitag:

„Es läßt sich allerdings eine Möglichkeit denken, in der wir auch für den Krieg eintreten und ihn für absolut notwendig halten. Ich erinnere nur an die Verhörungen von Bebel und Liebknecht im Reichstage über die Möglichkeit, gegen den Feind aus dem Osten, gegen die Barbaren, gegen den russischen Jatismus und seine Eroberungsgehrte in den Krieg einzutreten.“

Hätte Roske ebenfalls so gesprochen, kein Dahn hätte nach seiner Rede gekräht. Schreibt doch die „Deutsche Tageszeitung“ in ihrer gestrigen Nummer höchst enttäuscht, die Ausführungen der „Leipziger Volkszeitung“ gipfeln annähernd in denselben Bedingungen, die Bebel seinerzeit für die Teilnahme der Genossen an einem Verteidigungskriege aufstellte.

Es liegt auf der Hand, daß die Zusicherung, die Sozialdemokratie werde bei einem Verteidigungskriege die Hände auf den Buckel nehmen, fast ganz wertlos und bedeutungslos wird, wenn man sie an eine derartige Bedingung knüpft.

Man sieht, wenn Genosse Roske Brägel bekommen hat, so hat er sie nicht für fremde, sondern für eigene Schuld bekommen. Im übrigen gedenken wir das Thema: „Patriotismus und Sozialdemokratie“ zum Gegenstande einer eingehenden Auseinandersetzung zu machen, mit der wir am Sonnabend beginnen werden.“

Zum Kaiser-Aufruf des Parteivorstandes.

Das „Hamburger Echo“ schreibt in seiner Betrachtung über den guten Verlauf der Kaiserfeier in Hamburg:

..... Es darf wohl konstatiert werden, daß die Mahnung des Parteivorstandes, in Rücksicht auf die Kampfgelüste der Scharfmacher äußerst vorsichtig zu sein bei Anwendung des Demonstrationsmittels der Arbeitstube in Hamburg wenig Anlaß gefunden hat. Sicher gibt es unter der klassenbewußten Arbeiterschicht des Elbstädtekomplexes niemand, der es den Fabrikarbeitern verdedt hätte, wenn sie, unter dem Druck einer besondern Konstellation stehend, für dieses Jahr auf die Arbeitstube verzichteten. Aber keineswegs ergab sich aus den Verhältnissen bestimmter Arbeiterkategorien die Notwendigkeit, nun generell den Eifer für Durchsetzung der Arbeitstube zu dämpfen. Gewiß sind taktische Erwägungen auch in einer solchen Frage am Platze, und ein rechtzeitiger Hinweis auf besondere Schwierigkeiten ist immer angebracht und soll und muß diskutiert werden. Aber nie wird es der Sache nützlich sein, wenn kurz vor der Aktion, nachdem die Pläne festgelegt worden, der Ruf erschallt, man möge die Gefahr bedenken. Das wird auf der einen Seite für die Schwächlinge und Zöghaften das Signal sein, sich zu drücken, und bei den Feinden wird es das Gefühl der eigenen Macht stärken, wird sie zu einer Kraftanstrengung veranlassen, zu der sie sich sonst nicht entschlossen hätten.“

Polnische Agitationschriften. Im Verlage der „Gazeta Robotnicza“ sind nachstehende populäre Agitationschriften erschienen: „Pogadanka o sojalizmie“ (Unterhaltungen über den Sozialismus), Preis 10 Pf., und „Machy i pajaski“ (Plagen und Spinnen), Preis 10 Pf. Bei Puchhejzgen ist der Preis: 100 Exemplare 7.50 M., 1000 Exemplare 60 M. Die Parteioffaktionen in den Gegenden, in denen polnische Arbeiter beschäftigt sind, werden ersucht, Bestellungen an den Verlag der „Gazeta Robotnicza“, Katowice D./Schl., zu richten.

Aus dem bayerischen Kleinrußland. In dem bierfreundlichen Städtchen Kulmbach sorgen Polizei und Behörden tagtäglich dafür, daß sich der „Bau“ ihrer Stadt vermehrt. Fast jeder Tag bringt ein neues Stüdchen, das an russische Zustände erinnert. Dieser Tage hatten unsere nordbayerischen Parteiblätter einen Artikel „Entehrende Richter“ gebracht, der die seltsame Begründung kritisierte, mit der der Amtsrichter Frohauer den Antrag auf Aufhebung der Neuzugzwanghaft gegen den Genossen Schlegel abgewiesen hat. Unser Kulmbacher Vertrauensmann, Genosse Goller, legte die Zeitung in seinem Schaufenster aus, aber bald darauf erschien in seinem Laden ein Polizeifunktionär mit der kategorischen Aufforderung, das Blatt aus dem Schaufenster zu entfernen, sonst werde es gewaltsam entfernt und Goller wegen „groben Unfugs“ bestraft. Herr Frohauer muß eine heillose Angst davor haben, daß seine Tat den Kulmbachern bekannt wird.

Die schwedische Sozialdemokratie und der politische Massenstreik.

Die sozialdemokratische Partei Schwedens hat vom 24. bis zum 27. April in Stockholm ihren außerordentlichen Parteitag abgehalten. Der über die Frage zu entscheiden hatte, ob in diesem Frühjahr zur Erringung des allgemeinen gleichen Wahlrechts und einer demokratischen Verfassungsrevision der politische Massenstreik angewendet werden sollte. Das Ergebnis der Verhandlungen ist eine Resolution, in der hauptsächlich gesagt wird:

Die Wahlrechtsfrage wird für das schwedische Volk nicht eher von der Tagesordnung verschwinden, als bis die in jenem Vorschlage aufgestellten Forderungen ohne Einschränkung erfüllt sind. Der Regierungsvorschlag ist und bleibt vom Standpunkt der Arbeiterklasse durchaus unannehmbar. Anerkannt wird jedoch, daß er die Wahlrechtsfrage, auch für die konservative Partei, auf den Weg einer Verfassungsrevision geführt hat, wodurch neue Vorschläge hervorgerufen wurden, die klar zeigen, daß die Lösung der Frage nicht mehr allein durch eine Reform der Zweiten Kammer erfolgen kann. Durch diese Umstände hat sich die politische Lage so verändert, daß diejenige Stimmung, die eine unumgänglich notwendige

Voraussetzung für einen erfolgreichen Massenstreik ist, nach Meinung des Kongresses nicht in hinreichendem Maße vorhanden ist, weder in der Partei als Ganzes genommen noch in den ihr nahestehenden Gesellschaftsklassen. Darum kann der Kongress, obwohl die Abstimmung innerhalb der Partei eine bedeutende Mehrheit für die eventuelle Anwendung von Kraftmaßnahmen ergeben hat, nicht die Verantwortung auf sich nehmen, in der gegenwärtigen Situation der Wahlrechtsfrage wegen eines politischen Massenstreiks zu beschließen. Der Kongress ist jedoch der Meinung, daß damit der Massenstreikgedanke nicht etwa begraben ist, sondern erklärt, daß Schwedens Arbeiter sich bereit machen müssen, mit der mächtigen Waffe des Massenstreiks dem Schacher mit der vitalsten Rechtsfrage des Volkes bald ein Ende zu machen und eine mit dem Verfassungsrevisionsvorschlag der sozialdemokratischen Fraktion übereinstimmende Lösung der Frage zu erzwingen oder durch diese äußerste Kraftmaßregel Klarentate gegen die Rechte und Freiheiten der Arbeiter zurückzuschlagen, zum Beispiel den angekündigten Vorschlag zur Anebelung der Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften.

Darum beschließt der Kongress: den Parteivorstand zu beauftragen, die nötigen vorbereitenden Maßnahmen für eine derartige kraftvolle Aktion der Arbeiterklasse zu treffen;

die Arbeiterkommunen und Organisationen aufzufordern, unmittelbar die auf Grund des Kundschreibens des Parteivorstandes vom 1. November 1906 eingesammelten Gelder zum Massenstreikfonds einzuzahlen;

die Parteigenossen zu ermahnen, mit aller Kraft — vor allem auch durch fortgesetzte Sammlung zum Massenstreikfonds — für eine solche Stärkung der Partei zu wirken, daß sie fortdauernd imstande ist, in ihrer Politik klaren Linien zu folgen, selbst wenn Kraftmaßnahmen hierzu notwendig werden sollten.

Im neuen Gewände erscheint seit dem 1. Mai das „Sam-burger Echo“. Es hat seine Spalten verbreitert und auch sonst einige technische Änderungen vorgenommen, die ihm ein gefälligeres und lebendigeres Aussehen geben.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein hartes Urteil hat das Schöffengericht zu Eisterwerda gefällt. Am Stichwahltag hat der Genosse Klubescheid aus Rückenberg im benachbarten Dorfe Döllingen vor dem Wahllokal mit Stimmzetteln gestanden. Der die Wahlhandlung leitende Gemeindevorstand legte die Stimmzettel des bürgerlichen Kandidaten Bilde auf einen Stuhl vor dem Wahllokal und wies die ohne Stimmzettel erscheinenden Wähler an, die Stimmzettel „draußen vom Stuhl wegzunehmen“. Unser Genosse nahm alle Zettel weg und verscharrte sie in den Schnee. Gegen ihn wurde zunächst ein Verfahren wegen — Diebstahls eingeleitet, schließlich klagte man ihn wegen Sachbeschädigung an und verurteilte ihn wegen der gezeigten „niedereren Gesinnung“ zu drei Tagen Gefängnis. Der Amtsanwalt beantragte 10 M. Geldstrafe. Das Gericht nahm an, daß die Zettel nicht herrenlos waren, sondern dem partiotischen Verein Tongau-Liebenwerda gehörten. Bewiesen wurde aber das Eigentumsverhältnis nicht.

Der „Avanti“ verurteilt.

Rom, 27. April. (Fig. Ver.) Eine der unsaubersten und anrüchlichsten Persönlichkeiten des italienischen Journalismus, ein gewisser Chaubet, Herausgeber und Chefredakteur des „Popolo Romano“, hat den „Avanti“ wegen Beleidigung und Verleumdung verklagt, ohne dem Beklagten das Anstreben des Wahrheitsbeweises zuzugestehen. Obwohl der gute Chaubet längst nicht mehr unter die Menschen rangiert,

die beleidigt werden können und er keinen noch so kleinen Heber-recht von guten Namen mehr zu verteidigen hat, mußte das Gericht den Verfasser des inkriminierten Artikels, Genossen Rodrecca, und den verantwortlichen Redakteur des „Avanti“, Genossen Salustri, verurteilen. Nach dem Janardellischen Strafgesetzbuch kann jeder, der einem anderen eine ehrenrührige Handlung vorwirft, verurteilt werden — auch wenn die Wahrheit des Vorwurfs offenkundig ist — sobald der Beleidigte die Anrectung des Wahrheitsbeweises ablehnt. Die Richter genierten sich offenbar selbst, nach diesem absurden Grundsatz urteilen zu müssen und erkannten für beide Angeklagten auf das Mindestmaß von 11 Monaten Gefängnis. Ob dieses Urteil wohl Herrn Chaubet rehabilitiert und seine lange Karriere voll Unterschlagungen, Erpressungen, Gaunereien und Prostitution jeder Art im Lichte lauterster Rechtschaffenheit erscheinen läßt? —

Wie ein Pfarrer Sozialdemokrat wurde.
Von Paul Göhre.
Preis 10 Pf. Porto 3 Pf.
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW., Lindenstr. 69.
Kassenbäder jed. Art, Augusta-Bad, Köpenickerstr. 60. [18625]

Gefangener „Allegro“.
Den Mitgliedern sowie Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß unser Gangesbruder Karl Rogasch verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Sonntag nachmittags 1/5 Uhr auf dem Michael-Ritshof, Rixdorf, Marienborfer Weg statt.
Der Vorstand.

WARENHAUS

W. Stein

BERLIN
N. 39

Chausseestr. 70-71

Doppelte Anzahl Sparmarken

verabfolgen wir

von Sonnabend, den 4. bis Mittwoch, den 8. Mai cr. incl.

um unsere werte Kundschaft zu veranlassen, die Pfingst-Einkäufe schon frühzeitig zu erledigen, da die gewohnte sachgemässe Bedienung kurz vor dem Feste nicht durchführbar ist. Wir geben sonst bei einem Einkauf von 1 Mark 4 Sparmarken, an diesen Tagen jedoch

8 Spar-Marken.

Grosse Strumpf-Woche

Bestand:

59 000 Paar

Wir haben Bestände erstklassiger Chemnitzer Fabriken aufgekauft und bringen diese, soweit Vorrat, zu solchen Preisen zum Verkauf, welche den Herstellungswert grösstenteils nicht übersteigen.

Bestand:

59 000 Paar

Qualitäten: Macco, gestrickt, Fil d'Ecosse, fein reinwoll., Petinet- und Seiden-Imitation

Serie 0	Serie I.	Serie II.	Serie III.	Serie IV.	Serie V.
Damen-Strümpfe Herren-Socken Kinder-Strümpfe	Damen-Strümpfe Herren-Socken Kinder-Strümpfe	Damen-Strümpfe Herren-Socken Kinder-Strümpfe	Damen-Strümpfe Herren-Socken Kinder-Strümpfe	Damen-Strümpfe Herren-Socken Kinder-Strümpfe	Damen-Strümpfe Herren-Socken Kinder-Strümpfe
Paar 9 Pf.	Paar 18 Pf.	Paar 28 Pf.	Paar 38 Pf.	Paar 48 Pf.	Paar 68 Pf.
Wert bis 30 Pf.	Wert bis 45 Pf.	Wert bis 60 Pf.	Wert bis 75 Pf.	Wert bis 95 Pf.	Wert bis 1.75 M.

*) Ausgenommen sind einige Artikel.

Eine moderne Völkerwanderung.

Aus dem Zwickauer Steinlohlenrevier wird uns berichtet:

Seit dem letzten unglücklichen Streik der Bergarbeiter des Zwickauer Steinlohlenreviers haben sich die Verhältnisse derselben von Jahr zu Jahr verschlechtert. Das gilt besonders von der Verlängerung der Schichtzeit und der Behandlung, welcher der Bergarbeiter im allgemeinen von Seiten der Bergbesitzer und Verwaltungen ausgesetzt ist.

Seit Jahren nun ist über die hiesige Bergarbeiterbewegung die Ruhe des Friedhofs ausgebreitet. Kein befreiender Atemzug, kein erlösender Aufschrei, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, rangt sich aus der Brust dieser unter erbärmlichen Umständen lebenden Arbeitermassen hervor.

Energiebegabte Kameraden, welche es wagten, für die verlebte Menschenwürde ihrer Kameraden einzutreten und gegen das harte Regiment der Grubenherren anzukämpfen, stiegen erbarmungslos aufs Pfahler, ein Grund mehr für die anderen, sich zu ducken und schweigend, mit dumpfem Groll im Herzen ihre schwere Last weiter zu tragen.

Eine geistige Indolenz hatte sich der Bergarbeiterschaft bemächtigt, die um so tiefer lag, weil sie nicht auf den ersten Blick zu erkennen war.

Durch dieses „Gehorchen wie es will“ und der eisernen Konsequenz, mit welcher die Grubenverwaltungen ihre Herrschaft über die Bergflotten schwapen, wurden die Verhältnisse immer schlechter; jeder Widerstand der Bergarbeiter als Rasse hatte aufgehört und grenzenloser Fatalismus stieg an Stelle eines zielbewußten, gemeinsamen, kräftigen Wollens.

Immer länger wurde die Schichtzeit ausgedehnt. Gegenwärtig ist eine zwölfstündige Arbeitszeit fast durchgängig eingeführt. Allerdings, auf dem Papier fahren die Zwickauer Bergarbeiter zehnstündig, aber die famose Dezimalbruchrechnung gestattet den Bergherren, bei z. B. zwölfstündiger Arbeitsdauer von einer zehnstündigen Schicht, ausschließlich einer Dreizehntelstunde zu reden.

Auf diese Weise ist es auch möglich, auf dem Papier zu beweisen, daß die Bergarbeiter einen hohen Durchschnittslohn per Schicht, d. h. zehnstündiger, verdienen. Die Zwickauer Bergarbeiter fahren zehnstündig, wer es nicht glaubt, der schlage die Tabellen unserer Bergverwaltungen nach.

Jetzt nun ist der Tiefstand in der Lage der Zwickauer Bergarbeiter erreicht, tiefer hinab geht es nicht mehr. Jetzt wird vor Ort, die 33 bis 34, ja bis 36 Grad Wärme auszuweisen, zehnstündig gearbeitet. Nicht auf allen Schächten; aber daß ein derartiges Schreien der Missetaten schon auf einzelnen Schächten vorzukommen kann, ist ein Beweis, wie schlecht die Zustände geworden sind und was sich die Bergarbeiter alles bieten lassen müssen.

Wo blieb aber angesichts solcher Zustände die Organisation der Bergarbeiter? Wird man fragen. Es ist klar, und es gehört schon eine genaue Kenntnis der Verhältnisse am Orte dazu, um zu begreifen, daß sich unter den gewordenen Verhältnissen die Organisation schwer durchsetzen konnte. Mit welcher Verachtung z. B. einzelne Bergbeamte, und beziehungsweise waren es die unteren Beamtenkategorien, von den „Organisierten“ sprachen, läßt sich schlechterdings nicht in Worte fassen, das muß erlebt werden. Es konnte auch nicht ausbleiben, daß unter solchen Verhältnissen der Glaube an die Macht der Organisation bei der Masse der Bergarbeiter nicht auskommen konnte; zudem standen die verlorenen Streiks und mit ihnen die große Rasse der dauernd Abgelegten wie ein schwarzer Schatten vor den Augen auch der noch Kampfesmutigen. Der Glaube an ein gemeinsames Vorgehen, an ein Besserwerden war geschwunden.

Damit ist nun keineswegs gesagt, daß die Organisation der Bergarbeiter hier niemals festen Fuß gefaßt hätte; das Gegenteil ist der Fall; aber sie ist auch nicht vorwärts gegangen und es mangelt ihr, da ihr ganzes Bestreben darauf gerichtet sein mußte, Verschlechterungen der Lage der Arbeiter zu verhüten, anstatt, gezwungen durch die Macht der Verhältnisse, angreifend vorzugehen, die äußere Spannkraft. Zudem waren im hiesigen Bezirk niemals mehr als 30 Prozent der Bergarbeiter organisiert.

Die Organisation begehrte, aber sie konnte nicht leben und lämpfen, weil man die einzelnen Kämpfer erbarmungslos auf das Pfahler hieb.

Da ist unepisch ein neuer Hoffnungstern in das düstere, freudlose Dasein unserer Bergarbeiter gestrahlt. Neues Leben erwachte in der fossil scheinenden Rasse und „Abwanderung“, „Abwanderung!“ heißt die neugefundene Zauberformel, die überall da, wo sie hinfällt, alle schlummernde Energien erweckt.

Wir gehen nach dem Ruhrgebiet!

Das Ruhrrevier, das unseren Arbeitern im Grunde doch auch nichts anderes bieten kann als harte Arbeit und schlechte Entlohnung, ist für sie zu einer Blonstadt mit goldenen Gassen geworden und hat neues Hoffen und Sehnen erweckt, auch unter den Bergarbeiterfrauen, was das bezeichnendste ist. Daß unsere Bergleute tatsächlich glauben, durch Abwanderung nach dem Ruhrrevier eine Besserung ihrer Verhältnisse herbeizuführen, ist ein Beweis, wie tieftraurig die Verhältnisse im Zwickauer Revier geworden sind. Denn so rückständig ist kein hiesiger Bergmann mehr, und der letzte große Streik im Ruhrrevier hat es ihm auch gelehrt, daß auch der Ruhrbergmann nicht auf Rosen gebettet ist und im Grunde genommen nicht besser dasteht, wie sein Kamerad im Zwickauer Revier, wenn auch im Ruhrgebiete in bezug auf die Dauer der Schichtzeit geregeltere Verhältnisse herrschen wie hier, dank dem tatkräftigen Wollen der Organisation.

Diese Abwanderung ist nun tatsächlich eingetreten; erst waren es nur einzelne, aber in den letzten Wochen hat sie sich zu einer Massenbewegung verdichtet. So reiste am Freitag der vergangenen Woche ein Trupp von 204 Mann ab, dem diese Woche eine gleiche Anzahl folgen wird und auch weiterhin sind Abwanderungen getroffen.

Von Verhandlungen ist den Kameraden keinerlei Aufmunterung zur Abwanderung zuteil geworden; im Gegenteil, unsere leistungsfähigsten, besten organisatorischen Kräfte gingen fort, was selbstverständlich keinen Vorwurf für die bisher noch zurückgebliebenen organisierten Kameraden bedeutet. Aber immerhin war es bedenklich.

Nun hat in einer großen, von über 2000 Personen besuchten Versammlung der Bergarbeiter, die am letzten Sonntag stattfand, Genosse Hue Veranlassung genommen, in großzügiger Weise die Ursachen der Abwanderung nach dem Ruhrgebiet zu besprechen. Seine Ausführungen waren durchweg auf den Ton gestimmt, nicht blödsinnig den Versprechungen der Werber Glauben zu schenken, sondern sich erst nach der Lage der tatsächlichen Verhältnisse dort zu erkundigen. Er die hiesigen Bergleute infolge ihrer traurigen Lage ihre liebgeordnete Heimat verlassen, sollen sie lieber zuvor noch einmal einen letzten kräftigen Versuch wagen.

Sie sollen sich der Organisation anschließen, und wenn dieses nicht, von den Grubenherren eine Verbesserung ihrer Lage

fordern. Wenn auch dieser letzte Versuch versagt, dann mag geschehen, was da will. Aber, so fühlte Hue aus, die Zwickauer Bergherren mögen bedenken, daß erst vor wenigen Wochen Herr Stinnes, der größte Rechenbesitzer des Ruhrgebietes gesagt habe, im Ruhrgebiet könnten noch gut 30000 Mann angelegt werden. Sie haben es jetzt noch in der Hand, zu verhindern, daß ihre besten Arbeitskräfte abwandern.

Soweit Genosse Hue.

Es scheint nun, und verschiedene Anzeichen liegen vor, daß jetzt unsere Bergherren zum Nachgeben, zu einer Verständigung bereit sind. Denn es ist klar, daß, wenn die Arbeiter derartige Maßregeln ergreifen, sie, die Bergherren, selbst es sind, die in letzter Linie die Fische zu bezahlen haben. Der abwandernde Bergarbeiter läßt hier nichts weiter wie eine Erinnerung an eine liebgeordnete Heimat zurück — und die Sklavenkette, die ihm vom Grubenkapital umgelegt war, und die lang und unzerbrechbar schien, weiter nichts. Aber der Grubenherr kann seine Maschinen, seine Werkzeuge nur verwerten, wenn sie durch die geschickte lebendige Hand des Arbeiters in Bewegung gesetzt werden.

Sie liegen still, wenn der Arbeiter geht. Zwar spricht man bereits von Galizien, die an Stelle der Abgewanderten treten sollen, aber es steht zu hoffen, daß sich gegen eine derartige Maßregel auch andere Faktoren als der Bergarbeiter auflehnen werden, so daß es sich die Bergherren zweimal überlegen.

Die aller nächste Zeit wird also gegen die hiesigen Bergarbeiter von entscheidender Bedeutung sein.

Beharren die Grubenherren auf ihrem Schein, stoßen sie die dargebotene Hand der Arbeiter zu einer Verständigung über Verbesserung verschiedener Verhältnisse wiederum zurück, dann tritt eine Massenabwanderung ein, die von den schwersten Folgen auch für das gesamte Wirtschaftsleben im Zwickauer Revier ist. Das ist gewiß. Darum haftet auch den jetzigen Vorgängen hier ein so allgemeines Interesse an, das weit über den Rahmen des lokalen Interesses hinaus von Bedeutung ist. Es scheint, als sei für die Bergarbeiterschaft im Zwickauer Revier der Satz Thomas Carles in seinem Werk „Der Chartismus“ zur vollen furchtbaren Wahrheit geworden: „Die große Humme, tiefbegrabene Klasse liegt wie ein Enceladus, der in seinen Scherzen, wenn er über sie klagt will, Cobden beschuldigen muß.“

Eine mißglückte Justizaktion.

Hamburg, 30. April. (Fig. Ber.)

Heute begann vor der Strafkammer IV des Landgerichts Hamburg ein Prozeß, in dem sich sämtliche Tischlergesellen einer Werkstatt, achtzehn an der Zahl, wegen verachteter Erpressung und Vergehens gegen die Gewerbeordnung zu verantworten hatten. Es handelt sich hier um eine jener gekünstelten Anklagen, wie sie bisher hauptsächlich in Dresden und Sachsen gegen Arbeiter erhoben worden sind und zum Teil auch zur Verurteilung geführt haben. Außer den Angeklagten, die sämtlich dem Holzarbeiterverbande angehören, arbeitete in der Werkstatt von Grimme der Vorsitzende der Zwickauer Hamburg des „Christlichen Holzarbeiterverbandes“, Bullen, den seine Kollegen indirekt aufgefordert haben sollen, ihrem Verbandsmitglied zu werden, weil sonst an ein harmonisches Zusammenarbeiten nicht zu denken sei. Als B. erklärte, er werde weder zu ihnen übertreten noch seine Arbeit aufgeben, fand eine Werkstattversammlung statt, in der der Beschluß gefaßt wurde, daß die Arbeiter es ablehnten, mit einem Mitgliede des christlichen Verbandes zusammen zu arbeiten. Ein ausdrücklicher Beschluß, die Arbeit niederzulegen, falls B. nicht entlassen würde, wurde nicht gefaßt. Der erwähnte Beschluß wurde dem Meister mitgeteilt, der sodann B. entließ. Der Fall ist ein gefundenes Fressen gewesen für die Schornmacherblätter, die ihn weidlich gegen die sozialdemokratischen „Terroristen“ ausbeuteten.

Nach Annahme der Anklagebehörde sollen die Angeklagten in der Absicht gehandelt haben, dem Holzarbeiterverbande einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, indem sie B. auf-forderten, diesem Verbandsmitglied zu werden, mithin einen Erpressungsversuch begangen haben. Ferner sollen die Angeklagten durch den genannten Beschluß auch gegen die Gewerbeordnung — § 153 — verstoßen haben, weil sie durch Drohungen und Verurteilungs-erklärungen auf B. einzuwirken suchten, an Verabredungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen teilzunehmen.

Nachdem Bullen entlassen war, veröffentlichte der „Wirtschaftliche Schutzbund“ den Fall mit der weitläufigen Ueberschrift: „Die rote Diktatur“. Mit großem Behagen wurde die „Reichsregierung“ des B. als eine Variation des bekannten Themas von der Vergewaltigung aller Arbeiter behandelt, die nicht zur Sozialdemokratie und „ihren“ Gewerkschaften gehören. Dann erzielte der eble Schutzbund der bürgerlichen Gesehung und der Rechtssprechung einen Sieg, worauf er den Ausgang seiner Denunziation bei der Staatsanwaltschaft mitteilte:

„Auf Ihre Anzeige teile ich Ihnen mit, daß ich nicht in der Lage bin, gegen die von Ihnen bezeichneten Personen vorzugehen. In dem Verhalten der Beschuldigten liegt weder eine Erpressung noch eine Rötigung, da dieselben keinen rechtswidrigen Vermögensvorteil erstreben, und da fernerhin in der von ihnen angebotenen Handlungsweise kein Verbrechen oder Vergehen zu sehen ist. Auch auf Grund von § 153 der Gewerbeordnung kann gegen die Beschuldigten nicht eingeschritten werden, da man nicht versucht hat, Sie durch die Arbeitsverweigerung zur Teilnahme an Verabredungen und Vereinigungen zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen zu zwingen. Ich gebe Ihnen anheim, im Wege des Zivilprozesses die Beschuldigten auf Schadenersatz in Anspruch zu nehmen.“

Der Staatsanwalt.

Der gut informierte „Schutzbund“ berichtete ferner, daß Bullen sich an die Oberstaatsanwaltschaft wenden werde. Damit ist also der Schlüssel gegeben, wie die Anklage zustande kam.

Die von Dr. H. v. Altona verteidigten Angeklagten erklären, Bullen sei früher selbst Mitglied ihres Verbandes gewesen, sei dann übertreten und habe ihre Interessen geschädigt, indem er sächsisch-streikbrecher für eine gesperrte Fabrik in Odesloe beschaffte und einen Kollegen um ein Alfordgeld in Höhe von 15 M. brachte. Mit einem so unmoralisch handelnden Kollegen hätten sie nicht zusammenarbeiten wollen. Es habe sich um eine sozialistische Versprechung gehandelt, wobei extra gesagt wurde, es solle auf Bullen kein Druck ausgeübt werden, lieber wollten sie gehen, wie es ihnen ja auch freistünde, dort zu arbeiten, wo es ihnen beliebt. Einige Angeklagten erklären positiv, sie hätten so wie so die Werkstatt verlassen, auch wenn keine Werkstattbesprechung stattgefunden hätte. Alle Angeklagten erklären, es sei ihnen gar nicht in den Sinn gekommen, einen Mann wie Bullen, dem Holzarbeiterverband zuzuschließen. Der eine Angeklagte, der in der Zusammenkunft gesprochen haben soll, sagt aus, er habe extra betont, jeder Kollege solle nach freiem Ermessen handeln. Wenn der den Beschluß übermittelnde Delegierte anders ausgesagt hätte, so könnten die anderen nicht dafür verantwortlich gemacht werden. Es komme ja vor, daß auch minder intelligente Kollegen zu dem Amte des Delegierten gewählt würden. Die Delegierten seien dazu da, den Arbeitgebern die Beschwerden zu übermitteln, damit sie nicht von Sans und Ranz mit untergeordneten Dingen überlaufen würden. B. habe auch im vorigen Jahre eine Werkstatt, wo die Kollegen wegen ihrer Beteiligung an der Maßregel ausgesperrt waren, mit christlichen Verhandlern betitelt. Die Angeklagten legen noch aus,

sie hätten nach Mitteilung an den Arbeitgeber ihre eigene Entlassung erwartet.

Der Zeuge Bullen verneint zunächst, dem Holzarbeiterverband angehört zu haben, gibt dies aber auf Vorhalt des Vorsitzenden zu; er habe aber nur vorübergehend, etwa sieben Wochen, diesem Verbands angehört, um seine Arbeit nicht zu verlieren; diesem christlichen Verbands habe er auch während dieser Zeit angehört. Vorsitzender: Das eine schließt doch das andere aus; entweder gehören Sie dem christlichen oder dem sogenannten sozialdemokratischen Verbands an. — Zeuge: Ich konnte nicht anders. Er will seine Handlungsweise in Odesloe damit rechtfertigen, daß dort die roten Verhandler die christlichen hinauszuwürgen versucht hätten. Seit dieser Zeit hätte er unter dem „Terrorismus“ der sozialistischen Verbände zu leiden gehabt. In der Werkstatt von Grimme sei ihm die Frage vorgelegt, wie er sich das Zusammenarbeiten mit den anderen Kollegen dachte. Er habe erklärt, er bleibe bei seiner Organisation. Darauf sei der Beschluß gefaßt worden, bei seinem Arbeitgeber vorstellig zu werden. Sonst habe man ihn aber in Ruhe gelassen.

Die Verhandlung wurde sodann vertagt.

Hamburg, 1. Mai. (Fig. Ber.)

Die Fortsetzung der Verhandlung nahm noch den ganzen heutigen Tag in Anspruch. Zwischen dem Gericht, den Angeklagten und dem Verteidiger kam es zu interessanten sozialpolitischen Auseinandersetzungen über die Bedeutung des 1. Mai. Der Zeuge Bullen gibt auf Befragen des Verteidigers zu, provozierende Artikel in seinem Organ gegen die „roten Holzgenossen“ geschrieben und dann, als zurückgeschossen wurde, gegen die „Holzarbeiterzeitung“ eine Privatklage angestrengt zu haben.

Der Meister Grimme erklärt, er habe die Sache so aufgefaßt, als wenn erst die für das Gesamtgewerbe bestehende Schlichtungskommission angerufen werden sollte; auch habe er zunächst geschworen, ob er die achtzehn Mann oder den Bullen entlassen sollte. Der eine Angeklagte erklärt noch, er würde überhaupt nicht mit einem so unmoralisch handelnden Menschen zusammenarbeiten, wie Bullen.

Der Staatsanwalt meint, die Angeklagten hätten sich nach beiden Richtungen hin vergangen, indem sie ihrem Verbands durch die Zuführung des Zeugen Bullen einen widerrechtlichen Vermögensvorteil verschaffen und ihn wirtschaftlich stärken wollten. Wenn auch kein positiver Beschluß auf Entlassung des B. gefaßt wurde, so sei dies aus tatsächlichen Gründen nicht geschehen. Außerdem involvierte die Handlung ein Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung. Da es sich um sonst ordentliche Leute handelte, so beantrage er nur gegen jeden vierzehn Tage Gefängnis.

In einstufiger Rede geriet der Verteidiger Dr. H. v. Altona diese Ausführungen. Die Anklage sei für Hamburg neu und weise neue Bahnen. In Konsequenz dieser Anklage müßten alle Arbeiter unter Anklage gestellt werden, die ihren Arbeitgebern aus irgend einer Differenz die Arbeitsniederlegung in Aussicht stellten. Der Staatsanwalt sei sich wohl nicht ganz klar gewesen über die wirtschaftliche Tragweite seiner Anklage. Wenn das Gericht sich dieser Ansicht anschließen sollte, dann würden die wirtschaftlichen Kämpfe ganz andere Formen annehmen, indem ja ein Verhandeln mit den Unternehmern unmöglich sein würde. Der Verteidiger geht sodann auf die Erpressungs- und Reichsgerichtsjurisdikatur ein, die selbst der Staatssekretär Rieberding als bedenklich bezeichnet habe. Er gebe zu bedenken, daß dann auch alle Arbeitgeber unter Anklage gestellt werden müßten, wenn sie unter Androhung der Entlassung Lohnreduktionen usw. in Aussicht stellten. Man könne es nun und nimmer den Angeklagten auferlegen, mit einem nach ihrer Ansicht unmoralisch handelnden Kollegen zusammenarbeiten zu sollen. Er behandle sodann die Qualität des Zeugen Bullen, der seinen Kollegen in den Rücken falle und sie noch obendrein in seinem Organ verhöhne. Aus den genannten Gründen müsse die Freisprechung der Angeklagten erfolgen.

Nach dreistündiger Beratung verkündet das Gericht das auf Freisprechung sämtlicher Angeklagten lautende Urteil. Es sei wohl nicht zweifelhaft, daß die Konsequenz des Handelns der Angeklagten auf die Entlassung des ihnen unliebsamen politischen (?) Gegners hinauslaufe. Ob in dieser Hinsicht ein Beschluß vorliege oder nicht, komme nicht in Betracht. Die Angeklagten hätten damit rechnen müssen, daß Bullen eher entlassen würde als sie. Tatsächlich sei in dem einen Falle Bullen seinen Kollegen in den Rücken gefallen, indem er für eine gesperrte Werkstatt sächsische Tischler herbeischaffte, was in den Kreisen der Angeklagten als unmoralisch gelte. Sie wollten daher mit einem solchen Mann nicht zusammenarbeiten. Dem einen Angeklagten könne seine Behauptung, er würde mit B. überhaupt nicht zusammenarbeiten, nicht widerlegt werden. Damit falle die Anklage wegen Vergehens gegen die Gewerbeordnung und damit auch der Erpressungsversuch. Auch wenn ein Vergehen gegen die Gewerbeordnung vorläge, würde das Gericht sich hinsichtlich des Erpressungsversuchs nicht der Ansicht des Staatsanwalts anschließen, denn durch das Hinüberziehen eines Arbeiters in einen Verband und die dadurch erzielten Beiträge seien die Tatbestandsmerkmale der versuchten Erpressung, woran die Angeklagten sicher nicht gedacht hätten, nicht erfüllt.

Partei-konferenz in Oberschlesien.

Eine ober-schlesische Partei-konferenz tagte am letzten Sonntag in Kattowitz. Sämtliche sechs zum ober-schlesischen Agitationsbezirk gehörende Wahlkreise (Weußen-Tarnowitz, Kattowitz-Jabrze, Gleiwitz-Lubinitz, Plesch-Katzen, Groß-Strehlitz-Wosel und Ratibor) hatten Delegierte entsandt, im ganzen 21; außerdem nahmen als Gäste an der Konferenz teil der Vorsitzende der Agitationskommission für Schlesien, Schütz-Bredlau, Redakteur Radloff von der Breslauer „Volkswacht“ und als Vertreter der Polnisch-Sozialistischen Partei (P. P. S.) Parteisekretär Trajalski und Geschäftsführer Biniszkiewicz.

Den Bericht über den „Stand der Bewegung im Bezirk“ erstattete Parteisekretär Bruhns. Die Partei hat sich trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten im Bezirk erfreulich entwickelt. Als der damals neu angetretene Bezirksparteisekretär Bruhns im November 1903 die erste Partei-konferenz des Bezirks einberief, die mangels eines Lokales im Bezirk in der galizischen Grenzstadt Osowiec tagen mußte, war von einer Organisation der Partei im Bezirk Oberschlesien überhaupt nicht zu reden, während die Zahl der Abonnenten etwa 130 betrug. Gegenwärtig bestehen für die Wahlkreise Kattowitz-Jabrze, Weußen-Tarnowitz und Gleiwitz-Lubinitz Kreisorganisationen mit zusammen etwa 500 Mitgliedern, während in den anderen drei Kreisen des Bezirks etwa über 100 Genossen auf Parteikarte ihren Beitrag zahlen. Die Zahl der Abonnenten auf die „Volkswacht“ beträgt im Bezirk gegenwärtig 1460. Gewerkschaftlich organisiert sind rund 6000 Arbeiter im Bezirk Oberschlesien. In fünf der größten Orte des eigentlichen Industriebezirks sind auf Kosten der Generalkommission der Gewerkschaften bzw. des Parteivorstandes Versammlungsräume gemietet, die, wenn auch nicht groß, doch den Organisationen in den betreffenden Orten ermöglichen, sich zu versammeln und ihre Angelegenheiten zu erledigen. Auf Anregung des Parteisekretärs Bruhns ist durch die Opferwilligkeit einer Anzahl Genossen im übrigen Deutschland die Bildung einer Bibliothek ermöglicht worden, die in Kattowitz verwaltet wird, deren Inhalt aber besser als bisher den anderen Orten und Kreisen zugänglich gemacht werden soll.

Der Entwicklung der Partei-Verhältnisse entsprechen leider nicht die Ergebnisse der Reichstagswahlen. Die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen im Bezirk hat sich von 23897 im Jahre 1903 auf 15198 im Jahre 1907 vermindert. Die auffällige Er-

Meinung, daß bei verhältnismäßig guter Entwicklung der eigentlichen Kerns der Arbeiterbewegung, der Zahl der Organisierten wie der Leser der Parteipresse, die Zahl der Wählerstimmen sich um ein Drittel vermindert, ist lediglich dem Aufkommen und der überaus starken Entwicklung der in radikalen Kreisen arbeitenden nationalen Bewegung zuzuschreiben, die uns nicht nur den Zugang neuer Unzufriedener abgeöffnet, sondern uns eine große Anzahl noch nicht genügend aufgeklärter, bisher sozialdemokratisch sinnender Arbeiterwähler gewonnen hat. Das gilt natürlich ausschließlich von den polnischen Arbeitern, auf deren Gewinnung für die Sozialdemokratie die deutschen Parteigenossen Oberhaupt wenig direkten Einfluß haben. Auch die Organisation der polnischen Parteigenossen hat sich in den letzten Jahren entwickelt; die Zahl der politisch Organisierten beträgt hier, wie der polnische Parteisekretär, Genosse Trabalski, auf der Konferenz mitteilte, gegenwärtig im Bezirk rund 450 und auch das Parteiblatt „Gazeta Robotnicza“ hat nach seiner Erweiterung in den letzten Monaten um 500 Abonnenten zugenommen.

Die Agitation zu den Reichstagswahlen ist eine ganz außerordentlich schwierige und ebenso kostspielige, besonders die Flugblattverbreitung, die hier meist nicht wie anderswo durch Verteilung von Haus zu Haus an arbeitsfreien Tagen, sondern während der Arbeitszeit beim Schichtwechsel nachmittags oder früh morgens an den Gruben und Hütten selbst vorgenommen werden muß. Zur Reichstagswahl wurden in den sechs Kreisen des Bezirkes 783,26 W. zusammengebracht, davon im Wahlweise Nationalwahl-Jahre 434,59 W., während aus der Parteiklasse noch ein Zuschuß von 8000 W. zu den Wahlkosten erforderlich war. Die Ausgaben waren wie folgt zu rubrizieren: Für schriftliche Agitation (Druckkosten) 2507,10 M., mündliche Agitation 242,20 M., sonstige Ausgaben (Flugblattverbreitung, Wahltag, Post usw.) 4988,54 M. Der Bericht des Parteisekretärs erörterte dann die vollzogene Einigung mit den polnischen Genossen, die eine Reihe bedeutsamer Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Bewegung herbeiführte, die Vergrößerung des polnischen Parteiblattes „Gazeta Robotnicza“ und ihrer Druckerei, die Einrichtung einer Anzahl Lokalorgane, Genosse Wrohschloß, die die Parteipresse herbeiführte, die Vergrößerung des polnischen Parteiblattes „Gazeta Robotnicza“ und ihrer Druckerei, die Einrichtung einer Anzahl Lokalorgane, Genosse Wrohschloß, die die Parteipresse herbeiführte, die Vergrößerung des polnischen Parteiblattes „Gazeta Robotnicza“ und ihrer Druckerei, die Einrichtung einer Anzahl Lokalorgane, Genosse Wrohschloß, die die Parteipresse herbeiführte.

In fünfstündiger Verhandlung wurden dann die Fragen der Agitation, Organisation und Parteipresse erledigt. Im Mittelpunkt der Debatte stand der Antrag der Nationalen Genossen, den Parteivorstand um die Mittel zur Gründung eines eigenen deutschen Parteiblattes zu ersuchen. Daß die „Volkswacht“ mit ihrem großen Verbreitungsbezirk und dementsprechend sehr umfangreichen provinzialen Teil den Anforderungen nicht nachkommen könne, welche in bezug auf die ausführliche Behandlung spezifisch ober-schlesischer Angelegenheiten von den Genossen gestellt werden müßten, wurde von allen Rednern betont. Es bleibe daher ein sehr großer Teil des hier besonders reichlichen Agitationsstoffes ungenutzt, andere-seits erschwere das Fehlen des lokalen ober-schlesischen Stoffes die Anwerbung neuer Abonnenten bedeutend. Allseitig wurde die Herausgabe eines besonderen deutschen Parteiblattes, das auch von vielen polnischen Arbeitern, die nicht polnisch lesen gelernt hätten, abonniert werden würde, als die beste Lösung der Frage anerkannt. Dagegen wurden aber auch die gegenwärtig noch ganz unzureichenden Aussichten, das Blatt selbst erhalten zu können, wie die Unmöglichkeit, jetzt noch mehr wie schon geschehen, an Leistungen aus der Parteikasse zu verlangen, betont. Mit großer Mehrheit wurde dann ein Antrag Wrohschloß angenommen, lautend: „Die Konferenz geht über den Antrag Nationalen, den Parteivorstand um Gründung eines deutschen Parteiblattes zu ersuchen, zur Tagesordnung über in der Erwägung, daß ein solches Blatt wohl sehr nötig, eine Existenzmöglichkeit vorläufig aber nicht anzunehmen ist. Die Konferenz fordert deshalb alle Parteigenossen des Bezirkes dringend auf, die Existenzmöglichkeit eines eigenen deutschen Parteiblattes dadurch zu schaffen, daß sie zunächst die Zahl der ober-schlesischen Abonnenten des jetzigen Parteiblattes „Volkswacht“ bedeutend erhöhen.“

Zum Punkt „Agitation“ wurde die alljährliche Herausgabe eines Agitationskalenders in deutscher und polnischer Sprache, zur Massenverbreitung geeignet, beschlossen, und zwar im Einverständnis mit dem Vorstande der V. P. S. Angeregt wurde auch die Herausgabe von populären Agitationschriften, die alljährlich mehrere Male im Bezirk verbreitet werden sollen, doch wurde die Festlegung auf einen bestimmten Beschluß abgelehnt. Zur mündlichen Agitation fand folgender Antrag Annahme: „Die Konferenz hält eine Verlesung und Erweiterung der mündlichen Agitation in Volkssammlungen für nötig und regt zu diesem Zweck bei den Parteimitgliedern an, bei politischen Vorträgen auch Lichtbilder zu verwenden. Die Kosten dieser Verlesung der mündlichen Agitation werden bei Verschaffung einer größeren Anzahl Projektionsapparate und ganzer Serien von Bildern — welche letztere von den verschiedenen Agitationsbezirken gegenseitig ausgetauscht werden könnten — sich bedeutend verbilligen lassen.“

Unter den Beschlüssen zur Organisation ist zu erwähnen der, welcher die Bildung einer besonderen Agitationskommission für den Bezirk vorsieht und aus dem Bezirkssekretär als Vorsitzenden und je zwei von den organisierten Genossen der drei Wahlkreise des Industriebezirkes gewählten Mitgliedern besteht soll. Diese Agitationskommission soll sich bei ihren Arbeiten möglichst in Verbindung halten mit der Organisation der V. P. S. Das Vertrauensmännchen wird vorläufig für die Kreise Bleibitz, Groß-Strehlitz, Kosel und Ratibor beibehalten. Ob Genossen in den Kreisen, welche eine feste Organisation haben, nicht in der Lage sind, diesen beizutreten, soll von den Vorständen der Organisationen entschieden werden. Die Bezirkskonferenz soll alljährlich stattfinden. Beschlossen wurde unter anderem noch, Sommerfesten im Bezirk für die Errichtung eines Denksteins auf dem Grabe des Genossen Dr. Winter herauszugeben. Nach siebenstündiger Tagung schloß die vortrefflich verlaufene Konferenz mit einem kräftigen Hoch auf die Sozialdemokratie.

Recht haben und Recht bekommen ist in Preußen-Deutschland zweierlei.

Die Wahrheit dieser in der Ueberschrift angeführten ungeschriebenen Rechtsnorm haben täglich Arbeiter und Sozialdemokraten in Dingen zu erfahren, die mit dem Streben auf Verbesserung der Lebenslage des Arbeiters zusammenhängen. Das ist eine naturgemäße Folge der Tatsache, daß die herrschende Klasse die Justiz, insbesondere die Strafrichter, zum politischen Kampfmittel gegen die vorwärts ringende und trotz aller Wunden, die der einzelne erhält, vorwärts schreitende Arbeiterklasse herabgewürdigt hat. Der Richter, dessen Wirkungsbereich durch Gesetz und Verwaltung zur Wahrnehmung der Interessen der herrschenden Klasse gedrängt wird, wird — mit seltenen Ausnahmen — die Dinge, über deren Zusammenhang er zu entscheiden hat, anders beurteilen, als dem Rechtsempfinden des Volkes entspricht. Wenn die Wichtigkeit dieser Folge unserer Einrichtungen auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiet noch entgegen war, dem haben die Reden von Abgeordneten, die in ihrem Nebenberuf Richter sind, wie Hagemann, Kattmann, Varenhofs, Wagner zur richtigen Erkenntnis längst verholfen. Die Wichtigkeit des in der Ueberschrift wiedergegebenen Satzes beschränkt sich aber keineswegs auf Prozesse mit gewerkschaftlichem oder politischem Hintergrund. Sie tritt auch da insbesondere in Erscheinung, wo es sich um die Wahrnehmung von Rechten gegen Beamte handelt. Das mußte gestern der Tischler Breiter aus Sagan vor dem Kammergericht erfahren.

Der Mann hat das Unglück, daß seine Ehefrau zu 3 Jahren Zuchthaus wegen vermeintlichen Meineides verurteilt ist. Er, der seine Frau genau kennt, ist festest davon überzeugt, daß die Strafe eine Unschuldige und geistig nicht Normale getroffen hat. Er betrieb deshalb mit aller Energie die Wiederaufnahme des Verfahrens. Bislang vergeblich. Gestern hat nun das Kammergericht eine vom Landgericht gefällte Strafe bestätigt, die gegen den Tischler Breiter wegen Veräugnerungen im Kampf um das Recht seiner Ehefrau ausgesprochen ist.

Breiter hatte schriftlich den Arzt der Saganer Strafanstalt, Herrn Sanitätsrat Hasenstein, gebeten, ihn in seinem Kampf um Recht zu unterstützen. Er erbat ein Gutachten über den Geisteszustand der Frau. Dabei machte er auch einige bittere Bemerkungen über die Behandlung der Frau im Zuchthaus, von denen sich mehrere Sätze auf den Anstaltsdirektor v. Sydow direkt bezogen. Die Folge war ein Strafverfahren wegen Verleumdung. Die Strafkammer unter Vorsitz des Direktors Oppermann verurteilte ihn wegen Verleumdung des Herrn v. Sydow zu 75 M. Geldstrafe. Sie erblatte in der fraglichen Sätze eine ehrverletzende Kritik der Verstandeskräfte und des Charakters des Richters. Das Landgericht führte in der Urteilsbegründung aus: Der Schuß des § 193 des Strafgesetzbuchs (Wahrung berechtigter Interessen) sei dem Angeklagten zu versagen. Der Zweck des Schreibens an den Anstaltsarzt sei allerdings die Erlangung eines Attestes über den Gesundheitszustand seiner Frau zur Verwertung für das Wiederaufnahmeverfahren. Behauptungen, die diesem Zwecke dienen, würden ja unter § 193 fallen. Das wäre aber von den inkriminierten Worten nicht anzunehmen. Allerdings sage Angeklagter im Zusammenhang damit, daß er sich ja an den Direktor v. Sydow hätte wenden können, es aber nicht tue. Es hätte nahe gelegen, daß Angeklagter, wenn er dabei an vermeintliche Mißhandlungen seiner Frau durch den Direktor dachte, zur Erklärung Tatsachen genannt hätte. Statt dessen habe er sich in allgemeinen ehrverletzenden Wendungen über den Geisteszustand des Direktors und über seinen Charakter ausgelassen. Es ergebe sich daraus, daß er an dieser Stelle nur an dem Direktor sein Mißfallen äußern wollte, daß er ihm ein Leid versetzen wollte. — Nun habe Angeklagter den Wahrheitsbeweis dafür angetreten wollen, daß der Direktor seine Frau mißhandelt habe. Das habe ihm als unzulässig verweigert werden müssen, weil die Voraussetzung für den Wahrheitsbeweis die Angabe konkreter Tatsachen sei, die inkriminierten Sätze solche Tatsachen aber nicht enthielten, denn der gebrauchte Ausdruck: „meiner Frau zugesügte Gemeinheit“, sei völlig unbestimmt, könne mancherlei bedeuten.

Angeklagter legte Revision ein. In der Verhandlung vor dem zweiten Strafsenat des Kammergerichts am Freitag vertrat er seine Sache selbst. Er verwies zunächst auf die an den Senat gerichtete Beschwerde darüber, daß man beim Landgericht seinen, gegen Direktor Oppermann und einen anderen Richter gerichteten Ablehnungsanträge zu Unrecht nicht stattgegeben habe. Ferner führte er sich in seinen Rechten verletzt dadurch, daß ihm der Wahrheitsbeweis abgeschnitten sei. Er wäre imstande, zu beweisen, daß seine Frau vom Strafanstaltsdirektor von Sydow geschlagen worden sei. Dieser hätte sie mit der Faust auf den Kopf geschlagen, am Hals gewürgt usw. Und das habe er getan, obwohl er gewußt hätte, daß vom Medizinrat Dr. Hasenstein die Unterbringung der Frau in eine Landesirrenanstalt beantragt worden wäre. Als Ehemann hätte sich Angeklagter seiner Frau umso mehr annehmen müssen, als es sich um eine Person mit geistigen Defekt handelte. Seine Behauptungen in dem Briefe seien deshalb durchaus nicht zu scharf. Der § 193 des Strafgesetzbuchs hätte ihm zugebilligt werden müssen. Er habe dem Anstaltsarzt zu jenen Ausfahrungen nur Klammern wollen, weshalb er sich nicht an den Direktor wende.

Das Kammergericht unter dem Senatspräsidenten Kaffka verwarf die Revision mit folgender Begründung: Wenn sich Angeklagter darüber beschwerte, daß seiner Ablehnung des Vorliegenden der Strafsenat und eines ihrer Mitglieder nicht stattgegeben sei, so könne das nach dem Gesetz nicht berücksichtigt werden, weil es nicht in der vom Anwalt unterzeichneten Revision angeführt sei, sondern nur vom Angeklagten in einem privaten Schreiben. — Verletzung des § 193 rüge allerdings auch der Anwalt. Dieser Anwalt sei indessen verfehlt. Denn das Revisionsgericht sei an die tatsächlichen Feststellungen des Vorderrichters gebunden, und die gingen ausdrücklich dahin, daß der Angeklagte die Abtätigkeit gehabt habe, mit den fraglichen Sätzen nicht berechnete Interessen wahrzunehmen, sondern v. Sydow eins auszuwischen. In der Anwendung des Gesetzes auf die tatsächlichen Feststellungen seien Rechtsirrtümer nicht erkennbar.

Mögen die Gerichte formell im Recht sein. Mag die Formel zutreffen, die inkriminierten Ausdrücke seien nicht in der Absicht der Wahrnehmung berechtigter Interessen gefaßt. Dem durch Paraphrasenlegung übertrieben Rechtsempfinden will es nicht in den Sinn, daß ein Ehemann bestraft werden kann, weil er die Interessen seiner Ehefrau wahrnehmen wollte und hierbei Schimpf-ausdrücke anwendete. Noch weniger entspricht es dem Rechtsempfinden, daß der Beweis der Wahrheit dafür abgelehnt wurde, daß der angeblich beleidigte Direktor eine seiner Äußerungen anvertraute angeblich zurechnungsunfähige geschlagen habe. Der scharfe Weg der Revision verwehrt dem Kammergericht diese prozessuale Rüge zu prüfen. Das Landgericht durfte aber nicht den Wahrheitsbeweis für diese Tatsache für unzulässig erachten, wenn es eine Bestrafung wegen Behauptungen, die sich gegen den Charakter richteten, seiner Beurteilung unterzog. Da Breiter mit seiner Behauptung recht, so wäre dieser Umstand zum mindesten für das Strafmaß von erheblicher Bedeutung gewesen.

Ein Handelskammer-Urteil.

Daß in manchen Handelskammern mehr Scharfmacherischer Geist vorhanden ist, als soziales und wirtschaftliches Verständnis, ist genugsam bekannt; den Gipfel der Ignoranz und Gelinde gesagt, mangelnder Objektivität scheint nun aber doch die Handelskammer in Düsseldorf erstiegen zu haben. Wie uns von dort geschrieben wird, hat die Kammer auf eine Umfrage der Berliner Kammer betreffend Einführung der wöchentlichen Lohnzahlung entschieden ablehnend geantwortet. Unter anderem läßt die Düsseldorferin sich also aus:

„An Lohntagen wird von den Arbeitern bekanntlich sehr viel Geld für Getränke ausgegeben, da die Leute nach erhaltener Löhnung in der überwiegenden Mehrzahl die Wirtschaften aufsuchen oder mit ihren Frauen Einkäufe besorgen und bei dieser Gelegenheit auch trinken. Vielfach bleiben dann die Arbeiter auch am anderen Tag von der Arbeit fern resp. die Leistungen der Arbeitenden sinken wesentlich.“

Besonders im Sommer und in Zeiten der Hochkonjunktur beträgt die Zahl der fehlenden Leute am Tage nach der Löhnung bis zu 10 Proz., die Minderleistung oft noch wesentlich mehr. Statt zweimal im Monat — wie bisher — würden wir diese Störungen dann viermal im Monat haben, zum Schaden der Arbeiter wie der Werke.“

Allgemein wird noch zur Begründung des Antrages des Gewerbegerichts bemerkt, daß das Handhalten mit wechselnden kleineren und größeren Beträgen zum guten Teile auch eine Frage der Erziehung der Arbeiterfrauen sei, und wenn zugegeben werden müsse, daß hier leider vieles im argen liege, so sei mit der Veränderung der Lohnzahlungsfristen eben das Uebel nicht

an der Wurzel gefaßt, sondern man greife statt bei der Ursache bei einer Folge ein. Man solle bedenken, daß ein großer Teil der Handlungsbeteiligten keine höheren Gehaltsbezüge haben wie der Arbeiter, dennoch werde von dieser Klasse der Privatbeamten erwartet, daß sie sich mit Monatszahlungen einrichten und der Erfolg zeige, daß es ganz gut gehe. Abermals aus dem Grunde, weil die Hausfrauen einseitig wirtschaften.

Aus allen angeführten Gründen wünscht die Eisenindustrie an ihrem seit lange eingeführten Lohnsystem festzuhalten, zumal die Arbeiterschaft damit auch bisher stets zufrieden gewesen ist.“

Wer die Verhältnisse kennt, weiß, daß der Verfasser dieser Epistel seiner Phantasie sehr weiten Spielraum gestattet hat. Daß die Mehrzahl der Männer mit ihren Frauen an Lohntagen die Wirtschaften besucht und gar sich bedauert, ist eine ganz leichtfertige Verallgemeinerung einzelner dauerlicher Erscheinungen. Zudem sind auch die Schlußfolgerungen falsch. Dort, wo die wöchentliche Lohnzahlung eingeführt worden ist, hat sie sich durchaus bewährt und wird gegenüber den längeren Lohnzahlungsfristen als Wohlthat empfunden. In Wirklichkeit wollen die rheinischen Industriegewaltigen nichts von kurzen Lohnperioden wissen, weil durch die langen Fristen, vielleicht noch verbunden mit vorgeschriebener Kündigungsfrist, die mit den Lohntagen nicht zusammenfallen, die Bewegungsfreiheit der Arbeiter sehr stark eingeschränkt wird.

Aus Industrie und Handel.

Das Risiko der Kapitalisten.

Zur Verteidigung der hohen Verzinsung des in der Industrie investierten Kapitals verweist man gern auf das erhebliche Risiko, das angeblich die Geldgeber eingehen. Tatsächlich ist das Risiko aber nur sehr minimal. Mit den Kurs-Spekulationen an der Börse hat die eigentliche Kapitalanlage nichts zu tun. Das darf man nicht vergessen. Wie gering die Verlustquote ist, ergibt sich aus dem Gesamtergebnis der Aktiengesellschaften. So weit Preußen in Betracht kommt, liegen darüber für 1905 folgende amtliche Zahlen vor: Von 2884 Gesellschaften mit 7562 Mill. Mark Aktienkapital verzeichnen nur 385 Gesellschaften mit 476 Mill. Mark Aktienkapital einen Verlust von insgesamt 93 Mill. Mark. Die Durchschnittsverzinsung der mit Reingewinn abschließenden Gesellschaften stellt sich auf 11,6 Prozent. In nachfolgendem geben wir nun einige Zusammenstellungen, aus denen sich ergibt, daß die Kapitalisten wegen des Risikos jedenfalls wohl ruhig schlafen werden können.

Farbwerke von Meister, Lucius u. Brünig.

Das Aktienkapital betrug bis 1904: 17 Millionen Mark, seit 1904: 25 1/2 Millionen Mark. Die letzten sechs Jahre erbrachten folgende Resultate:

Jahr	Rein-gewinn	Abschreibungen	Dividende in Proz.
1901	4 406 922	1 983 254	30
1902	4 570 004	2 297 546	30
1903	5 095 791	2 521 339	30
1904	6 768 172	2 108 000	20
1905	8 698 548	2 202 960	24
1906	10 786 440	2 368 185	30
	40 270 877	13 476 314	

Legt man als verändertes Aktienkapital den Durchschnitt von 21,25 Mill. M. zugrunde, dann ist im Laufe von 6 Jahren das Aktienkapital beinahe zweimal als Reingewinn herausgebracht worden; außerdem entfallen auf Abschreibungen zwei Drittel des Aktienkapitals.

Chemische Fabriken vorm. Beiler to Meer.

Die Gesellschaft arbeitet mit 4 Millionen Mark Aktienkapital und 2,83 Millionen Obligationen. Da die Zinsen vorweg abgesetzt sind und für den Reingewinn nicht in Betracht kommen, beschäftigen wir nur das Aktienkapital. Das eigentlich noch in der Periode des Ausbaues befindliche Werk, das einen Teil der Betriebsmaßnahmen zu Neuanlagen verwendet, erzielte trotzdem ganz ansehnliche verteilbare Ueberschüsse.

Es beträgt:

Jahr	der Netto-Reingewinn	die Summe der Abschreibungen	die Dividende in Prozenten
1901	423 601	315 171	9
1902	617 328	400 246	10
1903	452 203	448 578	10
1904	384 411	401 540	8
1905	420 157	422 051	8
1906	568 307	454 304	10
	2 895 097	2 441 890	

Hier sind also dreiertheil des Aktienkapitals an Reingewinn erzielt und weiter noch über 60 Proz. des Aktienkapitals zu Abschreibungen verwendet worden. Dabei ist der innere Wert des Unternehmens bedeutend gestiegen.

Badische Anilin- und Sodafabrik.

Bei diesem Unternehmen macht sich das Risiko ebenfalls sehr gut bezahlt. Das Aktienkapital, das sich auf 21 Millionen Mark beläuft, ist in wenigen Jahren in Gestalt von Dividenden zweimal wieder an die Aktionäre zurückgefließen und immer höher gehen die Dividendenzinsen. Unter Nichtberücksichtigung der Obligationen und Zinszahlung ergeben sich folgende Profitziffern:

Jahr	Netto-Reingewinn	Abschreibungen	Dividende in Proz.
1901	6 646 088	4 020 878	24
1902	7 661 887	4 497 387	26
1903	7 907 428	4 062 794	26
1904	7 415 728	4 607 339	24
1905	8 517 164	4 423 825	27
1906	9 151 988	4 468 485	30
	47 300 281	26 674 658	

Der Reingewinn der letzten sechs Jahre macht das 2 1/2-fache des Aktienkapitals aus und die Abschreibungen ergeben 127 Prozent des Aktienkapitals.

Bereinigte Kunstseidenfabriken A. G., Frankfurt a. M.

Wie bei dem Risiko der Kapitalanlage Seite gesponnen wird, das illustrieren ganz hübsch die Geschäftsberichte der genannten Gesellschaft, deren Aktienkapital von 1901 bis 1904 2,5 Mill. M., für 1904 3 Mill. M. und für die beiden letzten Jahre 3,50 resp. 3,65 Mill. M. betrug. Es werden ausgewiesen:

Passage-Theater.
Jeden Abend 8 Uhr:
Das Mai-Programm.
Der größte Erfolg
der Saison!
Grete Gallus
Mascha Dignam
3 Clarus Brothers
14 Attraktionen 14.

Ausnahmepreise
Mai, Juni, Juli.

A. B. Koch
Kohlen-Groß-Handlung
Berlin O. 34, Brombergstr. 15.
Preise für nur 12 Marken ab May
von 10 Str. an:
Prima la Galbicine (bekannte
Marken) pr. Str. 85 Pf.
la Diamant (110 bis
120 Stk.) 87 Pf.
la Nive u. Nivo. 90 Pf.
la Anthrazit Cabby Str. 2.25 Pf.
Kohle, Steinkohlen usw. zu den
billigsten Tagespreisen. Anlieferung
frei Keller je nach Quantum pr. Str.
10-15 Pf. mehr. — Bei Original-
Waggon und größeren Abhängen
verlangen Sie meine Spezial-Offerte.



Eine Mark
wöchentliche Zeitungsbeilage
gegen 1000
Herren-Garderoben
Ulrich Str. 100
Anfertigung nach Maass.
Tadellose Ausführung.
Julius Fabian,
Schneidmeister,
Gr. Frankfurterstr. 37,
Eingang Straußberger Weg.

Nathan Wand
129 Stalhoferstr. 129.
Die schönsten 47082
Herren-Sommer-Paletots
und Anzüge in neu
sowie speziell
Monats-Garderobe
von Kavaliere getragene Sachen,
sind neu für jede Figur passend,
speziell Bauanmäße sind in
großer Auswahl Reis zu Hause
billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand
129 Stalhoferstr. 129.
Hochbahnstation Kottbuser Tor.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Wer will Geld
sparen, kauft 40382
Monatsanzüge . . . 9,00 Str.
Abonnementsanzüge . . . 12,00
Wandlungsanzüge . . . 10,50
Partieanzüge . . . 12,00
Wendungsanzüge . . . 14,00
Anzüge, Orfan f. Wind, 18,00
Paletots . . . 9,00
Hosen . . . 2,00
Zentral-Keller, Berlin SO.,
Neanderstraße 35.
3 Min. von Stadth. Wannowbrücke,
an der Köpenickerstraße.
— Straßenbahn - Vergütung. —

Eine Mark
wöchentliche
Zeitungsbil-
leage gegen
1000
**Herren-
Moden**
Ulrich Str. 100,
Haupt-Anfertiger
Tadellose Ausführung.
Spezielle Bauanmäße.
J. Kurzberg
An der Haupt-
bahnhofsstr. 1. I.
Eingang zum Bahnhof.

Spandau.
Orts-Krankenkasse
der Tischler.
Am Montag, den 13. Mai 1907,
abends 8 1/2 Uhr,
bei Kunka, Schönwalder-Straße 80:
Außerordentliche
General-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Genehmigung der Statuten zum
Krankenkassenverband nach §§ 46 und
46a des Krankenversicherungs-gesetzes.
2. Bewilligung der Mittel zur Um-
schaffung eines Repostitoriums zur
Erweiterung des Lagers im Kassen-
lokal.
3. Zustimmung zur Abstampelung
der Recepte für freie Handverkauf-
artikel im Kassenlokal.
4. Verschiedenes. 274/2
Der Vorstand.
K. Gottwalt, Vorsitzender.

Diese Woche
verkaufen wir sowohl Vorrat,
daher seltenste Gelegenheiten
für Herren jeden Standes, zu
Preisen wie solche sonst
billig
aus feinsten Wollstoffen
gefertigte letzter Saison,
ausgezeichnete, weiche
hochverehrte Herren-
Anzüge
Paletots
deren sonstiger Messpreis
40-70 M. ist, jetzt 18-20 M.
Gebrochene, Hosen,
Kasackmäntel, sportliche
Täglich, Sonntag, geblüht.
Deutsches Versandhaus,
Friedrichstr. 12, I. Krause.

**Arbeiter-
Berufs-Kleidung**
Aeltestes Spezial-Geschäft
3 Mühlendamm 3
und **Kottbuserdamm 95.**
Adolf Wecker.

Wer ein gutes Geschäft (Gründe
gleich) oder Grundstücke kaufen
oder verkaufen will, wende sich an die
Geschäftsvermittlung • Berge Berlin,
Zimmerstr. 30. 34/19
Auskünfte kostenfrei. Eine Karte
genügt und wir sprechen vor.

Berlin SW. 68. Buchhandlung Vorwärts Lindenstraße 69.

In unserer Verlage erscheint:
Die Schreckliche Verschwörung
des
rothen Republikaner.

Die Verschwörung des rothen Republikaner in Deutschland.
Berlin 1907.
Verlag: Vorwärts.
Preis: 11 Cts.
Illustrationsprobe.)

Der erste Teil des Werkes liegt komplett vor und kostet in Leinenband **RM. 6,50**,
in Halbfranzband **RM. 7,50**.
Auch kann derselbe in 17 Heften a 80 Pf. bezogen werden.
Kapitel-Übersicht des ersten Teiles:
Berlins Arbeiter am Vorabend der Märzrevolution. — Berlins Arbeiter in den Märztagen. — Die
Sammlung der Arbeiter im Revolutionschaos. — Der erste Berliner Arbeiterkongress und seine Werke. — Die
Arbeiter und die letzten Revolutionskämpfe. — Unter der Reaktion. — Die neue Wera und das Erwachen der
Arbeiterbewegung. — Die Berliner Arbeiter zwischen Fortschrittspartei und Sozialisten. — Von Lassalles Tod bis zur
Gründung des Norddeutschen Bundes. — Unter dem Norddeutschen Bund bis zum allgemeinen deutschen Arbeiter-
kongress. — Vom ersten Allgemeinen deutschen Arbeiterkongress bis zum Vorabend des deutsch-französischen Krieges. —
Im Kriegslager. — Die ersten Jahre im Deutschen Reich. — Die Reichstagswahl von 1874. — Die Wera Lessen-
dorf. — Von den ersten großen Wahltagen bis zu den ersten großen Reichstagswahlen. — Die zwei Alternativen
auf Wilhelm I. und die laufend Alternativen auf das Recht. — Am Vorabend der Herrschaft des Ausnahmegerichtes.
Zu beziehen durch sämtliche Parteispeditionen und Buchhandlungen sowie direkt vom
Verlag, Buchhandlung Vorwärts, Berlin. 234/2

Achtung! Lederarbeiter!
Sonntag, 5. Mai, vorm. 10 Uhr, im Marienbad, Badstr. 35/36:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Kommission betr. der Lokalkasse. 2. Regelung des
Herbergswesens. 3. Abrechnung der Verbands- und Lokalkasse. 4. Bericht
des Vorstandes. 5. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. 200/1
Der wichtigsten Tagesordnung halber ist es sehr notwendig, pünktlich und
zahlreich zu erscheinen.
Der Vorstand. J. U. J. Runge.

Dampfer-Extrafahrten
mit Musik jeden Sonntag nach
Voigts Krampenburg (Berliner Alpen).
Abfahrt in Berlin an der Wallenbrücke vormittags 9 1/2, nachm. 2 1/2 Uhr,
von Cassel Allen je 1/2 Stunde später.
Fahrpreis hin und zurück 75, einfach 50 Pf.
Diese Fahrten finden nach Pfingsten täglich statt. Reederei L. Kahnt.

Castans Panopticum, 165, Friedrichstr. 165.
Keine Illusion:
:: Das lebende Wunder Miß Gabrielle ::
Ohne Unterkörper geboren!
Kein Extra-Entree!

WAS SAGEN SIE ZU

diesen Stiefeln?
Was Sie auch sagen könnten, Ihr Urteil
bitten wir zu verschieben, bis Sie die Marke
SALAMANDER

Damen- und Herren-Stiefel
zum Einheits- Luxus-
preise von 12 M. Ausfüh. 16 M.
mit eigenen Augen gesehen haben.
Salamander-Stiefel werden von den Angehör-
igen der ersten Oesellschaftskreise getragen
und sind als das hervorragendste Erzeugnis
der deutschen Schuh-Industrie anerkannt.
Salamander Schuh-Ges. m. b. H.
:: BERLIN ::
W. Friedrichstrasse 182 C. Königstrasse 47
SW. Friedrichstrasse 221.
— Fordern Sie Musterbuch. —

Verband der handgewerblichen Hilfsarbeiter
Zweigverein Berlin und Umgegend.
Sektion der Brunnenbauer und Hilfsarbeiter.
Sonntag, den 5. Mai, vormittags 10 Uhr,
bei J. Meyer, Oranien 103:
Außerordentliche
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Unsere Stellungnahme zur Lohnbewegung. 2. Bericht von der
letzten Vertreterversammlung. 3. Verbandsangelegenheiten.
Die für Sonntag, den 5. Mai in Aussicht genommene Hifen-
leger-Hilfsarbeiter-Versammlung findet nicht statt, sondern es haben
sämtliche Gruppen-Mitglieder in die Bezirksversammlungen zu gehen, um
den „Bericht vom Verbandstag“ entgegenzunehmen.
Das Erscheinen der Mitglieder in den Versammlungen ist dringend
notwendig.
Der Zweigvereinsvorstand.
NB. Die Auszahlung an die Kassaangehörigen findet heute Sonnabend
von 9 Uhr ab im Saal 4 des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15, statt.

Verband der Tapezierer.
Filiale Berlin.
Montag, den 6. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Luisenstädtischen Konzerthaus,
Alte Jakobstraße:
Quartals-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes (Kassenbericht). 2. Diskussion. 3. Ver-
bandsangelegenheiten. 178/7*
Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler usw.
E. D. 3 in Hamburg. Verm. Berlin G.
Montag, den 6. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in Meyers Vereinshaus,
Große Frankfurterstraße 133:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Kassenbericht vom 1. Quartal 1907. 2. Er-
wahl des 1. Bevollmächtigten. 3. Verschiedene Kassenangelegenheiten.
184/3 **Die Ortsverwaltung.**

Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter.
Sektionen I und II.
Achtung! Brauereiarbeiter!
Vom Dienstag, den 7. Mai 1907, befinden sich die
Büreaus der beiden Sektionen C. 54, Mulackstraße 10,
vorn 1 Treppe.
Des Unzuges wegen bleiben die Büreaus am Mon-
tag, den 6. Mai 1907, geschlossen.
Sprechsprecher Amt 3 u. 4518.
41/19* **Die Vorstände der Sektionen I und II.**

Reederei Nobiling.

Morgen sowie alle Sonntage 9 Uhr früh, 2 1/2 Uhr mittags, mit Musik
nach der **Berliner Schweiz** Zwibusch
Gosener Berge.
Rur 9 1/2 Uhr früh nach **Ziegenhals** am Crossinsee.
Wahrschiffe: Restaurant Schultheiß, Wannowbrücke.
Preis hin und zurück 75 Pf., Rück 50 Pf. Rückfahrt 7 1/2 Uhr abends.
Wohin? machen wir unseren Frühlingausflug immer
wieder?
Zum alten Freund nach Pichelswerder!
Es laßt uns ein
Der Hite.

Die Preise sind streng fest und auf
jedem Gegenstand aufgedruckt.
Großes Lager in Kleidung für starke Herren
Hochelegante
**Rock-
Anzüge**
aus modern
karierten und ge-
streiften Stoffen
N. 28, 33, 38, 42,
45, 48.
**Jackett-
Anzüge**
aus dauerhaften
modern. Stoffen
in vornehmster
Verarbeitung für
jede Figur in
tausendfacher
Auswahl fertig
am Lager
N. 18, 22, 26, 30,
33, 36, 40, 45.
Anfertigung
nach Maß
in eleganter Aus-
führung, tadellos
sitzend, zu billig.
Preisen.
Heitinger & Co.
Berlin SO., nur Oranienstr. 40-41.
Deutsche Compagnie.
Preiskurant gratis und franko.
Frühjahrs-Paletots in allen Preislagen.
Knaben-Anzüge in großer Auswahl.

Verkaufserlöse und Löhne im Bergbau.

Interessante Zahlen über Verkaufserlöse und Löhne pro Tonne Förderung enthält eine Eingabe die der Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund zur Begründung seines Protestes gegen die Novelle zum Berggesetz...

Table with 6 columns: Jahr, Verkaufserlös pro Tonne Förderung (auf den Staatswerken, auf den Saarbriicken), Lohn pro Tonne Förderung (im Oberbergamtsbezirk Dortmund, auf den Staatswerken, auf den Saarbriicken), Spannung zwischen Erlös und Lohnkosten (in Rth. Westf., bei den Staatswerken, in Rth. Westf., bei den Staatswerken).

Die Saarlohle ist demnach wesentlich teurer, und ist bei ihr die Spannung zwischen Erlös und Lohnkosten größer wie beim Kohlenyndikat. Bei der westfälischen Kohle ist die Spannung im Jahre 1905 aber wieder ziemlich nahe an die des Jahres 1901 herangekommen...

Table with 6 columns: Staatsjahr, im westf. Bezirk (p. Lo. R.), im Saarbezirk (p. Lo. R.), Staatsjahr, im westf. Bezirk (p. Lo. R.), im Saarbezirk (p. Lo. R.).

Seit 1886 ist die westfälische Kohle um 2,57 R. = 30 Proz., die Saarlohle um 3,49 R. = 33 Proz. teurer geworden. Der Staat ist von dem höchsten Preisstande im Jahre 1903 etwas herabgegangen...

Bei der westfälischen Kohle um . . . 0,27 R. 1,57 R. Saarlohle um . . . 0,58 2,41

Selbst wenn man den vom Staat geforderten höheren Preis mit der von diesem beanspruchten Qualität des Kohles vergleicht, dann immer noch nicht die Steigerung des Aufschlages. Weiter werden Angaben gemacht über erzielte Ausbeute nach Abzug der Zuluße.

Table with 4 columns: Ausbeute bezw. Dividende im Oberbergamtsbezirk Dortmund (R.), bei den Staatswerken (R.), 1896, 1897, 1898, 1899, 1900, 1901, 1902, 1903, 1904.

In Wirklichkeit wird die fiskalische Ueberschusswirtschaft durch die vorstehenden Zahlen noch nicht in ihrem vollen Umfange illustriert. Die sämtlichen Kosten für Reuanlagen und Erweiterungsbauten entnimmt der Saarlöhne dem Betriebe...

Ohne die Plasmacherei auf Kosten der Arbeiter verteidigen zu wollen, muß aber doch betont werden, daß die Ueberschusswirtschaft des Staates viel mehr Berechtigung hat, als die des Privatkapitals. Die Ueberschüsse der Staatswerke gehören immerhin der Gesamtheit, die Gewinne der Privatgruben dagegen fließen in die Taschen einzelner Leute.

Daß aber auch im Privatbetriebe erhebliche Mittel aus den Betriebseinnahmen entnommen werden, möchten wir aus den Geschäftsberechnungen der Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft dartun. Diese Gesellschaft hat in der Zeit von 1898 bis 1904 rund 60 Millionen Mark für Reuanlagen aufgewendet.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste! Auf Wunsch der organisierten Parteigenossen von Werder a. O. richten wir an die organisierte Arbeiterschaft das dringende Ersuchen, bei ihren Auswahlen zur diesjährigen Baumbilste sowie zur vorzigen Ausschreibung die Lokalliste streng beachten zu wollen.

Das einzige freie Lokal am Orte ist der „Schwarze Adler“, Inhaber Gen. Max Koch, Fischerstr. 98. Um nun bei dem starken Besuch der Baumbilste und der Ausschreibung dies Lokal etwas zu entlasten und auch den Arbeiterradfahrern so weit als möglich entgegenzukommen, ist außerdem noch eine Fahrrad- ausbreitung mit Fruchtweinkelos eröffnet worden...

Rixdorf. Die Genossen, welche die Absicht haben, die Herrenpartie nach Westkow mitzumachen, werden gebeten, sich am Montag, abend 8 1/2 Uhr zu einer Vorbereitungsbesprechung bei Hoppe, Hermannstraße, einzufinden.

Steglitz. Am Sonntagmorgen um 7 Uhr Flugblattverbreitung zur Gemeindevahl in sämtlichen Bezirken. — Zahlreiche Beteiligung ist dringend nötig.

Reinickendorf-West. Am Dienstag, den 7. Mai, abends 8 Uhr, findet im Lokale von Franke, Eichbornstr. 18, eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: „Wofür zahlen wir Steuern?“ Referent Genosse Kellmold. Die Handzetteldruckerei hierzu erfolgt am Sonntag früh. Die Genossen werden ersucht, für diese Versammlung Lebkost zu agittieren.

Zu der am Himmelfahrtstag veranstalteten Agitationstour werden die Genossen, die daran teilnehmen wollen, ersucht, sich beim Genossen Dolata, Augusta Viktoria-Allee 33, 1. Hof, 3 Treppen zu melden.

Berliner Nachrichten.

Der Unterricht im Deutschen in den Berliner Gemeindefschulen.

Wir haben schon öfter Gelegenheit gehabt, auf die mehr als mangelhaften Leistungen der preussischen Volksschule hinzuweisen. Die Rückständigkeit derselben zeigt sich vor allem auf dem Gebiete des Unterrichts im Deutschen. Selbst die Berliner Gemeindefschulen, die doch wohl nicht zu den schlechtesten des preussischen Staates gehören, weisen in diesem Unterrichtsgebiete nur recht kümmerliche Leistungen auf.

Nur in den wenigsten Fällen sind für diese jammervollen Zustände die Lehrer selbst verantwortlich zu machen. Auch hier trifft wie für alle Mißstände des preussischen Kulturlebens dem herrschenden System die Hauptschuld. Was kann man von einer Schule erwarten, in der man auf der Oberstufe zwar sieben Stunden wöchentlich zur Erzeugung christlich-preussischer Gesinnung aber nur sechs Stunden zur Pflege der deutschen Sprache verwendet!

Neben der geringen Stundenzahl tragen auch noch andere Umstände dazu bei, daß das Ziel des Unterrichts im Deutschen, die volle Sicherheit im mündlichen und schriftlichen Gebrauche der Muttersprache, nicht erreicht wird. So vor allem der, daß die städtische Schuldeputation den Lehrern bisher die erforderlichen methodischen Hilfsmittel versagt hat. Von allen Methodikern wird zum erfolgreichen Betriebe des Unterrichts im Deutschen ein Sprachbuch gefordert. Der Grundlehrplan der Berliner Gemeindefschule verlangt demnach, daß von der siebenten Klasse an die sprachlichen Übungen und Belehrungen nach fester Ordnung unter Anlehnung an ein Sprachbuch auftreten, das den Stoff auf die einzelnen Jahrgänge verteilt.

Die ganze Angelegenheit erscheint in sehr eigenartigem Dichte, wenn man erwägt, daß die städtische Schuldeputation in anderen ähnlichen Fällen sehr schnell gearbeitet hat. Für den Religionsunterricht der evangelischen Gemeindefschulen hat sie schon im Jahre 1904 das nach dem neuen Lehrpläne bearbeitete Lehrbuch von Fischer und Scholz eingeführt. Es entspricht zwar dem neuen preussischen Kurs, den Religionsunterricht, den „wichtigsten“ Unterrichtszweig, in allererster Linie zu versorgen, daß ihn aber gerade die freisinnige Schulverwaltung Berlins einschlägt, ist jedenfalls etwas Neues. Vielleicht erinnern sich die hochmögenden Herren im Rathause eines Tages auch einmal des Unterrichts im Deutschen; so lange kann die Schule getreulich warten.

Gegen die Kinematographen macht schon seit längerer Zeit sich eine Mißstimmung bemerkbar, die aus der Sorge um das Wohl der Jugend entstanden ist. Es wird als bedenklich angesehen, daß durch die Kinematographen und ähnliche Schaustellungen besonders Kinder angelockt werden, daß aber die dort gezeigten Szenen manchmal ganz und garnicht für Kinder geeignet sind. Ein Versuch, gegen die den Kindern von dort aus drohenden Gefahren die Öffentlichkeit zur Gegenwehr aufzurufen, wird durch den Verein der Interessenten der 46. Gemeindefschule unternommen, der im Südosten der Stadt befindet und Lehrer wie Eltern zu Mitgliedern hat. In voriger Woche hat dieser Verein, der die Beziehungen zwischen Schule und Haus zu fördern sich bemüht, eine öffentliche Versammlung veranstaltet, um über die „Kinematographen“, „Diastope“, „Theater lebender Photographien“ und wie diese Institute sonst noch sich nennen, eine Aussprache herbeizuführen. In dem einleitenden Referat eines Herrn Julius Hildebrandt wie in den Ausführungen der meisten Diskussionsredner wurde anerkannt, daß Kinematographen usw. ein wertvolles Bildungsmittel sein können. Es wurde aber einmütig beflagt, daß durch manche Darbietungen dieser Institute die Kindesseele geradezu vergiftet werde. Als Beispiele hierfür wurden Viebesabenteurer, Verbrechen und ähnliche für ein Kindesauge ungeeignete Szenen angeführt, die man in Kinematographen usw. leider ebenfalls sehen könne. Ein allgemeines Verbot solcher „Schauspielszenen“ wurde nicht gefordert. Wohl aber wurde es als dringend notwendig bezeichnet, daß sie wenigstens den Augen der Kinder vorenthalten werden. Durch die Unternehmer und eventuell durch die Polizei solle dafür gesorgt werden, daß Kinder nur dann Zutritt erhalten, wenn die dargebotenen Szenen für sie geeignet sind. Von

anderer Seite wurde betont, daß man die Polizei überhaupt nicht zu Hilfe rufen solle, und daß im übrigen von den Unternehmern ein Verzicht auf ihren Profit nicht erwartet werden dürfe. In Schule und Haus müsse die Jugend über den Unwert gewisser Darbietungen der Kinematographen usw. belehrt werden. Der Rektor der 46. Schule teilte mit, daß anscheinend die Schulbehörde eingreifen wolle; der Schulinspektor seines Schulkreises habe sich von ihm Bericht über diese Versammlung ausgeben. Ein Redner warf der Lehrerschaft vor, daß sie sich viel zu gleichgültig verhalte. Einer der anwesenden Lehrer suchte das daraus zu erklären, daß ihrem Einfluß auf die Schulkinder zu enge Grenzen gezogen seien.

Welche Schwierigkeiten Arbeitern gemacht werden, wenn sie einmal die Landesversicherungsanstalt in Anspruch nehmen wollen, geht aus einem Fall hervor, der uns dieser Tage vorgezogen und durch vorgelegte Zeugnisse und Atteste bestätigt wurde. Der Maurer W. in Schöneberg ist 61 Jahre alt und leidet an starken Nagenbeschwerden. Er kann die Nahrung nicht mehr zerkleinern, weil ihm die Zähne nach und nach ausgefallen sind. Zur Verhütung dieser Beschwerden benötigt er eines Gebisses. Die Krankenloffe schickt den Mann zum Arzt, der den Nabelstand auch erkennt und die Beschaffung eines Gebisses für dringend notwendig erklärt. Mit diesem Attest geht der Maurer zur Kasse, die ihn nunmehr zum Zahnkünstler schickt. Dieser erachtet ein Gebiß mit 26 Zähnen a 3 R. für notwendig, die einen Kostenaufwand von 78 R. verursachen. Damit ging's wieder hin zur Kasse. Diese erklärte sich bereit, 20 R. zuzuzahlen, während den übrigen Teil die Landesversicherung der Provinz Brandenburg tragen sollte. Jetzt wanderte W. nach dem Bureau der Landesversicherung der Provinz Brandenburg in der Rathäuserstraße. Hier erklärte man sich bereit, drei Fünftel zu zahlen, aber die Papiere genügten noch nicht, obwohl W. ein Schreiben der Kasse vorlegte, in welchem diese den Anspruch anerkannte und ihre Bereitwilligkeit zur Zahlung des Teilbetrages ausdrückte, außerdem legte W. das ärztliche Attest und das des Zahnkünstlers vor. Also wieder hin zur Kasse, die dem W. eine ganz spezialisierte Kostenaufstellung mitgibt. Dann geht's noch mal zum Arzt. Der wundert sich über das Verlangen der Anstalt. Weil es aber ein armer Teufel ist, um den es sich handelt, läßt er es sich nicht verdrießen und stellte ein etwas umfangreicheres Attest als das erste aus, das aber natürlich auch nichts anderes enthalten konnte als das erste, nämlich, daß der Maurer W. als Heilmittel notwendig ein Gebiß brauche „zur Vermeidung seiner starken Nagenbeschwerden“. Damit bewaffnet geht es wieder nach der Rathäuserstraße. Mit Ach und Krach erkannte man jetzt die Kassenbescheinigung und auch das ärztliche Attest an, aber die Sache hatte noch einen Haken. Das Gutachten des Zahnkünstlers genügte nicht. W. soll erst noch ein Gutachten eines praktischen Zahnarztes bringen. Jetzt ging ihm die Galle über, er hatte es satt, das ewige Laufen. Schon der Arzt hätte von ihm für Ausstellung des Gutachtens einen erheblichen Betrag verlangen können, jetzt befürchtete er sicher, daß ihm für das von der Landesversicherung verlangte, von einem praktischen Zahnarzt ausgestellte Gutachten große Kosten entstehen und ist auch dann nach seinen Erfahrungen nicht sicher, ob er das Gebiß erhält. Er erklärte rundweg, daß er nach allem Befürchteten müsse, daß nächstens noch eine Zeichnung oder Photographie über sein Mundwerk verlangt werde, er gebe nun keinen Schritt mehr. Die Landesversicherung wird nunmehr von ihm nicht weiter beschlagnahmt. Dieser Vorfall zeigt, wie schwer es den Arbeitern heutzutage gemacht wird, von den Institutionen, die doch für sie geschaffen worden sind, die von ihrem Gelde erhalten werden und deren segensreiche Tätigkeit nicht laut genug gerühmt werden kann, irgend etwas nennenswerthes zu erhalten. Der Bureaukratismus macht auch die Erlangung der geringen Vorteile vielfach zur Tortur.

Ueber elektrischen Vollbahnbetrieb hielt Reg.-Baumeister Pforr, Oberingenieur der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft, in deren Schulungsanstalt einen recht anregenden Vortrag, dem zahlreiche Personen des Verkehrsamtes anwohnten. Im Eingange seines Vortrags, den er an Lichtbildern erläuterte, gab Baumeister Pforr einen interessanten Ueberblick über die bisherigen Ergebnisse des Wettstreits zwischen Dampf und Elektrizität und zeigte, wie die letztere sich endlich durchzusetzen, nachdem man im Bahnbetrieb zum Wechselstrom übergegangen sei. Der von der A.-E.-G. zwei Jahre lang durchgeführte Probebetrieb auf der Spindlersfelder Staatsbahnstrecke habe so gute Ergebnisse geliefert, daß auch andere Firmen sich jetzt zum Bau von Wechselstrommotoren entschlossen hätten. Und da in Spindlersfelde auch andere wichtige Fragen, so die Aufhängung der Arbeitsleistung, die Vielfachschaltung, die Sicherung der Stromleitung in den Wagen usw., gelöst worden seien, so eroberte sich dies Betriebssystem bald ein weiteres Feld: zur Zeit seien 30 Bahnen mit einer Gesamtlänge von 1300 Kilometern teils im Betriebe, teils im Bau begriffen; sie arbeiten mit Spannungen zwischen 600 und 1500 Volt und fahren mit Geschwindigkeiten bis zu 112 Kilometer pro Stunde. Um zu zeigen, daß der Wechselstrombetrieb in wirtschaftlicher Beziehung dem Dampfbetrieb mindestens ebenbürtig sei, hat gegenüber aber ganz gewaltige Vorteile in Bezug auf Geschwindigkeit und Zugkraft viele, entrollte Redner ein schönes Lichtbild, das nichts Geringeres zum Vorschein brachte, als die Elektrifizierung des gesamten preussischen Staatsbahnnetzes, für die, nach Berechnung des Vortragenden, 30 Kraftwerke ausreichen würden. Die Energie könnte — zum Preise von 3 1/2 Pf. pro Kilowattstunde — am besten von dreien bezogen werden, die gleichzeitig nicht allein die Nebenanlagen der Staatsbahn (Straßen, Aufzüge, Werkstattmaschinen usw.) betreiben, sondern auch die Industrie und Landwirtschaft mit Betriebskraft versorgen würden, da ja überall im Lande ein bequemer Anschluß ermöglicht würde. — Was die Ersparnisse anbelangt, die der elektrische Vollbahnbetrieb mit sich bringen soll, sei nur ein Beispiel angeführt: Auf 100 Dampflokomotiven wären nur 64 elektrische Lokomotiven zu beschaffen, die teils dienstbereit seien, keiner Kohle, keiner Anfeuerung, keines Wassers usw. bedürften. Die Beschaffungskosten beider Locomotiven stellten sich allerdings wie 1:1,7, dafür aber habe die Dampflokomotive 76, loer 57 Tons, die elektrische Lokomotive nur 42 Tons Gewicht; schon daraus ergebe sich eine Ersparnis von 133 Millionen Mark. Dazu käme die Ausgabe für Kohle, 75 Millionen Mark fort, ebenso die Wasserversorgung, die Entschädligungen für Waldbrände usw. Und wenn auch einzelne Ausgabenposten, z. B. Bahnunterhaltung und -bewachung, höhere wären, als beim Dampfbetriebe, so belausche sich doch die Gesamtersparnis auf rund 163 Millionen Mark. Das Anlagekapital, 880 Millionen Mark, werde sich mit 5 Proz. Verzinsen lassen. Würden nun noch diejenigen Bahnlängen auszuweisen, für welche der elektrische Betrieb zur Zeit sich nicht empfehlen, so werde sich das Endergebnis noch günstiger stellen. Jedenfalls sei schon heute eine ganze Anzahl von Staatsbahnlängen reif für den elektrischen Betrieb, der allein eine Erhöhung der Fahrgeschwindigkeit und eine Steigerung der Zugkraft ohne Beeinträchtigung der Wirtschaftlichkeit gewährleiste. In anerkannter Weise habe die Staatsbahndirektion die Schnellfahrversuche auf der Militärbahnstrecke gefördert und im Anschluß daran sich jetzt entschlossen, einen neuen, praktischen Probebetrieb auf der Strecke Altona-Kiel (105 Kilometer) einzuführen, auf welcher die elektrischen Züge mit 120 bis 130 und später mit 150 Kilometer Fahrgeschwindigkeit verkehren sollen. Wenn man rücksichtlich der Landesebene bedingt darauf hinweist, daß man durch Abschneiden des Stromes den elektrischen Betrieb leicht lahm legen könne, so habe dieser Nachteil im Frieden doch auch sein gutes: man habe da die Möglichkeit, bei Betriebsgefahr die elektrische Lokomotive von der Station aus zum Stehen zu bringen, was bei der Dampflokomotive nicht zu erreichen sei. Im Krieg e würde die letztere vor der Front freilich nicht zu entdecken sein, dahingegen werde der

elektrische Betrieb den Aufmarsch und Nachschub der Truppenkörper wesentlich erleichtern und die gesamte Mobilmachung beschleunigen. Zum Schluss führte der Vortragende noch einige interessante Aufnahmen von Triebwagen, Turbinen usw. vor und sprach den Wunsch aus, daß die bisher erzielten Erfolge, an denen die preussische Staatsbahnenverwaltung einen hervorragenden Anteil habe, recht bald auch ausgenutzt werden möchten.

Berliner Klybverein für Obdachlose. Im Monat April nächstigen im Männer-Klgl 18 325 Personen, wovon 7396 badeten, im Frauen-Klgl 2278 Personen, wovon 626 badeten.

Auch Patienten verschiedener Heilstätten haben den 1. Mai nicht vorübergehen lassen, um auch ihrerseits in ihrer Art den Weltfeiertag zu feiern. Und sie haben recht, an diesem Tage besonders der Kämpfe zu denken, die ihre Arbeitskollegen und Klassenossen draußen um Verkürzung der Arbeitszeit und gegen die kapitalistische Ausbeutung überhaupt führen. Gerade die in den Heilstätten Untergebrachten sind ja in erster Linie Opfer einer unmenschlich langen Arbeitszeit wie des kapitalistischen Systems. Die Kaiserin der Patienten war einfach und schlicht. Es wurden Ausflüge in die Umgebung der Anstalt gemacht, dabei einige Freiheitslieder gesungen und in einem Falle eine entsprechende Ansprache gehalten. Dann ging's wieder heim in dem Bewußtsein, mit den Arbeitern der gesamten Kulturwelt einen Ehrentag des Proletariats gefeiert zu haben. Patienten aus dem Pflegeheim Burg Daber bei Wittstock an der Dosse und solche aus Veerly sandten uns ihre Maiengrüße.

Zu der Eisenbahnkatastrophe auf der Spandauer Chaussee wird noch berichtet, daß am Donnerstagmittag der Chef des Militärkabinetts, Graf v. Hülsen-Häseler, an der Unfallstelle gewillt hat, um sich über das Unglück und seine Ursachen im Auftrage des Kaisers zu orientieren. Es wird jetzt bekannt, daß der Eisenbahnfiskus bereits seit dem Jahre 1894 eine Bahnüberführung an jener Stelle projektiert hatte und daß dann 20 Jahre später, also 1904, in der Tat die ausgearbeiteten Pläne dem damaligen Eisenbahnminister vorgelegt haben. Es wurde damals beschlossen, der Angelegenheit näher zu treten, bis der Umbau des Bahnhofes Spandau zur Ausführung gelangt sei. Am Donnerstagnachmittag erschienen Vertreter der Staatsanwaltschaft und der Polizeiverwaltung in Spandau, welche die Umgebung des Ortes, wo die Katastrophe stattfand, eingehend besichtigten. Ob es überhaupt zu einer Anklage gegen den jugendlichen Schrankenwärter kommen wird, ist mit Sicherheit noch nicht festzustellen. Der Angehülfige hat das 18. Lebensjahr noch nicht erreicht und es mußte ihm erst nachgewiesen werden, daß er zur Erkenntnis seiner Straftat die erforderliche Einsicht besessen hat. Die Direktion der Spandauer Straßenbahngesellschaft freilich behauptet, keinen Grund gehabt zu haben, an seiner Intelligenz zu zweifeln, weil er ordnungsgemäß instruiert gewesen und an dem verhängnisvollen Nachmittag auch in der Ausübung seiner Tätigkeit kontrolliert worden sei.

Die Spandauer Straßenbahndirektion sollte es lieber unterlassen, sich auch noch rechtfertigen zu wollen, denn in diesem Falle gibt es keine Rechtfertigung. Durch die Anstellung eines 17-jährigen Menschen als Schrankenwärter hat sie in der leichtfertigen Weise mit Menschenleben gespielt. Nur um einen älteren erfahrenen Mannen keinen höheren Lohn zahlen zu müssen, hat sie einen kaum der Schule entwachsenen Menschen an eine verantwortungsvolle Stelle gestellt und so unfähliches Unglück heraufbeschworen; alles nur, um ein paar Mark wöchentlich zu sparen. Daß auch dem Eisenbahnfiskus ein redlich Teil der Schuld an dem Unglück beizumessen ist, haben wir gestern schon betont. Vielleicht erfolgt jetzt, nachdem das Unglück geschehen ist, von seiner Seite etwas schneller Abhilfe. Der Brunnen wird ja immer erst zugedeckt, nachdem das Kind hineingefallen ist.

Die Stadt Berlin wird nun baldigst Besuch bekommen und zwar aus England. Aus London wird vom 2. Mai berichtet: In der heute in der Guildhall abgehaltenen Gemeinderatsitzung verlas der Lord Mayor ein Schreiben des Oberbürgermeisters Sir John Berlin, durch das die städtische Körperschaft herzlich eingeladen wird, Berlin zu besuchen. Man beschloß, die Einladung anzunehmen und setzte vorläufig den 13. Juni für den Besuch fest. An der Fahrt werden 7 Adamen, 40 Käte, die Schiffs- und zwei höhere Beamte der Körperschaft teilnehmen.

Unregelmäßigkeiten und Veruntreuungen in einem hiesigen Bankgeschäft. An der gestrigen Börse wurde bekannt, daß der Vorstandsmitglied einer hiesiger Bankfirma, Wegner, während der Chef vereist war, auf den Namen der Firma größere Engagements an der Börse einging, die sich als verlustbringend erwiesen und die heute nach der Rückkehr des Firmeninhabers zur Regelung gelangten. Außerdem soll sich Wegner der Firma gehörige Wertpapiere angeeignet haben, mit denen er flüchtig geworden ist. Der Schaden, den die Firma erleidet, soll etwa 50 000 M. betragen, doch gehen die Schätzungen noch wesentlich darüber hinaus.

Ueber einen Eisenbahnunfall wird amtlich berichtet: Bei der Ueberführung des leeren Zuges 4 L. vom Betriebsbahnhof nach der Wohnhohle des Schließers Personendahnstegs entgleisten gestern vormittag 11 Uhr 25 Minuten die beiden ersten Wagen auf bisher unaufgeklärte Weise. Personen sind nicht verletzt. Materialschaden gering. Einfahrt der Fernzüge von Ost und Ausfahrt der Stadtbahnzüge nach Richtung Warschauerstraße auf voraussichtlich 3 Stunden nicht möglich. Augenblicke wird durch Umleitung der Fernzüge und Rechten der Stadtbahnzüge mit geringen Verspätungen aufrechterhalten.

Aus den Krallen des Pleitegeiers scheint das Theater des Westens nicht mehr herauszukommen. Der verlorbene Direktor Praß hat sich an dem Unternehmen verblutet. Sein Nachfolger, der frühere Tenorbassio Belor, wirtschaftete dann weiter mit reduzierten Wagen und verschlechtertem Repertoire. Die Bühne sank zusehends. Ein letzter Versuch mit Gastspielen in der Iomischen Oper mußte naturgemäß verfehlen. Nun ist die Pleite wieder fertig. Die Theaterleute trauern um uneinbringliche Wagenrückstände. Jetzt will es Direktor Monti, der bereits seit einiger Zeit mit der „Lustigen Witwe“ im Theater des Westens gastiert, versuchen, das Schiff wieder flott zu machen.

Aus der Selbstmordchronik. Großes Aufsehen verursachte gestern der Selbstmordversuch eines unbekanntem jungen Mädchens an der Oberbrücke. Den vorübergehenden Passanten war das Gebahren der Lebensmüden schon seit etwa einer Stunde aufgefallen. Fortwährend blickte sie in das Wasser hinab, wogte es jedoch nicht, ihr Vorhaben auszuführen. Nach langem vergeblichen Hin- und Herwandern endlich sprang sie über das Brückengeländer hinweg in den Kanal und versank. Als sie wieder an die Oberfläche kam, warf man ihr den Rettungsring zu, den sie jedoch von sich stieß. Durch hinzukommende Schiffer konnte die widerpenstige Selbstmordkandidatin dann aus dem Wasser gezogen werden. In besinnungslosem Zustande wurde sie in das Krankenhaus am Urban gebracht. — In verweirter Kollage hatte sich gestern die erst 20jährige Schriftstellerin Alma Jürgens, die bei einer Frau D. in der Pariserstraße 59 wohnte, erschossen. Bräulein J. lebte getrennt von ihren Angehörigen, und da ihre literarischen Erzeugnisse anfangs recht gute Erfolge hatten, kam sie ohne Unterstützung aus. In den letzten Monaten änderte sich jedoch die Sachlage; vergeblich suchte die junge Schriftstellerin nach Abnehmern für ihre Schöpfungen. Sie geriet schließlich in bittere Not. Dazu kam ein erhebliches hysterisches Leiden. Gestern betrat die Wirtin plötzlich einen lauten Anfall aus dem Zimmer der J. Da die Tür verschlossen war, ließ man sie polizeilich öffnen. Auf der Chaiselongue lag Bräulein J. als Leiche. Sie hatte sich eine Revolverkugel durch den Mund gejagt. Die Kugel war in den

Kopf gedrungen und hatte sich dort festgesetzt. Die Leiche ist von der Polizei beschlagnahmt worden.

Ueber den entsetzlichen Vorfall in der Frankfurter Allee in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag. Bei welchem ein an dem Auf- lauf gänzlich unbeteiligter Mann, der von der Arbeit heimkehrende Omnibuskutscher Janus, von dem Kriminalbeamten Kater niedergeschossen wurde, ist es sehr schnell recht still geworden. Eine am Montag vorbereitete Darstellung, die aus polizeilicher Quelle schöpfte, war eifrig dabei, zu versichern, daß alle in Betracht kommenden Zeugen die Angaben der Beamten, die in der Notwehr gehandelt haben wollen, bestätigt hätten. Uns ist aber bekannt, daß am Montag noch keineswegs die Zeugenvernehmung erschöpft war und auch heute noch nicht erschöpft sein soll. Daß die erst gegebene Darstellung aber erhebliche Unrichtigkeiten enthält, geht auch aus einer Mitteilung hervor, die uns gestern noch gemacht wurde. In der anfänglich verbreiteten Korrespondenz war die Rede davon, daß der Ausgangspunkt des blutigen Vorkommnisses das in der Niederbarnimsstraße gelegene Rietsche Lokal gewesen sei und die Exzedenten sich aus dem Lokale von Radomski Hilfe geholt hätten. Wie uns nun der Besitzer des „Casé des Ostens“, Herr Radomski, mitteilt, entbehrt diese Behauptung jeglicher Unterlage. Herr R. halte streng darauf, daß in seinem Lokale anständiges Publikum verkehre. Das werde am besten auch dadurch bewiesen, daß er in seiner langjährigen Geschäftspraxis noch nicht nötig gehabt habe, Polizei in Anspruch zu nehmen. Unwahrscheinlich ist auch die verbreitete Nachricht, daß die Kriminalbeamten sein Lokal betreten hätten.

Wenn sich auch die übrigen über den Vorfall verbreiteten Nachrichten genau so unrichtig erweisen sollten wie die über das „Casé des Ostens“ verbreitete, so dürfte schließlich der Vorfall in einem ganz anderen Lichte erscheinen, als in dem von den beiden Beamten dargestellt.

Eine umfangreiche Unglücksliste liegt vom Donnerstag vor. Nachmittags wurde im Lustgarten nahe der Schlossfreiheit der 56 Jahre alte wohnungslose Händler Wilhelm Bandamme beim Ueberfahren des Fahrdammes von dem Omnibus Nr. 1010 der Linie 9 umgestoßen und überfahren. Er trug einen Bruch des linken Unterarmes und wurde nach Anlegung eines Notverbandes nach dem Krankenhanse am Friedrichshain geschafft. — Der 33 Jahre alte Tischler Franz Janide geriet am Donnerstagnachmittag mit seinem Zweirad in der Noosstraße vor dem Hause Nr. 8 unter den Vorderperon eines Straßenbahnwagens. Er mußte in einer Drosche nach der Charité gebracht werden, wo eine erhebliche Verletzung am Hinterkopfe konstatiert wurde. In der Straße In den Felten erfolgte Donnerstagnachmittag ein Zusammenstoß mit dem Geschäftsaufwärtin IA 1191 der Firma A. Wertheim und einem Geschäftsdreibe der Bädermeisters Thier in Charlottenburg. Das Dreirad wurde stark beschädigt und der 22 Jahre alte Hausdiener Fritz Finger stürzte auf den Straßen- damm. Er erlitt eine erhebliche Verletzung an der rechten Hand und wurde nach der Charité gebracht, wo ihm die Wunde zugenäht und verbunden wurde. — Infolge Fehltretens kam der 47 Jahre alte Arbeiter Gustav Jilman vor dem Hause Oranienstraße Nr. 74 zu Fall und zog sich einen Bruch des linken Fußknöchels zu. Ein Schuttmann und mehrere Passanten trugen den Verunglückten nach der Unfallstation in der Alexandrinenstraße, von wo dann seine Ueberführung nach einer Poliklinik in der Neuenburger Straße erfolgte. — Der 14 Jahre alte Sohn Erich des Oberpostassistenten Otto Stiller hatte sich am Donnerstag ohne Erlaubnis des Vaters auf dem Dach des elterlichen Wohnhauses Kirchstr. 27 aus Draht- geschicht und Latzen einen Taubenschlag gebaut. Dieser wurde am Abend, da er nicht genügend befestigt war, von dem festigen Winde abgerissen, stürzte auf die Straße und traf die an dem genannten Hause vorbeigehende 25 Jahre alte Ehefrau Ida des Werkführers Robert Kuborf. Frau R. trug eine Muskel- und Sehnenzerrung am Halse davon. — Der 14jährige Knabe Robert Hildebrandt, dessen Eltern in der Stalitzerstr. 12 wohnen, geriet gegen 4 Uhr nachmittags vor dem Hause Admiralsstr. 12 unter einen herannahenden Rotornwagen der Straßenbahnlinie 99. Mit Hilfe von Straßen- passanten wurde der Wagen angehoben und der Knabe hervor- gezogen. Er hatte eine erhebliche Verletzung des Unterleibs sowie Wunden am rechten Unterarm und am Kopf erlitten und mußte nach dem Krankenhanse am Urban gebracht werden.

Arbeiter-Bildungsschule, Berlin, Grenadierstr. 37. Der Unterricht in Natur-Erkenntnis beginnt heute abend. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Die studentischen Unterrichtskurse für Arbeiter und Arbeiterinnen wollen den Hörern, besonders älteren Arbeitern, die nicht mehr die Fortbildungsschulen besuchen können, zu einer gründlichen Ausbildung in den elementaren Unterrichtsfächern, in Deutsch, Rechnen, Geometrie und Geographie, Gelegenheit bieten. In erster Linie sollen die Teilnehmer richtig schreiben, sprechen und rechnen lernen. Der Unterricht wird von Studenten der Berliner Universität erteilt. Das Unternehmen wird geleitet durch eine aus ihrer Mitte gebildete Kommission unter Mitwirkung von Vertrauensleuten der Hörer. — Im allgemeinen werden in eine höhere Stufe desselben Unterrichtsfaches nur diejenigen Hörer aufgenommen, welche die vorhergehende besucht haben. Neu eintretende Hörer werden dringend gebeten, sich mit den bei der Anmeldung anwesenden Studenten genau zu besprechen, welche Stufe für sie geeignet ist. Es ist den Hörern in ihrem eigenen Interesse zu raten, in jedem Halbjahr nicht mehr als zwei Kurse zu belegen. Im voraus wird die Leistungsfähigkeit leicht überschätzt. Der Stundenplan wird bei der Anmeldung bekannt gemacht. Nähere Mitteilungen über die Art des Unterrichts und die Organisation des Unternehmens erhalten die Teilnehmer auf einer all- gemeinen Hörerversammlung, die am Dienstag, den 30. April, abends 8 Uhr, im großen Saal des Zentralarbeitsnachweises, Eingang Gormann- straße 13, stattfindet und bei der Anmeldungen ebenso wie am Mittwoch, 1. Mai 8—9½ Uhr abends, Rückerstraße 9, linker Seiten- ausgang, entgegengenommen werden.

Aus den Maiprogrammen der Varietés. Mal was anderes, sagte sich die Direktion des Apollo-Theaters, indem sie sich den rheinischen Burlesk-Komiker Harstein mit seinem Ensemble verschrieb. Harstein steht im Mittelpunkt des von ihm selbst verfassten Schwanzes: „Der lustige Witz“, worin sich der Verfasser als ein Komiker von starkem Talent erweist. Der an tollen Verwechslungen reiche Schwanz aus dem Kölner Karneval löst das Publikum aus dem Lachen gar nicht herauskommen. Auch sonst hat das Programm verschiedene gute Nummern aufzuweisen, so das Athletenpaar Les Landros und die Exzentriker Delboß Bros.

Das Budapest Theater Folies Raprice hat sein bisheriges Programm um einen neuen ungarischen Schwanz: „Eine Katastrophe“ erweitert.

Im Mahalla-Variété-Theater am Weinbergsweg wechseln sich mehr oder weniger wichtige Tänzerinnen und Soubretten mit sehr geschickten Kunststrafzählern, Drahtseilgängerinnen und akrobatischen Exzentrikern ab. Gute Wirkung erzielte der Wünderer Gesangs-komiker Rag Hermann. Als ein äußerst geschickter Handkünstler entpuppte sich Massias O'Connor, und seine Vorführungen können auch eine gewisse Originalität beanspruchen. Nicht nur bemüht der junge Mann seine Hände — ohne jede Hilfsmittel — zu magischen Vorzeichen und Zauberkunststücken, sondern vor allem dazu, die verschiedensten Schattenbilder auf die Leinwand zu werfen.

Auf der Treptower Sternwarte spricht Dozent Jens Röhren am Sonntag, den 5. Mai, nachmittags um 5 Uhr über: „Vul- kanische Erscheinungen auf der Erdoberfläche“, um 7 Uhr über: „Das Leben im Weltall“. Das Thema für den Montag-Vortrag, abends 9 Uhr, lautet: „Die Sonne und ihre Oberfläche“. — Am Himmelfahrtstage, Donnerstag, den 8. Mai, lautet das Thema um 5 Uhr: „Die neuesten Ausdrücke des Wesens“, und um 7 Uhr

wird die höchst interessante Frage: „Können wir uns mit dem Mars verständigen?“ in einem Vortrage, der ebenfalls wie alle übrigen mit zahlreichen Lichtbildern ausgestattet ist, behandelt werden. — Mit dem großen Fernrohr werden während der ganzen Woche nachmittags die „Sonne“, abends der „Jupiter“, später ein interessanter „Doppeltstern“, „Kebelflecke“ oder „Sternhaufen“ gezeigt.

In der Maiversammlung im „Deutschen Hof“ in der Ludauer Straße ist ein farbiger Schirm verloren gegangen. Der Finder wolle ihn an H. Wertheim, Culmstr. 27, abgeben. — Bei der Kaiserin im Volksgarten-Theater auf dem Gesundbrunnen sind drei Regens- schirme stehen geblieben. Dieselben können jederzeit in der Vor- wärts-Redaktion, Stettiner Straße 10, abgeholt werden.

Feuerwehrbericht. Gestern wurde die Feuerwehr dreimal nach der Dabelbergerstr. 17 gerufen, wo durch Unvorsichtigkeit ein kleiner Wohnungsbrand ausgebrochen war. Gleichzeitig wurde die Feuer- wehr nach der Linienstr. 104 alarmiert, wo Gardinen brannten. Zwei Kellerbrände beschäftigten die Wehr in der Kulestr. 31 und Straußbergerstr. 46, Holz, Ballen, Stroh, Lumpen u. a. brannten dort. Der 6. Jug mußte in der Eisenbahnstr. 11 einen Brand löschen, der in einer Küche ausgebrochen war. Wegen eines Ladenbrandes erfolgte ein Alarm nach der Prinzenstr. 105. Der 19. Jug hatte in der Kaiserstr. 18 ein Verkehrshindernis zu be- seitigen. In der Köpcke-Str. 25 brannte Müll u. a. Ferner hatte die Wehr in der Lützowstr. 38, Remelerstr. 50, Dennewigstr. 4 und anderen Stellen zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Ein Familiendrama ist in der gestrigen Nacht durch einen Unfall nicht zur Beldung gekommen. Der in dem Hause Friedelstr. 56 wohnhafte Schnellbedienter Karl Rielges versuchte seine aus Frau und drei Kindern bestehende Familie und sich selbst durch Gas zu töten. Ueber die Beweggründe zu dem Drama wird uns folgendes berichtet: Rielges lebte mit seiner Frau in glücklicher Ehe, und erst in letzter Zeit wurde das häusliche Glück durch erhebliche Geschäftsverluste getrübt. Infolge der großen Verluste geriet Rielges in eine äußerst nervöse Stimmung, die sich von Tag zu Tag steigerte. Am Donnerstagmorgen erklärte er seiner Frau, er müsse ein wenig an die frische Luft gehen, da er heftige Kopfschmerzen verspüre. In kurzer Zeit werde er wieder zurückkehren. Als nun Stunde um Stunde verrann, ohne daß sich R. wieder bei seinen Angehörigen einfand, geriet die Frau in Besorgnis. Abends gegen 10 Uhr endlich kehrte R. heim; er legte sich sofort zu Bett. Frau R. arbeitete noch bis 11 Uhr und ging dann gleichfalls schlafen. Gegen 4 Uhr morgens machte sie mit einem Gefühl starker Benommenheit im Kopfe auf und merkte sofort, daß das Zimmer mit Gas angefüllt war. Sie sprang aus dem Bett und gewachte nun, daß der Gasfaß der Hänge- lampe, den sie vor dem Schlafengehen geschlossen hatte, offen fand. Sie drehte ihn zu und wollte schlüssig das Fenster öffnen. In diesem Augenblick sprang auch ihr Mann aus dem Bett heraus und hielt seine Frau fest. Erst nach einiger Zeit gelang es der Frau die Fenster zu öffnen und den Mann zu beruhigen. R. hat morgens 6 Uhr die Wohnung verlassen und ist seitdem nicht wieder zurück- gekehrt. Es wird angenommen, daß er sich ein Leid angetan hat.

Ueber die Eröffnung der Fürsorgestelle für Säuglinge, auf die wir bereits hingewiesen haben, wird uns folgendes mitgeteilt. Schon in der ersten Sprechstunde wurden dem leitenden Kinderarzt drei- zehn Säuglinge vorgestellt, so daß die auf eine Stunde berechnete Sprechzeit erheblich verlängert werden mußte. Man darf hiernach annehmen, daß diese neue Einrichtung einem wirklichen Bedürfnisse entspricht, und hoffen, daß sie sich einer wachsenden Inanspruchnahme erfreuen wird.

Charlottenburg.

Ein verhängnisvoller Stubenbrand brach gestern morgen 10 Uhr in der Wohnung des Hausdieners Liskow, Krummestr. 5, aus. Während Liskow seinem Beruf nachgegangen war, hatte sich seine Frau nach Bescheid in die Laubenzolonie begeben, um dort ihre Hühner zu füttern und ließ sie bei dieser Gelegenheit ihre beiden Kinder, einen dreijährigen Knaben und ein anderthalbjähriges Mädchen allein. Als sie nach 2 Stunden zurückkehrte, traf sie mit der gerade anrückenden Feuerwehr zusammen, die zum Löschen des in ihrer Wohnung ausgebrochenen Brandes alarmiert worden war und sich sofort an die Rettung der schwer gefährdeten Kinder machte. Der Knabe konnte unterleitet der Mutter übergeben werden, während das Mädchen schwerverletzt unter seinem Bettchen hervorgezogen und nach Anlegung eines Notverbandes in das städtische Kranken- haus gebracht wurde. An dem Aufkommen des Kindes wird ge- zweifelt.

Der Polizeipräsident von Charlottenburg, Geheim- rath Steffensand, ist gestern morgen um 3 Uhr an den Folgen einer Operation verstorben.

Schöneberg.

Schwer verletzt wurde vorgestern nachmittags der Maurerpolier Gustav Breiter, der auf dem Neubau Grunewaldstr. 25—26 be- schäftigt war. Eine große schwere Glasür, die nach der zweiten Etage hinaufgeschafft werden sollte, kam zu Fall und stürzte dem B. direkt auf den Kopf. Blutüberströmt wurde der Verunglückte nach der Unfallstation in der Hebertstraße gebracht. Der Kopf wies zahlreiche blutende Wunden auf. Nach Anlegung von Notverbänden wurde B. in das Schöneberger Krankenhaus eingeliefert.

Wilmersdorf.

Die neue Polizeiorganisation in Wilmersdorf hat bereits zur Kaiserin Zeugnis von einer gewissen Mäßigkeit abgelegt. Die Behörde hat in ihrer steten Sorge, die Spießbürger vor dem Geiste der Revolution zu bewahren, das Kaiserprogramm in bekannter genialer Weise farrigiert. Die „Marschälle“, ein einaktiges Schau- spiel, das fast überall unbeanstandet aufgeführt wurde, verfiel der Zensur, ebenso das freizügliche Gedicht „Die Revolution“. Auch der Magistrat erfüllte seine Mission und lehnte das Gesuch des Wahl- vereins, ihm die Benutzung eines Teiles des direkt am Vereinslokal anstehenden öffentlichen, das heißt also aus dem allgemeinen Steuerfädel bezahlten Spielplatzes für die Nachmittagsstunden des 1. Mai zu gestatten, um unter sachgemäßer Leitung der Turner für die Proletarierkinder Spiele arrangieren zu lassen, rundweg ab. Trotzdem nahm das Proletarierfest einen großartigen Verlauf.

Die letzte Stadtvordienerversammlung nahm die Wahl von 10 unbesoldeten Stadträten vor. Gewählt wurden die Stadt- vorordneten Dr. Beyhag, E. Müller, Müller, Müller, Steinborn, Weber; außerdem Rentier Fuhrmann, Baumeister Schnal, Kamp, Rentier Kühne und Ramrat. Für die Vertretung an der Gemeindefschule II, die aus Anlaß der Teilung von den untersten Klassen notwendig wird, wurden 1300 M. bewilligt.

Die Stadtvordienerversammlung wurden für die Monate Juli und August festgelegt.

Rummelsburg.

Bei Ausübung seines Berufs hat vorgestern der 20jährige Rangierer Hermann Wilke aus der Pariserstr. 47 den Tod gefunden. B. war auf dem Rummelsburger Rangierbahnhof tätig gewesen. Vorgestern nachmittags versuchte er beim Rangieren auf einen in der Fahrt befindlichen Güterwagen zu springen. Er glitt dabei vom Trittbrett ab und stürzte unglücklicherweise über die Mäder des nachfolgenden Wagens. Diese gingen ihm über beide Oberschenkel hinweg und trennten sie vollständig vom Leibe. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Stralen.

Ueber „Soziale Kommunalpolitik“ referierte in einer öffentlichen Versammlung Genosse Fendel-Weissen. Dem beifällig aufgenommenen Referat folgte der Bericht des Gemeindevorstandes Rud. Derselbe teilte unter anderem mit, daß die Schule jetzt aus sieben Klassen besteht. Jedoch müsse bei dem stetigen Anwachsen der Gemeinde eine Erweiterung der Schule vorgenommen werden. Für vier Monate, Dezember bis Ende März, wird alljährlich für die Kinder der überwinternden Schiffer eine Extraklasse eingerichtet. Der Antrag unseres Vertreters betreffs Einrichtung einer Fortbildungsschule für Stralau wurde von den Bürgerlichen abgelehnt.

In der Diskussion hierüber wurde der ablehnende Standpunkt allgemein scharf getadelt. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Anwesenden auf, eine regere Agitation für den Wahlverein und den „Vorwärts“ zu entfalten.

Treptow.

Die hiesige Sportfreunde haben vorgestern Nacht in dem im Restaurationsgarten von Kühn an der Oberspree bei Treptow belegenen Bootshaus einen Einbruch verübt. Sie erbrachen das Portal und suchten sich unter den vorhandenen Booten mit Kenntnis der besten Einflußer heraus. Auch sämtliche Zubehörtteile stahlen die dreifischen Diebe.

Ober-Schöneweide.

Eine neue evangelische Kirche bekommt Ober-Schöneweide und bereits am Sonntag soll die Grundsteinlegung zu derselben erfolgen. Es wäre an sich dieses Ereignis für uns kein Anlaß, davon Notiz zu nehmen, wenn den Schülern nicht zugemutet würde, bei dieser Festlichkeit in den Straßen Spalier zu bilden. Es sei deshalb darauf hingewiesen, daß ein Zwang auf die Kinder zur Spalierbildung nicht ausgeübt werden kann, und bei Nichtbeteiligung an dieser Feier denselben auch keine Nachteile entstehen. Bei ungünstigem Wetter können sie höchstens vor Erkältung verschont bleiben.

Pankow.

Die letzte Gemeindevorstandssitzung beschäftigte sich mit dem Abschluß eines Vertrages mit der Boden-Aktiengesellschaft betreffs Uebernahme der Straßentregulierungsarbeiten in Gemeindebezirk. Für Umgemeindung von zwei Grundstücken wurde eine Entschädigung an die Gemeinde Röhrendorf in der Höhe von 4000 M. gezahlt. In dem von der Gemeinde kürzlich erworbenen Bürgerpark sollen nunmehr entgegen einem früher gefaßten Beschluß die alten Baulichkeiten neu ausgebaut und zu Restaurationszwecken hergerichtet werden. Die gesamten Umbauten und Sanierungsarbeiten werden der Gemeinde 40 000 M. kosten, einbezogen sind auch die Reparaturkosten für das prächtige Eingangstor, einer Nachbildung des Pariser Triumphbogens. Ein Regulativ betreffend die Bewilligung schuldenfreier Unterrichts auf den hiesigen höheren Lehranstalten, wird nach längerer Beratung angenommen. Hervorzuheben ist, daß Gemeindeführer bezw. Gemeindeführerinnen Aufnahme finden, wenn dieselben mindestens die vier untersten Klassen bei gutem Betragen und regelmäßigem Fleiße mit ausgezeichneten Erfolgen durchgemacht und von ihren Lehrern für besonders befähigt zum Besuche einer höheren Lehranstalt empfohlen werden. Des weiteren wurde beschlossen, zum 1. Oktober eine neue Vorschulklasse zu errichten. Bei der Wahl eines Mitgliedes zum Beisitzer wurde von unseren Genossen wiederum angeregt, auch Frauen zur Armen- und Waisenspflege mit heranzuziehen. Der Bürgermeister äußerte, dieser Anregung sympathisch gegenüber zu stehen und derselben näherzutreten zu wollen. Des weiteren wurden die Mittel für einen dritten Lehrer zur Leitung von Jugendspielen bewilligt. Der verstorbene Bankier Weichardt hat der Dorfgemeinde Pankow ein Legat von 6000 M. vermacht, mit der Bestimmung, daß die Zinsen an bedürftige Armen verteilt werden. Das Legat wurde angenommen und soll die landesherrliche Genehmigung dazu nachgesucht werden. Die Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothek hat vor einem Jahre mit der Gemeinde vereinbart, Teile der Eichengraben für den Preis von 250 M. die Aute zu verwenden. Da der Kaufvertrag noch nicht abgeschlossen ist, so beschloß die Gemeindevorstandung, einen höheren Preis zu fordern, dies um so mehr, als die Gesellschaft selbst mehr als das Doppelte der obigen Summe fordert.

Hohen-Schönhausen.

Ein großer Brand in der Löwen-Bräuerei alarmierte gestern mittig die Feuerwehren von Hohen-Schönhausen, Richtenberg, Wilhelmshagen, Weissensee und schließlich die Berliner Wehr. In dem Malzbrotbacken kam um 12 Uhr Feuer aus und verbreitete sich in kurzer Zeit auf die eine Hälfte der Mälzerei. Die Mannschaften der genannten Vorortwehren glaubten anfangs ohne Berliner Hilfe den Brand bewältigen zu können. So kam es, daß die Berliner Wehr erst verhältnismäßig spät an der Brandstätte erschien. Mit Dampf- und Handdrückpumpen griff sie unter Aufsicht von mechanischen Leitern in die Löscharbeiten ein. In vorgerückter Nachmittagsstunde gelang es erst den vereinigten Mannschaften, den Feuer Herr zu werden. Die Entstehung des Brandes wird auf kurzschluß zurückgeführt. Der Schaden durch Feuer und Wasser ist bedeutend.

Schenefeld.

Ueber „Woz und Ziels der Sozialdemokratie“ referierte in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins Gen. Feinig. Als vor Eintritt in die Tagesordnung die Versammlung, darunter eine Anzahl Frauen, das Ableben des Genossen Kuer ehrte, rügte der überwachende Beamte, daß sich die Frauen daran beteiligten. Der Referent ging in seinem Referat auf die Einwände des Beamten ein und zeigte den Frauen, wie schlecht es mit der Gleichberechtigung noch bestellt sei. Das Referat wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Diskussion wurde nicht beliebt.

Spandau.

Das „Tageblatt“ ist redlich bemüht, für das hochloftierte Seigische Lokal die Verbetterung zu rühnen. Es weiß auch bereits mitzuteilen, daß der neue Wahlverein beschloffen hat, seine für den Kaiserpalast bestimmte Generalversammlung am 7. Mai im Seigischen Lokal abzuhalten. Des weiteren empfiehlt das Blatt, bei Abhaltung von Privatfestlichkeiten, Hochzeiten, Kindtaufen usw. das hochloftierte Lokal zu benütigen. Das „Sp. Tzbl.“ wird es selbst bei noch größeren Anstrengungen nicht fertig bringen, Herrn Seig für den früheren Arbeiterverleger Ersatz zu schaffen. Schließlich sind ja auch die übrigen Restaurationsbetreiber, Kundschaft zu behalten, denn nur auf ihre Kosten könnte der Verkehr in dem hochloftierten Lokal leblich anfrucht erhalten werden, und das auch nur vorübergehend. Ueberdies zweifeln wir, daß das Blatt bei der Verbetterung, die es hat, eine Veränderung der gegenwärtigen Lage herbeizuführen imstande ist.

Berichts-Zeitung.

Angedruckte Verrechnungen des Kaplans.

Am 10. v. M. berichteten wir über den Prozeß des Handlungsgehilfen Edward Hirsch gegen die Kohlenfirma v. Friedländer-Fuld vor dem hiesigen Kaufmannsgericht. Der Prozeß verlief derart, daß Hirsch unter anderem behauptet, er sei infolge von Intrigen des Kaplans und Abgeordneten Dabach entlassen. Unter Bezugnahme auf diese Verhandlung laudte und Herr Dabach eine Erklärung zu, der wir folgendes entnehmen:

„In Wirklichkeit liegt die Sache so: Weder mit dem Kaufmann H., noch mit einem seiner Beamten oder Bekannten habe ich über Hirsch vor seiner Entlassung irgend ein Wort geredet. Hirsch hatte von mir ein Darlehen von 50 M. empfangen, leistete in drei Jahren weder Abzahlungsleistung noch Rückzahlung, antwortete nie auf Mahnungen, ward verklagt und ein Teil seines Gehaltes wurde gepfändet. Nach der Fälligkeit entließ ihn sein Prinzipal. Ich besuchte dreimal Beamte des Prinzipals und bat dringend, Hirsch zu behalten, aber vergeblich.“

Wenn ich durch Intrigen die Entlassung des Hirsch erstrebt hätte, wäre das die größte Torheit von mir gewesen, da ich ihm ja dadurch die Möglichkeit der Rückzahlung des Darlehens genommen hätte. Hirsch erklärte mir nach seiner Entlassung, er werde sich keine Rache geben, sich eine andere Stelle zu verschaffen. Um mehrere Stellen, die ich ihm nachwies, hat er sich nicht bemüht. Trotzdem gab ich ihm, da er krank geworden war, eine Zeilung monatlich 180 M. unter steter Verwarnung, daß ich nicht dazu verpflichtet sei. Hirsch behauptete in der erwähnten Gerichtsverhandlung, ich hätte ihm versprochen, monatlich 200 M. zu zahlen, bis er eine andere Stelle habe; ich sei aber wortbrüchig geworden. Tatsache ist aber, daß ich ihm am 11. März 1908 schrieb: „Wie lange ich Ihnen das Gehalt zahle, hängt von mir ab“. An diesem Standpunkte habe ich stets festgehalten.“

Die Beweisaufnahme in dem neuen Verhandlungstermin wird wohl Aufklärung darüber geben, wie die nach der Darstellung beider Teile — sowohl des Herrn Hirsch wie des Herrn Kaplan — etwas mysteriöse Angelegenheit sich tatsächlich verhält.

Die betrunkene Aufsicht.

Eine merkwürdige „Trinkeraffäre“, die nicht des Humors entbehrt, bildete die Ursache eines Rechtsstreits, mit dem sich am Donnerstag die vierte Kammer des Kaufmannsgerichts zu beschäftigen hatte. Klägerin ist die Verkäuferin Martha V., die vom Warenhaus Wilhelm Stein „wegen Erregung öffentlichen Aergernisses“ sofort entlassen wurde. Der Entstehung dieses Vergehens liegt folgender Sachverhalt zugrunde. Im Hause der beklagten Firma war ein Fräulein als Aufsichtsdame angestellt, von der das Personal ihrem ganzen Benehmen nach annehmen mußte, daß sie den Göttern Gambirius und Bacchus zu untertan war. Käufer gab sie häufig ganz falsche Auskunft; wollte jemand Vorkäufer haben, so schickte sie ihn in die Porzellanabteilung; einen Reklamanten für Kupartikel wies sie zum Lebensmittelager. Einmal war sie rücklings in eine Eierkiste, ein anderes Mal mit dem Kopf in einen Sack voll Erbsen gefallen. Trotz dieser schwerwiegenden Indizien fehlte doch das wichtigste Beweismittel. Als sich die Klägerin nun eines Tages bei der Oberaufsichtsdame über das Benehmen des Fräuleins beschwerte und andeutete, daß sie trinken müsse, sagte ihr diese: „Ohne Beweise kann ich nichts machen. Schaffen Sie mir Beweise!“ Und die Klägerin kam dieser Aufforderung mit seltenem Fleißleister nach. Ihre Mutter machte sich in Gemeinschaft eines Herrn während der Fälligkeit an das Fräulein Aufsicht heran, stellte sich unter dem falschen Namen „Klein“ vor und lud sie zu einem Gläschen Bier ein. Aus dem einen Glas wurden dann vier, wozu noch acht diverse Biöre traten. Die Klägerin hatte von ihrem „Trio“ bereits das Personal verständigt, das in corpore am Eingang Posto faßte. Das hatte zur Folge, daß sich auch auf der Straße eine Menschenmenge angesammelt hatte, welche die von der Kneiperie dem Geschäft zuwanfende unter lautem Rufen: „Die betrunkene Aufsicht kommt!“ begrüßte. Die Aufsichtsdame wurde sofort entlassen, aber mit ihr auch die Klägerin. Das Kaufmannsgericht wäre zu einer Verurteilung der Firma gekommen, zumal die Klägerin der Aufforderung der Oberaufsichtsdame zur Schaffung von Beweisen folgen zu müssen glaubte. Die Beklagte zahlte aber vor Urteilsfällung freiwillig das Restgehalt.

Aus der frauenbewegung.

Billige Arbeitskraft.

Große Klage wird in dem Organ der Wäscherei- und Plätterei-Besitzer darüber geführt, daß es Geschäfte gibt, die Lehrlinge in 8-12 Wochen in Plätten ausbilden. Es soll darauf gedrungen werden, eine einjährige Lehrzeit einzuführen, weil bei der kurzen Lehrzeit die Ausbildung eine durchaus ungenügende sei. Auch darum sei die Lehrlingslittererei vom Uebel, weil sie den Auszubildenden billige Arbeitskraft zur Verfügung stelle. So klingt es ganz plausibel und selbstlos. Aber der Pferdeschuh läßt sich nicht verlieren. Der Konkurrenzstreit beim Unternehmertum ist wahrhaft ergötzlich. Man beklagt sich über die Lehrlingslittererei, um sich der billigen Lehrlingsarbeit noch länger erfreuen zu können. Es wird nämlich eine einjährige Lehrzeit verlangt. Das ist des Pudels Kern. Daß dem Plätterei-Besitzer von einem Mädchen, welches ein ganzes Jahr gänzlich oder doch fast vollständig gratis arbeitet, noch mehr Nutzen zufällt, als wenn es sechs bis acht Wochen mit Zubehaltung lernt, wird jedem Laien einleuchten. Gerade in der ersten Zeit soll und muß doch die Ungeschicklichkeit der Anfänger überwunden und beseitigt werden. Wenn nun nach einigen Wochen — um mit dem Wäschereibesitzer zu reden — die Mädchen nur ungenügend ausgebildet sind, so trägt wohl nicht die kurze Lehrzeit, sondern das System der Ausbildung die Schuld. Gerade das ausgedehnte Lehrlingswesen trägt dazu bei, dem Unternehmer die Lehrlinge zu fällen und ist Schuld daran, daß ungelehrte Arbeiter und Arbeiterinnen öfter brotlos gemacht und minderwertig bezahlt werden. — Zur Einführung der allgemeinen einjährigen Lehrzeit für die Plätterei haben die Plättereibesitzer die Handelskammer angerufen, doch diese scheint sich mit der Angelegenheit nicht befassen zu wollen. — Unsere Plättereibesitzer sind aber Leute, die der Erwerbbarkeit der Frauen wohlwollend gegenüber stehen. Die Herren werden sentimental, sie wollen durch die Frauennarbeit das Familienleben wieder herstellen oder verbessern. Durch die gemeinsame Arbeit in Plättereibetrieben ist Mann und Frau in der Quälerei zusammen und wird nicht so von einander entfremdet, als wenn einer oder gar beide außer dem Hause der Arbeit nachgehen. O, dieser schöne Traum eines kleinen Handwerksmeisters! — Stammt aus — dem Portemonnaie.

Der Bund für Mutterschutz hat an alle größeren Städte Deutschlands eine Petition gerichtet, in welcher er die hilflose Lage der unehelichen Schwangeren, die oft in den letzten Wochen vor der Geburt völlig obdachlos sind, eingehend beleuchtet. Die Krankehäuser nehmen sie nicht auf, Stuhlhäuser fehlen, die Schwangeren selbst aber sind infolge von Arbeitslosigkeit und infolge des Verlegens der meisten Krankeisen nicht imstande, ein anständiges Obdach zu bezahen. Ebenso hart aber wird die uneheliche Mutter durch die Entlassung aus etwa vorhandenen Entbindungsanstalten nach 9-11 Tagen getroffen. Schwach, arbeitlos und mittellos geht sie mit dem Kinde davon. — Der Bund bittet daher um Organisation der Schwangeren, Fürsorge durch die Kommunen. — Zugleich versendet er immer wieder den Aufruf zur Errichtung eines Schwangerenheims in Berlin. Jede, auch die kleinste Gabe ist willkommen. Alles Nähere durch das Bureau: Rosbitergasse 8.

Vermischtes.

Die Boden in Hannover. In dem Hannover benachbarten Etoden und Melkenheide sind die schwarzen Boden ausgebrochen und zwar sind zwei Mädchen im Alter von 9 und 4 Jahren daran erkrankt. Sämtliche Bewohner der Kolonie, zum Teil Bahnarbeiter von der Bahnerkstätte Reinhausen, sind gestern geimpft worden, die Kinder vom Schulbesuch ausgeschlossen und für die gesamte Umgebung Impftermine für die nächsten Tage angesetzt.

Gerettet. Wie die Rettungsstation Cuxhaven der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger meldet, sind gestern von dem in der Elbmündung gesunkenen deutschen Ewer „Marie“, Schiffer Wolken, der, mit Dachpappe beladen, von Harburg nach Wilhelmshaven bestimmt war, zwei Personen durch das Rettungsboot des 4. Eilbeuchschiffes gerettet worden.

In der Grube erstickt. Auf der Kaligrube Feldungen II. bei Frankenhäuser am Schiffhäuser erfolgte gestern im Schacht eine Pulverexplosion, wobei 5 Personen durch die entstandenen Pulvergasen den Erstickungstod fanden.

Ein Millionärsohn als Betrüger. Der 29jährige Johann Gerass, ein Sohn des verstorbenen zwanzigfachen Millionärs, wurde auf Requisition der Wiener Polizei in Nizza wegen Betruges verhaftet, weil er beschuldigt wird, verschiedenen Wiener Firmen und Geldgebern Beträge von 66 000 Kronen herausgelockt zu haben. Das Auslieferungsurteil ist eingeleitet.

Bei einer Feuerbrunst sind nach Pariser Meldung in der Ortschaft Querins von 81 Wohnhäusern 71 niedergebrannt. Der Schaden ist bedeutend und die Mehrzahl der Bewohner leidet große Not.

Jammer nach der Winter. Der gestern von Neval ausgelaufene Eisbrecher „Jermol“ ist östlich von der Insel Hogland auf dicke, unbewegliche Eismassen gestoßen und deswegen nach Neval zurückgekehrt.

In Algier hat starker Frost großen Schaden an den Weinbergen angerichtet.

Nachklänge zum Lissaboner Brand. Gegen drei spanische Kaufleute, die beschuldigt werden, in der Nacht zum 10. April das Haus in der Magdalenenstraße in Brand gesteckt zu haben, um die Versicherungssumme einzuziehen, ist jetzt Anklage erhoben worden. Das Großfeuer hatte bekanntlich 15 Personen das Leben gekostet.

Dochwässer. Da der Dniepr über die Ufer getreten ist, haben diese Hundert Wohnungen der Kiower Unterstadt von den Bewohnern geräumt werden müssen. Etwa 250 Familien haben in der Markthalle Unterkunft gefunden. Der Schaden, der hauptsächlich den ärmeren Teil der Bevölkerung getroffen hat, ist beträchtlich. Bei der Station Alexandrowski hat der Dniepr die Gleise der Südbahn überschwemmt und diese gezwungen, von der Station Alexandrowski ab die Annahme und Verfrachtung von Gütern einzustellen.

Explosion im Pulvermagazin. In Kanton explodierte nach einer Meldung aus Hongkong vorgestern abend ein Pulvermagazin. 21 Leichen sind bis jetzt gefunden worden. Die Zahl der Verletzten beträgt etwa 100. 15 Gebäude sind vollständig zerstört, über 100 Gebäude ernstlich beschädigt. Die historische fünfstöckige Pagode ist ebenfalls leicht beschädigt; ein etwa 200 Fuß langes Stück der Stadtmauer ist zerstört.

Die Explosion ist anscheinend durch eine Unvorsichtigkeit des diensthabenden Offiziers hervorgerufen worden, denn man hat seine Leiche mit einer Tabakpfeife in der Hand gefunden. Nach neueren Meldungen beträgt die Zahl der bei der Explosion Verletzten mehrere Hundert.

In Brand geraten. Einer Nohbsmeldung zufolge ist der Dampfer Silberlip mit einer Ladung Benzin von Singapur nach London bestimmt, im hiesigen Meerbusen am 1. dieses Monats in Brand geraten und von der Mannschaft verlassen worden. Fünf Mann der Besatzung sind ungelungen, der Rest, darunter vier mit schweren Brandwunden, ist aufgegriffen und in Blmouth gelandet worden.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 16, Anfang 4, eine Trepp (Handelskammer-Gebäude, Durchgang nach Lindenstr. 161), wochentags von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonntags beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Besuch und eine Anzahl die Briefkasten beizubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

B. S. 25. Straßbar machen Sie sich nicht, wenn Ihr Kind an dem Konfirmandenunterricht nicht teilnimmt. Wenn es konfirmiert werden soll, muß der Taufschein beigebracht werden. — M. H. 40. 1. Die Genehmigung ist von der Mutter zu erteilen. 2. Die Betten sind herauszugeben. — Trennung 100. Das von Ihnen vorgeschriebene reicht zur Scheidung nicht hin. Werden Sie geschieden werden, so bleiben Ihnen die Verpflichtungen den Kindern gegenüber und falls Sie für den künftigen Teil erklärt werden, auch Pflichten der Frau gegenüber. — A. G. 15. Die Mutter soll sich beschweren über an das Vormundschaftsgericht wenden. — Lorenzstr. 17. Der Chef ist im Recht. Die Kandidatsprüfung für Handlungsgehilfen betrifft, wenn keine andere Vereinbarung getroffen ist, sechs Wochen zum Schluß des Quartals, muß also spätestens am 17. Februar, 19. Mai, 19. August oder 19. November dem anderen Teil zugegangen sein. Durch Vertrag kann eine längere Kandidatszeit vereinbart werden, sie darf aber nicht weniger als einen Monat betragen. Es muß dann spätestens am 30. April für den 31. Mai dem anderen Teil zugehen. — R. P. 100. Lohnbeschlagnahme ist nur wegen rückständiger Steuern oder wegen Alimenten zulässig. — Justiz. Ihr Sohn ist dem Status entsprechend aus dem Verein ausgeschlossen. — W. R. 45. Um Ihre Anträge aufrecht zu erhalten, stehen Sie, nachdem Sie selbständig geworden sind, weiter. Sie können sich auswählen, welche Lohnklasse Sie nehmen wollen und müssen innerhalb zwei Jahren mindestens 20 Markten geleistet haben. — W. R. 30. Jeder entspricht die Pension den gesetzlichen Bestimmungen. — Th. G. 119. Ein uneheliches Kind bezieht nur seine Mutter, nicht seinen Vater. — H. S. 1875. Ein Recht auf Aufnahme in der Anstalt steht Ihnen nicht zu. Die Versicherungsanstalt ist nur besagt. Sie aufzunehmen. Sie müßten sich deshalb an die Versicherungsanstalt wenden. Ob die Rente richtig berechnet ist, ist ohne Einhalt in dem Bescheid nicht zu beanstanden. Ein Jubiläum für uneheliche Rentenunterstützung ist und nicht bekannt. — W. R. 30. Rein. — Deutscher Anker. Die Police und das Statut der Gesellschaft ist uns nicht bekannt. Ohne Kenntnis des Inhalts besteht in Ihre Frage nicht zu beantworten. — W. R. 104. 1. Rente mit Jubiläum des Vaters. 2. Die Rente müßten den vollständigen Bestimmungen entsprechen. — H. R. 17. Rein. — J. R. 100. Werden Sie sich direkt an den Vorkonrad. — Pauline 86. Rein. — T. S. 33. 1. Eine Fälligkeit ohne vorherige Klage ist unmöglich. Sie hätten in dem Termine sich vertreten lassen oder gegen den etwa erlassenen Zahlungsbefehl Widerspruch erheben. 2. Straffreiheitsverhältnis, dessen Geltendmachungsbefähigung beizubringen ist. — 100. Waisemannschaft. Auch in Deutschland, aber selten. — P. S. 62. Die Entscheidung, ob Sie für die von Ihrem Kinde zerschossene Scheibe ersatzpflichtig seien, hängt davon ab, ob der Richter annimmt, der Schaden wäre nicht entstanden, wenn die Ihnen obliegende Aufsichtspflicht erfüllt wäre. — G. R. 7. Rein. — H. 15. 1. Ja. 2. Rein. 3. Ja. — Elisabeth 100. Ja. — R. St. 12. Ihre Fragen sind längst im Briefkasten beantwortet. Sie können in der Expedition nachschlagen. — 305. Reineswegs. — H. R. 32. Werden Sie sich an das hiesige Bureau, Rente-Friedrichstr. 10 oder an die Versicherungsanstalt, Köpenicker Platz. — Vormundschaft. Legen Sie den Sachverhalt dem Vormundschaftsgericht gegenüber dar und beantragen Sie, Ihrem Mündel das Armenrecht zwecks Führung des Prozesses auf Anweisung gegen die Ehefrau zu erteilen. Was man dürfte es sein, das Vormundschaftsgericht zu ersuchen, Ihnen mitzuteilen, wann der Eigentumsübergang bezüglich des Grundbesitzes stattgefunden hat. — Waisemannschaft. Nach unermittelter Bestätigung ist in dem von Ihnen dargelegten Falle eine Waisemannschaft nicht zu zahlen. — R. H. 1. Leider besteht eine Möglichkeit, den Lehrern durch Prozeß zur Nachgiebigkeit zu zwingen. — G. R. 200. Eine bestimmte Uniform ist für den Fall einer Verletzung nicht vorgeschrieben. Auch nachts ist eine Verletzung auf gerichtliche Anordnung und unter besonderen Umständen zulässig. — W. R. 77. Die Rente für vorübergehende Invalidität kann erst nach Ablauf der 26 Wochen dauernden Erwerbsunfähigkeit bezahlt werden. Ob in Ihrem Falle etwa dauernde Erwerbsunfähigkeit und ein Anspruch auf Invalidenrente schon für frühere Zeit bestanden hat, läßt sich ohne Anhalt in das Urteil nicht sagen. Wenn Sie das selbst erhalten haben, so fragen Sie mit demselben in der juristischen Sprechstunde an. 2. Beantragen Sie bei der Berufungsgenossenschaft die Zahlung einer Invalidenrente. Sie müßten den Antrag aber baldigst stellen, weil sonst Ihr Anspruch im Dezember dieses Jahres verjährt. — W. R. 62. Einer neuen Klage bedarf es nicht. Auf Grund des alten Urteils kann von neuem Fälligkeit vorgekommen werden, Sie können auch den Schuldner zur Leistung des Offenbarungseides laben. — W. R. 100. Rein. — H. T. 11. Ja.

Witterungsbericht vom 3. Mai 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temp. in Grad C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temp. in Grad C.
Schwetzingen	750.5	SW	6	Wolffig	7	Caparanda	756.5	SW	2	bedeckt	8
Darmstadt	750.5	SW	7	bedeckt	7	Heidelberg	758.0	SW	2	Regen	8
Berlin	759.8	SW	4	halb bed.	8	Bielefeld	752.0	SW	4	Regen	9
Frankfurt a. M.	758.3	SW	5	bedeckt	9	Herborn	734.0	SW	4	bedeckt	7
München	760.0	SW	5	bedeckt	10	Paris	756.0	SW	5	Regen	10
Wien	760.0	SW	1	bedeckt	8						

Weiter-Propgnose für Sonnabend, den 4. Mai 1907. Etwas kühler, etwas heiter, jedoch sehr unbeständig mit Regenschauern und ziemlich starken westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 1, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Achtung! Schlosser! Achtung!

Montag, den 6. Mai, abends 8 1/2 Uhr:
Allgemeine Versammlung
der
**Bau-, Maschinen-, Geldschrankschlosser und
Fahrstuhlmonteure Berlins u. Umgegend**
im großen Saale des Gewerkschaftshauses,
Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Gewerkschaftssekretärs und Stadts. Adolf Ritter über:
"Die kulturelle Bedeutung der Arbeiterbewegung". 2. Diskussion.
3. Neuwahl der Agitationskommission. 4. Verschiedenes.
Pflicht eines jeden Kollegen ist es, zu erscheinen.

Montag, den 6. Mai, abends 7 Uhr: Versammlung

aller in
Metallgießereien besch. Former u. Berufsgen.
in der "Urania", Brangelstr. 10.

Tages-Ordnung:
1. Die alte und die neue Weltanschauung. Referent: Genosse
Stern. 2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchenangelegenheit.
Kollegen! In Anbetracht des äußerst wichtigen und lehrreichen
Themas erlaube ich Euch, Eure Frauen mit in die Versamm-
lung zu bringen; auch erlaube ich Euch, recht lebhaft für diese
Versammlung zu agitieren.

Montag, den 6. Mai, abends 8 Uhr: Allgemeine Versammlung

der
Drahtarbeiter Berlins u. Umgegend
im Gewerkschaftshaus, Saal 8, Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung:
1. Bericht über den Stand unserer Bewegung. Referent:
Kollege Handke. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Montag, den 6. Mai, abends 8 1/2 Uhr: Bezirks-Versammlung

für
Rixdorf und Umgegend
in Thiels Festsälen, Bergstraße 151/152.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Stadtverordneten Genossen Max Groger über:
"Religion und Sozialismus". 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegen-
heiten. 117/119
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Bi-
bliothek für Süd-Ost Preussenerstraße und Reughoffstraße
Ecke bei Fröhlich heute, den 4. Mai, eröffnet
wird. Die Ausgabe von Bibliotheksbüchern findet an
folgenden Tagen statt: Montags nachmittags 5-8 Uhr,
Mittwochs nachmittags 5-8 Uhr, Sonnabends nach-
mittags 5-8 Uhr.

In den bestehenden Vorort-Bibliotheken
findet die Ausgabe von Bibliotheksbüchern an folgenden
Tagen statt:

1. Wedding. Fahrow, Ravensstr. 6. Dienstags
abends von 8-9 Uhr.
2. Spandau. G. Rührmund, Neumeisterstraße 6.
Montags und Donnerstags abends von 5
bis 6 Uhr.
3. Ober-Schöneweide. Voß, Wilhelminenhof-
straße 64. Dienstags und Donnerstags
abends von 5-6 Uhr.
4. Moabit. Gundlach, Waldenserstr. 24. Mitt-
wochs von 8-9 Uhr und Sonnabends von
8-10 Uhr abends.
5. Charlottenburg. Metzdorf, Potsdamerstr. 44.
Montags abends von 8-10 Uhr.
6. Wusterhausen-Wildau. W. Geyer, Schwarz-
kopffstraße 58 1 Tr. Dienstags und Freitags
abends von 7-9 Uhr.
7. Tegel. Gehhaar, Berlinerstr. 92. Dienstags
abends 7 1/2-9 Uhr.

Die Haupt-Bibliothek, Charitéstr. 3,
kann vorläufig wegen vollständiger Renovierung und
Ausarbeitung eines neuen Katalogs noch nicht eröffnet
werden. Näheres wird bekannt gegeben.
Die Ortsverwaltung.

Vereinigung der Musikinstrumenten-Arbeiter Berlins und Umgegend.

Montag, den 6. Mai, abends 6 Uhr, bei Graumann,
Raunstr. 27:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zum Rundschreiben der Geschäftskommission betref-
fend Durchführung des Rannheimer Parteitagbeschlusses. Referent: Kollege
Hoffner. 2. Diskussion. 3. Der Verlauf der Reise. 4. Organisations-
angelegenheiten. 141/11

Kollegen! Bei dieser äußerst wichtigen, den Lebensnerv der Organi-
sation berührenden Frage ist es jedermanns Pflicht zu
erscheinen und ein Votum abzugeben.

Wichtiges Buch ist vorzugeben.
Der Vorstand.

Verantwortl. Schriftf. Eduard Weber, Berlin. Aus dem



Knaben-Anzüge | Jünglings-Anzüge

Tausende Exemplare. Nur eigene Erzeugnisse.
Reizende kleidende Fassons, praktisch und luxuriös Genes.
Moderne, gemusterte Stoffe allerneuester Geschmacksrichtungen.

18-16-14-12-10-9-8 Mk. 60
33-30-27-24-21-18-15-12-9 Mark

Baor Sohn

Spezialhaus größten Maßstabes
Chausseestraße 29-30 * 11 Brückenstraße 11
alte Nr. 24a/25
Gr. Frankfurterstr. 20.

Der Haupt-Katalog Nr. 31 (neuste Mode 1907) wird auf Wunsch kostenlos zugesandt.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands (Zahlstelle Berlin).

Bureau: Lindenstraße 215. - Geöffnet von 8-1 und 4-8 Uhr. - Telefon: Amt III 988.
Sonntag, den 5. Mai 1907, vormittags 9 1/2 Uhr, im Lokale „Musikersäle“,
Kaiser Wilhelmstraße 18 m:

Generalversammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes: a) des Vorsitzenden, b) des Kassierers. 2. Anträge.
Buch legitimiert.
Zahlreicher Besuch erwartet
NB. Da unter den Anträgen sich solche von der Erhebung von Lokal- resp. Extrabeiträgen befinden,
dürfte es unbedingt erforderlich sein, möglichst zahlreich in der Versammlung zu erscheinen. Diefelbe wird
pünktlich eröffnet. 64/10 D. O.

Freie Vereinigung der Maurer Deutschlands

Bureau: C. 54, Steinstr. 33. Ortsverein Berlin. Fernsprech. Amt III Nr. 5100.
Sonntag, den 5. Mai, vormittags 10 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

„Brauerei Königstadt“, Schönhauser Allee 10.

Tages-Ordnung:
1. Wie stellen wir uns zur Maiaussperrung der Unternehmer.
2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches.
Kollegen, sorgt für guten Besuch dieser Versammlung.
129/8 Der Vorstand. J. A.: Gustav Seglin.

Freie Vereinigung der Bauarbeiter Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 5. Mai, vormittags 10 Uhr, bei Boecker, Weberstr. 17:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die Aussperrung des Unternehmertums und unsere Stellungnahme dazu.
2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. 31/4
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
Zahlreicher Besuch erwartet
Der Vorstand. J. A.: Hermann Norgel.

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband
Nachruf.**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß der Kollege, Mitglied
Gustav Mertens
am Dienstag, den 30. April, plötz-
lich verstorben ist und am Donner-
stag, den 2. Mai, zur letzten Ruhe
gebettet wurde.
Ehre seinem Andenken!
85/19 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Tischler
Conrad Lutz
am 30. April verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonnabend, den 4. Mai, nachmittags
2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des
Markusfirchhofes in Wilhelm-
berg aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
85/20 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Dreher
Heinrich Milleskowski
an Herzschlag gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 5. Mai, nachmittags
4 Uhr, von der Leichenhalle des
Dom-Sirchhofes in der Müller-
straße aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Schlosser
Wilhelm Schröder
am 25. April gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
117/20 Die Ortsverwaltung.

Verband der Sattler
Ortsverwaltung Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege
Paul Reichelt
(Werkstatt L. Prager)
am 2. d. M. verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 5. Mai, nach-
mittags 4 Uhr, auf dem Fankt
Sebastian-Sirchhof in Reinick-
endorf, Humboldtstraße, statt.
Um rege Beteiligung erucht
167/1 Die Ortsverwaltung.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und zahlreichen Kranz-
senden bei der Beerdigung meines
lieben Mannes 47992
Johann Olszewski
sage ich allen Teilnehmern, ins-
besondere den Mitgliedern des Wahl-
vereins und des Zentralverbandes der
Maurer meinen herzlichsten Dank.
Edine Marie Olszewski.

Für die zahlreichen Beweise inniger
Anteilnahme beim Tode und Be-
gräbnis meines teuren Gatten, des
Schriftstellers
Robert Schweichel
sage ich hiermit allen Freunden von
nah und fern meinen tiefgefühlten
Dank. **Elise Schweichel.**
Schöneberg im Ral. 48002

**Orts-Krankenkasse
der
Dachdecker Berlins.**
Mittwoch, den 8. Mai 1907
abends 8 1/2 Uhr:
Ordentl. General-Versammlung
im Lokale des Herrn **Dalg,**
Stalhoferstr. 51/52.
Tagesordnung:
1. Bericht des Prüfungsausschusses
für das Jahr 1906.
2. Abänderung des § 52 des
Statuts.
3. Gehaltshöhung der Kranken-
besucher. 274/3
4. Verschiedenes.
Delegiertenkarte legitimiert.
Der Vorstand:
A. Salzmann, Vorsitzender.

**Eigene Schlachtung
Schweinefleisch offeriere.**
Schulterblätter . . . a Pfd. 65 Pf.
Bauch a Pfd. 60-55 Pf.
Cottlets a Pfd. 80 Pf.
Kamm a Pfd. 70 Pf.
Rückensteil a Pfd. 50 Pf.
Linsen a Pfd. 55 Pf.
Köpfe und Beine . . a Pfd. 25 Pf.
G. Reimann & Co.,
Zentral-Markthalle,
Reihe 11, Stand 124-125,
Ausnahme-Tage 4415
Freitags und Sonnabends,
117/20 Die Ortsverwaltung.

Sozialistische Presse Deutschlands.

II. Quartal 1907.

Zentral-Organ.

Vorwärts Berliner Volksblatt, SW. 68, Lindenstraße 69. Täglich erscheinend.

Wissenschaftliche Zeitschrift.

Die Neue Zeit, Revue des geistigen und öffentlichen Lebens. Stuttgart, Buchbinderstr. 12. Redaktion: Berlin-Friedenau, Saarstr. 19.

Kommunalpolitische Zeitschrift.

Kommuniste Praxis, Zeitschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Berlin SW. 68, Lindenstraße 69. Redaktion: Berlin W. 10, Kollwitzplatz 58.

Täglich erscheinende Zeitungen.

Altenburg, Altenburger Volkszeitung, Kunstgasse 12.
Angsbürg, Schwäbische Volkszeitung, Maximilianstr. B 81.

Bamberg, Norddeutsche Volksblatt, Peterstraße 20/22.

Bayreuth, Fränkische Volksblätter, Rulmbacherstr. 20.

Bielefeld, Volksrecht, Schulstr. 20.

Böhm, Volksblatt, Eddelweg 1.

Brandenburg, Brandenburgische Zeitung, Märkisches Volksblatt, Kurstr. 73.

Braunschweig, Braunschweiger Volksfreund, Schloßstraße 2, Ede Dehlshäusern.

Bremen, Bremer Bürger-Zeitung, Hantelstr. 21-22.

Bremerhaven, Norddeutsche Volksstimme, Am Hafen 49.

Breslau, Volksrecht, Neue Graupenstr. 6.

Cassel, Volksblatt für Hessen und Waldeck, Töpfermarkt 6.

Chemnitz, Volksstimme, Uferstr. 14.

Crefeld, Niederrheinische Volksblätter, Breitestr. 62.

Dortmund, Volksblatt für Ruhrpott, Westfälische Str. 107.

Dortmund, Arbeiter-Zeitung, Rielstr. 6.

Dresden, Schöpfung Arbeiter-Zeitung, Zwingerstr. 22.

Dresden, Schöpfung Volksfreund, Zwingerstr. 22.

Düsseldorf, Volks-Zeitung, Semmerstr. 6.

Duisburg, Niederrheinische Arbeiter-Zeitung, Friedrich-Wilhelmstr. 76.

Eiberfeld-Barmen, Freie Presse, Robertstr. 8a.

Essen, Arbeiter-Zeitung, Kleine Straße 1.

Frankfurt a. M., Märkische Volksstimme, Frankfurtstr. 11.

Frankfurt a. M., Volksstimme, Großer Hirschgraben 17.

Halle, Arbeiter-Zeitung, Roststr. 7.

Halle, Arbeiter-Zeitung, Alte Schloßgasse 11.

Halle, Arbeiter-Zeitung, Roststr. 7.

Halle, Arbeiter-Zeitung, Roststr. 7.

Halle, Arbeiter-Zeitung, Roststr. 7.

Halle, Arbeiter-Zeitung, Roststr. 7.

Halle, Arbeiter-Zeitung, Roststr. 7.

Halle, Arbeiter-Zeitung, Roststr. 7.

Halle, Arbeiter-Zeitung, Roststr. 7.

Halle, Arbeiter-Zeitung, Roststr. 7.

Halle, Arbeiter-Zeitung, Roststr. 7.

Halle, Arbeiter-Zeitung, Roststr. 7.

Halle, Arbeiter-Zeitung, Roststr. 7.

Halle, Arbeiter-Zeitung, Roststr. 7.

Halle, Arbeiter-Zeitung, Roststr. 7.

Halle, Arbeiter-Zeitung, Roststr. 7.

Halle, Arbeiter-Zeitung, Roststr. 7.

Halle, Arbeiter-Zeitung, Roststr. 7.

Halle, Arbeiter-Zeitung, Roststr. 7.

Halle, Arbeiter-Zeitung, Roststr. 7.

Halle, Arbeiter-Zeitung, Roststr. 7.

Halle, Arbeiter-Zeitung, Roststr. 7.

Halle, Arbeiter-Zeitung, Roststr. 7.

Halle, Arbeiter-Zeitung, Roststr. 7.

Halle, Arbeiter-Zeitung, Roststr. 7.

Halle, Arbeiter-Zeitung, Roststr. 7.

Halle, Arbeiter-Zeitung, Roststr. 7.

Halle, Arbeiter-Zeitung, Roststr. 7.

Halle, Arbeiter-Zeitung, Roststr. 7.

Halle, Arbeiter-Zeitung, Roststr. 7.

Halle, Arbeiter-Zeitung, Roststr. 7.

Halle, Arbeiter-Zeitung, Roststr. 7.

Halle, Arbeiter-Zeitung, Roststr. 7.

Halle, Arbeiter-Zeitung, Roststr. 7.

Halle, Arbeiter-Zeitung, Roststr. 7.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Leipzig, Leipziger Volkszeitung, Lauchaerstr. 19-21.

Gewerkschaftspresse Deutschlands.

II. Quartal 1907.

Zentral-Organ.

Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 15.

A. Presse der Zentralorganisationen:

Alphalteure, Der Alphalteurer, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 15 I.

Bäcker, Deutsche Bäckerzeitung, Hamburg I, Bejenbinderhof 57/58. Für Bäckerarbeiter Berlins, Der Bäcker, Berlin NO. 43, Gollnowstr. 5.

Bardiere und Friseur, Bardiere- und Friseur-Zeitung, Hamburg 19, Osterstraße 166.

Bauhilfsarbeiter, Der Bauhilfsarbeiter, Hamburg I, Klosterstr. 8 I.

Bergarbeiter, Bergarbeiter-Zeitung, Bochum, Bismarckstr. 38/40.

Bildhauer, Bildhauer-Zeitung, Berlin SW. 53, Bergmannstr. 63.

Blumenarbeiter, Verbands-Mitteilungen, Nieder-Schönhausen-Berlin, Marktstr. 10.

Böttcher, Deutsche Böttcher-Zeitung, Bremen, Hantelstr. 21/22.

Brauerarbeiter, Brauerarbeiter-Zeitung, Hannover, Kängstr. 3.

Buchbinder, Buchbinder-Zeitung, Berlin S. 59, Rotenbühlendamm 23 I.

Buchdrucker, Korrespondent, Leipzig, Salomonstr. 8.

Buchdrucker-Hilfsarbeiter, Solidarität, Berlin NO. 18, Ullrichstr. 19 I.

Bureauangestellte, Der Bureau-Angestellte, Berlin SO. 16, Schindlerstr. 33 pl.

Dachdecker, Dachdecker-Zeitung, Hanau, Rühlstraße 14.

Eisenbahner, Reduz der Eisenbahner, Redaktion: Dresden-N., Alt-Jähden 3. Expedition: Hamburg 15, Spaldingstr. 150a.

Fabrikarbeiter, Der Proletarier, Hannover, Kängstr. 5 III.

Fleischer, Der Fleischer, Berlin O. 22, Dragonerstraße 15.

Gärtner, Allgemeine deutsche Gärtner-Zeitung, Berlin, N. 37, Regierstr. 3.

Gastwirtsgewerkschaften, Der Gastwirtsgehilfe, Berlin NO. 18, Ullrichstr. 21.

Gemeindearbeiter, Die Gewerkschaft und Die Gemeindearbeit, Berlin W. 30, Winterfeldstr. 24.

Glasarbeiter, Der Glasgenosse, Lindenau-Röhlischbroda, Ringstr. 27.

Glasarbeiter, Glasarbeiter-Zeitung, Knechtstr. i. S., Wilhelmstraße 47.

Grubeure, Zeitschrift für Grubeure und Uelaeure, Berlin SO. 20, Karlsruhenplatz 5.

Hafenarbeiter, Der Hafenarbeiter, Hamburg I, Bejenbinderhof 57-66.

Handlungsgehilfen, Handlungsgehilfen-Blatt, Hamburg I, Bejenbinderhof 57-66.

Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, Der Courier, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 11. Allgemeine Fahr-Zeitung, Berlin SW. 12, Schützenstr. 58.

Handschuhmacher, Der Handschuhmacher, Berlin O. 34, Tüchtstr. 40, II.

Holzarbeiter, Holzarbeiter-Zeitung, Stuttgart, Adlerstraße 43.

Hutmacher, Korrespondent, Altenburg, S.-A., Nordstraße 57.

Konditorern, Die Biene, Hamburg 4, Sellenstr. 32 IV.

Küchener, Der Küchener, Hamburg 22, Post-Ramp 39a I.

Kupferarbeiten, Der Kupferarbeiter, Hamburg 20, Fiedenstr. 4.

Lagerarbeiter, Monats-Blätter, Leipzig, Jägerstr. 22 II.

Lederarbeiter, Lederarbeiter-Zeitung, Berlin SO. 16, Ullrichstr. 56 II.

Lithographen und Steinbrucker, Graphische Presse, Leipzig-Neuhof, Rohlstraße 1 I.

Malerei, Berlins-Anzeiger, Hamburg 22, Schmalenbeckerstr. 17 I.

Maschinenisten und Geiger, Deutscher Maschinist und Geiger, Berlin SO. 33, Pflästerstr. 45.

Maurer, Der Grundstein, Hamburg I, Bejenbinderhof 56.

Metallarbeiter, Metallarbeiter-Zeitung, Stuttgart, Rühlstr. 16b.

Mühlenerbeiter, Müller-Zeitung, Altenburg S.-A., Rühlstr. 12.

Notenstecher, Der Notenstecher, Leipzig, Taichstr. 27 I.

Photographengehilfen, Photographischer Arbeiter, Berlin SO. 16, Köpckestr. 7 I.

Porzellanarbeiter, Porzellan-Zeitung, Offenbach a. M., Waldstr. 8 I.

Vorzellanarbeiter, Die Ameise, Charlottenburg, Kohnenstr. 3.

Sattler, Sattler-Zeitung, Berlin SO. 16, Wollschtr. 56.

Schiffszimmerer, Der Schiffszimmerer, Hamburg 7, Vanstr. 144.

Schirmmacher, Mitteilung, Düsseldorf, Poststr. 35 II.

Schmiede, Schmiede-Zeitung, Hamburg I, Bejenbinderhof 57-66.

Schneider, Fachzeitung für Schneider, Berlin SO. 16, Köpenickerstr. 125.

Schuhmacher, Schuhmacher-Fachblatt, Götze B. Bod. Seeleute, Der Seemann, Hamburg I, Bejenbinderhof 57-66.

Steinarbeiter, Der Steinarbeiter, Leipzig, Jägerstraße 32.

Steinsetzer, Allgemeine Steinsetzer-Zeitung, Berlin NW. 21, Bielestr. 16 I.

Stuttareure, Der Stuttareur, Hamburg 22, Fehlb.straße 9 II.

Tabakarbeiter, Der Tabakarbeiter, Leipzig, Lauchaerstraße 19/21.

Tapetierer, Correspondenzblatt für Tapetierer, Berlin SO. 16, Michaelisplatz 1.

Textilarbeiter, Der Textilarbeiter, Berlin O. 27, Ullrichstr. 61.

Töpfer, Der Töpfer, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 15 III.

Wäschearbeiter, Der Wäsche-Boie, Berlin NO. 43, Neue Königstr. 7, Hof.

Xylographen, Zeitschrift für Xylographen, Schöneberg-Berlin, Hauptstr. 110 I.

Zigarrensortierer, Der Organist, Hamburg I, Bejenbinderhof 57-66.

Zimmerer, Der Zimmerer, Hamburg I, Bejenbinderhof 57-66.

Zivilmüller, Fachzeitung für Zivilmüller, Hamburg 19, Hellkampstr. 33 III.

Die in Zentralverbänden organisierten erscheinen ferner in italienischer Sprache „L'Operaio Italiano“, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 15, und in polnischer Sprache „Oswiata“, Posen, Schlichtstr. 3.

B. Blätter anderer Gewerkschaften und sonstiger Organisationen.

Berlin, Die Einigkeit, Organ der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften, O. 54, Alte Schönhauserstraße 20 I.

Deutscher Metallarbeiter, Publikationsorgan des Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverbandes, Steinstraße 38.

Die arbeitende Jugend, N. 54, Veteranenstr. 8. Redaktion SO. 26, Waldemarstraße 75.

Der freie Gastwirt, S. 59, Schöneleinstr. 6.

Der Hotelbier, NW, Am Weidendamm 1a.

Radfahrernacht, NO. 43, Gollnowstr. 5.

Deutscher Zeichner, NO. 55, Braunsbergerstr. 12 III.

Eiberfeld, Zeitschrift für Grubeure der Stoffdruck-Industrie, Neue Berlinerstr. 20.

Leipzig, Der Lithograph, L.-Neustadt, Marktstr. 1 b.

Mannheim, Die junge Garde, Organ des Verbandes junger Arbeiter, Q. 5, I. Redaktion O. 2, 4.

Nürnberg, Süddeutsche Eisenbahner-Zeitung, Wollstraße 3 II.

Obige Zusammenstellung veröffentlicht wird zu Beginn jedes Quartals. In der Zwischenzeit sich ergebende Abweichungen oder sonstige Veränderungen bitten wir uns zur Vorkommung mitteilen zu lassen.

Berlin, den 13. April 1907.

Der Parteivorstand.

Grosser Ausverkauf

Deutsche und Perser Teppiche, Portieren, Gardinen, Steppdecken, Stores, Tischdecken, Läuferstoffe, Diwandecken u. Felle

Wegen Umbau und Hinzunahme der 1. Etage muß das Lokal vollständig geräumt werden und soll das Warenlager in Höhe von ca. 150000 Mark auf das Mindeste ausverkauft werden. Um dieses zu erreichen, sind die Preise effektiv ca. 40% herabgesetzt und neben den früheren deutlich vermerkt.

Teppich-Haus B. Hurwitz, Rotes Schloß vis-à-vis dem National-Denkmal.

Blitz-Schnell kommt man zu Philipp Anstreicher, Glashüttenstr. 82, Ede Brandenburgstr. Monats-Anzüge von 6 M. an, Monats-Paletots von 4 M. an, Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen.

Volksfreundblätter sind die besten und billigsten deshalb versende 8 Tage zur Probe als Spezialität 1 Fahrrad, modernes Modell, neu mit Gummi zum Preis von 49 Mark.

